12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 331

Rafaela Borgwardt: Vom Tabu zum Politikum

Wie der Kreis Herzogtum Lauenburg zu einem Frauenhaus kam

Einleitung. Ein ländliches Frauenprojekt im Wechselspiel mit der politischen Kultur seines Umfeldes und den kommunalpolitischen Konflikt um das von ihm geforderte Frauenhaus im Kreis Herzogtum Lauenburg zu erforschen, ist das thematische Anliegen der vorliegenden Arbeit. Sie will als quellenorientierte Fallstudie eine regionale Dimension zur Forschung über Frauenprojekte beisteuern, und den Blick insbesondere auf den von ihnen angestossenen Prozeß der Delegitimierung von familiärer Männergewalt richten. überregionale Forschungsergebnisse, die meist metropolitane Debatten und Tendenzen verallgemeinern, können so variiert oder modifiziert werden. Mithin versteht sich die Arbeit als Materiallieferant und kleiner Beitrag zu einer lokal- und regionalgeschichtlich sensibilisierten künftigen Gesamtdarstellung der Frauenbewegung oder in einem weiteren Sinne neuer sozialer Bewegungen in Deutschland. Zugleich bildet sie einen Mosaikstein für die sozialhistorische Suche nach dem Spezifischen ländlicher Lebensräume in den 80er und 90er Jahren, welches sich an dem umstrittenen, emotional in hohem Maße besetzten Thema der Hilfe für von familiärer Männergewalt betroffene Frauen herausarbeiten läßt.

Die der Arbeit zugrunde liegende historiographische Konzeption läßt sich pragmatisch als eine interdisziplinär offene, regionalgeschichtlich orientierte und 'gendersensible' Sozialgeschichte der neuesten Zeit umschreiben, die kulturhistorische Ansätze aufnehmend, „prozeßhaft, akteursbetont"[1] vorgeht. Mit Jürgen Kocka kann ihre Anlage als eine „politische Sozialgeschichte" verstanden werden, welche „die kulturelle Dimension […], die Lebensformen und die Deutungen der Menschen als politikbedingende und politikbeeinflußte Momente" ernst nimmt.[2] Hierbei nimmt die Beachtung von Identitäten, „Perspektiven und mentale[n] 'Brillen'"[3] eine gewichtige Position ein.

Vor diesem Hintergrund orientiert sich die Arbeit mit drei Fragen an das Thema. Erstens soll 'Hilfe für Frauen in Not e.V. Herzogtum Lauenburg'[4] als eine regionale Ausprägung der Neuen Frauenbewegung betrachtet werden, oder genauer: der Frauenprojektebewegung. Zu fragen ist hier nach dem Selbstverständnis der Vereinsfrauen, nach seinem Wandel und dem Verhältnis von Kontinuität und Bruch zu den Normen und Konventionen des sozialen Umfeldes. In enger Verbindung hierzu steht das zweite Problemfeld, welches die Reaktionen im öffentlichen Raum auf den Verein und auf sein überschreiten des Tabus häuslicher Männergewalt umfaßt, wozu insbesondere der Konflikt um das Frauenhaus erörtert wird. Ein Schwergewicht liegt auf Fragen nach Beschaffenheit und Motivation der Vorbehalte und Widerstände in den kommunalen Selbstverwaltungen. Das 'übliche', die sich zwischen Exklusion und Kooption bewegende Antwort von Öffentlichkeit, Politik und Verwaltungen auf (Heraus-)Forderungen 'von unten' durch eine regionale Variante der Frauenbewegung, wird als erklärungsbedürftig angesehen. Beide Frageperspektiven treffen in einem dritten übergeordneten Blickwinkel aufeinander, der sich darauf richtet, wie sich der – eher karge – Diskurs um Männergewalt in einem ländlichen Sozialraum gestaltete. Gefragt wird, ob und wie sich eine Delegitimierung von familiärer

1 Christoph Conrad/Martina Kessel, Blickwechsel, S. 10.

2 Jürgen Kocka, Sozialgeschichte, S. 1127.

3 Christoph Conrad/Martina Kessel, Blickwechsel, S. 13.

4 So der vollständige Name des im Zentrums der Arbeit stehenden Frauenvereins. Künftig wird er um der Lesbarkeit willen auch 'der Verein' genannt.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 332

Männergewalt vollzog und vor welchem Hintergrund übereinstimmender oder widerstreitender politischer und wertgebundener Haltungen die Akteure argumentierten, agierten und reagierten.

Im „besonders empfindlichen Grenzbereich zwischen Geschichte und Gegenwart“[5] zu forschen, erwies sich als ebenso spannend wie an vielen Stellen als sperrig und problematisch. Zeitgeschichte operiert nahe an der aktuellen Politik, das ohnehin brisante Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik stellt sich daher in besonderer Schärfe dar. Darum war es mir besonders wichtig, die „intersubjektive Kontrollierbarkeit“ von Wissenschaft sicherzustellen,[6] ohne zugleich den Bezirk der Interpretation allzusehr einzuengen. Bei der Beschreibung von Strukturen, Prozessen und Wahrnehmungsmustern war die Wahl zwischen dem, was vergangen und abgeschlossen ist, was fortwirkt, was sich eher abgeschwächt oder verstärkt hat, sprachlich zwischen ‘war’, ‘ist’ oder ‘nach wie vor’ selten leicht und eindeutig zu treffen. Ebenso fraglich war häufig, was genau bei einem Untersuchungszeitraum einer näheren Erörterung bedarf, in welchem die Autorin und die Leserinnen und Leser selbst leben, Tageszeitungen lesen und ihre Erfahrungen machen.

Die Erforschung des soeben Vergangenen steht vor einer spezifischen, fast paradox zu nennenden Quellensituation, die sich etwas polemisch als ‘zu viel Papier, zu wenig Inhalte’ charakterisieren läßt. Aufgrund des Entgegenkommens der kommunalen Gremien bildete die vielfach zu Recht beklagte 30-Jahres-Sperrfrist für staatliche Aktenbestände nur eine sehr kleine Hürde, lediglich die Bestände der Landesregierung standen mir, trotz Anfragen, nicht zur Verfügung.[7] Die in der Kommunalpolitik vielfach informellen, mündlichen oder fernmündlichen Wege zur Willensbildung, die Besprechungen in den Fraktionssitzungen der Parteien oder innerhalb der Verwaltung werden allerdings kaum schriftlich niedergelegt. Formale und niedergeschriebene Entscheidungen, Vorlagen der Verwaltung und Debatten bilden meist nur noch vorher ausgehandelte Ergebnisse ab, deren Zustandekommen weitgehend im Dunkeln bleibt. Eine nicht zuletzt auf die Rekonstruktion politischer Entscheidungen angewiesene Arbeit wie die vorliegende steht vor einer Vielzahl möglicher Variablen und Determinanten, welche Einfluß gehabt haben könnten, vor wenig transparenten Machtgeflechten und damit vor der Situation, daß tatsächliche kommunale Entscheidungsprozesse „entweder nicht oder nur teilweise und mühselig beobachtbar sind.“[8] Als besonders schwierig erwies es sich, die weitgehend sprachlos bleibenden tiefergehenden Vorbehalte gegen ‘Hilfe für Frauen in Not’ und das Frauenhaus zum Sprechen zu bringen, da Schweigen einen großen Spielraum der Interpretation bietet. Gerade für eine Deutung von Beweggründen und Diskursen erweist sich die in Verwaltungen und kommunalen Gremien übliche Art des Protokolls, das Verlaufs- und Ergebnisprotokoll als fatal. Die inhaltliche Dürre dieser Quellen, die nur die allernotwendigsten Informationen wiedergeben, wurde gleichwohl durch drei Wortprotokolle belebt, die zwei Debatten der Volksvertreter des Kreises und eine der Stadtverordneten Schwarzenbeks wortwörtlich abbilden. Die Lokalblätter hielten Einschätzungen, Ereignisse und Aussagen von Akteuren fest und waren selbst Teil der öffentlichen Reaktion

5 Paul Erker, Zeitgeschichte, S. 203.

6 Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan, DDR, S. 444f.

7 Die schleswig-holsteinische Finanzierungspolitik für Frauenhäuser und die Politik der Landesregierung zum Schwarzenbeker Frauenhaus wurde daher v.a. aus Primärquellen, die sich vereinzelt in den von mir herangezogenen Beständen fanden, erarbeitet. Ein telefonisches Interview mit der damals wie gegenwärtig zuständigen Referentin im Frauenministerium und Anfragen bei damaligen und heutigen Landespolitikerinnen ergaben wenig Näheres zu Entscheidungsprozessen der Landesregierung.

8 Gisela Florstedt-Borowski, Entscheidungsverläufe, S. 22.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 333

auf den Verein und die Frauenhausfrage. Die Geschichte des Vereins wäre ohne die Interviews mit den Vereinsfrauen kaum zu schreiben gewesen. Mit je individuell zugeschnittenen Leitfragen offen geführt, ließen sie 'Lücken' im überlieferten Schriftgut deutlich werden, schlossen sie zum Teil und regten zu neuen Fragen an das Thema an.[9] Das Gespräch mit William Boehart, Stadtarchivar in Schwarzenbek und kritischer Heimatforscher Lauenburgs bot eine engagierte Einschätzung der politischen Kultur Lauenburgs.

Die wissenschaftliche Vernachlässigung ländlicher Lebensräume prägt den Forschungsstand und die Literaturlage. Urbane Geschichten und Diskurse dominieren bei weitem sowohl die feministische Forschung, als auch die zu neuen sozialen Bewegungen und zur Kommunalpolitik; in der Regel wird das Metropolitane stillschweigend pars pro toto gesetzt. Zur Geschichte des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' und des Frauenhauses wurde bisher nichts, zur neueren Geschichte und Gegenwart der Region Lauenburg wenig verfaßt. Zur dortigen Frauenpolitik existiert allein die Magisterarbeit von Marion Schulz, die sich allerdings auf die konkreten Arbeitsbedingungen von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten konzentriert. Eckdaten zur Sozialstruktur fanden sich in einem Entwurf zur kommunalen Sozialberichterstattung über den Kreis, in welchem jedoch festgestellt wird, daß wenig Zahlen zu geschlechtsspezifischen Fragen vorlagen. Verwaltungswissenschaftliche Seminararbeiten vermittelten einen ersten Einblick in die juristisch-formalen Aspekte der kommunalen Selbstverwaltung des Kreises.[10]

Der Situation von Frauen, Frauenprojekten und Frauenpolitik auf dem Land widmen sich ein paar Publikationen. Auch elf Jahre nach ihrem Erscheinen bietet die Studie 'Frauenhaus im ländlichen Raum' eine keineswegs veraltete Erkundung der Frauenideale, -realitäten und der Situation mißhandelter Frauen im schleswig-holsteinischen Landkreis Rendsburg-Eckernförde.[11] Aufsätze von Ingrid Spiegel und Regine Roemheld, welche ländliche Sozialräume im Hinblick auf die Chancen emanzipierter Politik untersuchen, stellen die großen Schwierigkeiten einer Änderung des Status quo heraus.[12] Der Aufsatz von Mathilde Kreil zu Lebensentwürfen von jungen Frauen auf dem Land betont hingegen die wachsenden Freiräume für Frauen und ein deutlich aufscheinendes weibliches Veränderungspotential.[13] Weder für ländliche noch für metropolitane Projekte gegen Männergewalt liegen aussagekräftige Analysen der politischen Durchsetzung oder zu Widerständen des politisch-administrativen Systems vor. Beschäftigten sich zwischen 1990 und 1993 lediglich 5,5 vH der feministisch orientierten wissenschaftlichen Publikationen mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und Gegenstrategien[14], so streifen die insgesamt überraschend wenigen Bücher und Aufsätze diese Fragen eher am Rande.[15] Dasselbe gilt für die zahlreichen, verstreuten und meist 'grauen' Selbstdarstellungen einzelner Frauenprojekte, welche die Barrieren gleichsam als nicht näher zu analysierende politische Selbstverständlichkeiten voraussetzen.

Politik in ländlichen Kommunen, ohnehin vielfach als bloßes Verwaltungshandeln ohne politische Implikationen behandelt, gilt als „ein Stiefkind (sozial-)wissenschaftlicher Forschung".[16] Die wenigen Aufsätze und Bücher, die sich mit den Aktionsbedingungen von neuen sozialen

9 Interviews mit Gabi Drewes-Krüger, Kristine Höpcke, Marianne Grahl und Bärbel Wendt. Die Gründerin des Vereins, Kirsten Fritze, ist verstorben.

10 Marion Schulz, Arbeit; Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung; Günter Kröpelin/Werner Thieme (Hgg.), Referate.

11 Karin Bergdoll/Christel Namgalies-Treichler, Frauenhaus.

12 Ingrid Spiegel, Ländliche Erbinnen; Regine Roemheld, Stadtfrauen-Landfrauen.

13 Mathilde Kreil, Freiheiten.

14 Vgl. Nina Köllhofer, Aktivitäten, S. 8.

15 Hilfreich zum Verständnis von Frauenorganisationen und -projekten, ihrem Innenleben und dem Selbstverständnis ihrer Aktivistinnen waren insbesondere Schriften Margrit Brückners und Carol Hagemann-Whites, die Dissertation von Ute Straub und der von Renate Rieger herausgegebene Sammelband zur Entwicklung der autonomen Frauenprojektebewegung in den alten und neuen Bundesländern.

16 Gisela Florstedt-Borowski, Entscheidungsverläufe, S. 40.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 334

Bewegungen und Bürgerinitiativen in der 'Provinz' beschäftigen, sind in ihren entweder sehr allgemeinen oder sehr spezifischen Antworten kaum auf das Thema vorliegender Arbeit zu übertragen.[17] Der generelle Forschungsansatz Roland Roths zu neuen sozialen Bewegungen, ihren Aktionsbedingungen und möglichen Reaktionen etablierter Politik zwischen Exklusion, Kooption und – seltener – Responsivität, erwies sich als fruchtbar, um die Interaktion zwischen Initiativgruppe und kommunaler Selbstverwaltung zu verstehen, darzustellen und zu deuten.[18]

Einen Rahmen zur Deutung der Lauenburger Ereignisse bilden die mit den Namen Ulrich Beck und Anthony Giddens verbundenen soziologischen Entwürfe zur gegenwärtigen Gesellschaftsverfassung, die ihren Blick auf die 'zweite' Moderne, auf die 'posttraditionale' Gesellschaft richten.[19] Ebenso wie eine moderne kritische Regional- und Heimatforschung[20] eröffneten sie die Perspektive auf das sich wandelnde Verhältnis von 'traditionalen' und 'modernen' Elementen in der politischen Kultur des Kreises und im Profil von 'Hilfe für Frauen in Not'. Zur Verortung des Schweigens über familiäre Männergewalt in den ländlichen Traditionen wurde das prägnante sozialpsychologische Modell von Christa Hanetseder herangezogen, welches zentrale Momente zur Erklärung der Widerstände gegen Verein und Frauenhaus beitrug.[21]

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Während in Teil A ein generelle Delegitimierungsprozeß von familiärer Männergewalt angenommen, belegt und ausgeführt wird, widmen sich die beiden folgenden Teile seiner konkreten Ausprägung in der Region Herzogtum Lauenburg und entsprechen zwei Geschwindigkeiten. Teil B thematisiert einen langsamen, evolutionären Wandel, Teil C einen zähen, aber heftigen kommunalpolitischen 'Stellungskrieg'. Damit korrespondiert ein Wechsel in der historiographischen Perspektive. In Teil B stehen Traditionen und Mentalitäten im Mittelpunkt. Den Ausgangspunkt bilden Gesellschaft und politische Kultur in der Region Herzogtum Lauenburg, insbesondere die darin eingeschlossene öffentliche (Nicht-)Reaktion auf familiäre Gewalt gegen Frauen. Es folgt eine kleine Geschichte des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' bis zum Beginn des Konfliktes um das Frauenhaus. Vor dem Hintergrund des in Teil A zum 'mainstream' Gesagten wird das Spezifische des Lauenburger Frauenvereins, sein sich wandelndes Selbstverständnis, sowie die Resonanz im öffentlichen Raum dargelegt. Teil C widmet sich dem politischen Konflikt um das Frauenhaus, daher wechselt der Akzent zu einer politischen Sozialgeschichte. Die Darstellung von Politik und Diskurs folgt, nach einer Skizze der landespolitischen Rahmenbedingungen, im wesentlichen dem Gang der Frauenhausforderung durch das Institutionengefüge des Landes Schleswig-Holstein, des Kreises Herzogtum Lauenburg und der Stadt Schwarzenbek. Ein kurzer Ausblick auf die Entwicklung nach dem 'Ja' der Schwarzenbeker Stadtverordneten schließt den Hauptteil ab. Die Schlußbetrachtung läßt das Wesentliche noch einmal Revue passieren, um es im Zusammenhang zu interpretieren.

A. Familiäre Männergewalt zwischen Akzeptanz und Ächtung. Gewalt gegen Frauen innerhalb der heimischen vier Wände prägt weltweit, in den Industrieländern ebenso wie im Trikont, den Alltag von Frauen. Sie ist,

17 Vgl. z.B. Cornelia Nowack, Interessen; Dirk Gerdes, 'Provinz'; Albert Herrenknecht/Jürgen Wohlfahrt, Kampf.

18 Roland Roth, Demokratie.

19 Vgl. Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hgg.), Riskante Freiheiten; Anthony Giddens, Leben; ders., Strukturation.

20 Vgl. Edwin Dillmann (Hg.), Regionales Prisma und Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Heimat.

21 Dieses Modell fand sich überraschenderweise in einer Studie zu 'Erwartungen und Erfahrungen von Frauenhausbewohnerinnen', Christa Hanetseder, Sprungbrett.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 335

wie Charlotte Bunch im Unicef-Bericht 'The Progress of Nations 1997' feststellt, „die universalste Form der Gewalt gegen Frauen und der Grund für die meisten Verletzungen, die Frauen im reproduktiven Alter erleiden".[1] Das genaue Ausmaß von Schlägen, Vergewaltigungen und Psychoterror bleibt weitgehend im Dunkeln, da sie nur im Ausnahmefall angezeigt werden, vielfach nicht einmal strafbar sind. Studien in den USA gehen davon aus, daß dort alle neun Sekunden eine Frau von ihrem Partner körperlich mißhandelt wird, hierdurch werden mehr Frauen verletzt als bei Autounfällen, Raubüberfällen und Vergewaltigungen im öffentlichen Raum zusammen. Schätzungen für die Bundesrepublik nehmen an, daß jeder fünfte bis dritte Partner Gewalt gegen seine Partnerin ausübt.[2]

1 Charlotte Bunch, Status quo, S. 11.

2 Zu den USA: Charlotte Bunch, Status quo, S. 10; Barbara Nägele, Notwehr, S. 93. Zu Deutschland: Hamburger Arbeitskreis Gewaltprävention für Frauen und Mädchen, Fachinformation, S. 47; Joachim Lempert/Burkhard Oelemann, Gewalt gegen Frauen, S. 25.

Entgegen landläufigen Mythen existiert kein spezieller Tätertyp, die Übergriffe sind vielmehr unter allen Schichten, Bildungsgraden und Altersgruppen verbreitet. Fast alle Begebenheiten oder nichteingelösten Erwartungen im Ehe-, Familien- und Beziehungsalltag können Anlässe für Männer sein, gewalttätig zu werden: Das „berühmte falsch gekochte Ei", ein falsches Wort bei Meinungsverschiedenheiten, Eifersucht auf andere Männer wie bei Geburt eines Kindes oder Trennungsabsichten der Frau.[3] Das hinter den fast beliebig austauschbaren direkten Auslösern stehende Grundmuster besteht in der Sicherung bzw. Wiederherstellung der nicht zuletzt gesellschaftlich wie politisch eingeräumten und geförderten Vorrangstellung des Mannes. Gewalt sichert damit individuell die privilegierte Position, reproduziert das Identitätskonzept hegemonialer Männlichkeit ebenso im Alltag wie sie die der Frau zugewiesene inferiore Stellung immer neu aktualisiert. Da gerade das allgemeine Sicherheitsgefühl davon abhängt, sich in einen geschützten Bereich von Privatheit, Geborgenheit und Sicherheit zurückziehen zu können, wird durch häusliche Gewalt das Sicherheitsgefühl im Kern getroffen.[4] Der Täter ist nur zeitweise, wenn er gerade außer Haus ist, nicht präsent, seine Rückkehr ist gewiß, die Wiederholung und Steigerung der Attacken wahrscheinlich. Das häufig ehe- und familienzentrierte Selbstbild, die in der weiblichen Sozialisation liegende Norm des 'Duldens', die Angst vor der Rache des Mannes, aber auch das Nichteingreifen von Polizei und Justiz, die Stigmatisierung durch das nähere Umfeld als die eigentlich Schuldige, der drohende soziale Abstieg und Probleme bei der Suche nach einer Unterkunft erhöhen die Hemmschwellen für einen Ausbruch. Permanente Angst, Gefühle der Hoffnungs- und Ausweglosigkeit, ein zerstörtes Selbstwertgefühl sind häufige Folgen. Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum ist nicht nur quantitativ der relevanteste Bereich der Gewalterfahrungen von Frauen, sondern auch qualitativ die Form von Gewalt, welche die Betroffenen am meisten psychisch beeinträchtigt.[5]

3 Margrit Brückner, Wege, S. 43.

4 Hamburger Arbeitskreis 'Gewaltprävention für Frauen und Mädchen', Fachinformation, S. 47 und Joachim Lempert/Burkhard Oelemann, Gewalt gegen Frauen, S. 48.

Bis Mitte der 70er Jahre die Neue Frauenbewegung sie zu einem zentralen Thema und Aktionsfeld machte, blieb häusliche Gewalt gegen Frauen unsichtbar und – abgesehen von wenigen Ausnahmen am Rande der Ersten Frauenbewegung – unbenannt. Da ein geordnetes Familienleben ohne größeren Streit und damit auch ohne 'Handgreiflichkeiten' zwischen den Eheleuten ein zumindest bürgerliches Ideal und eine angenommene Normalität darstellte, wurde Gewalt in der Ehe auch vor

5 Christian Pfeiffer/Peter Wetzel, Blickpunkt, S. 7.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 336

der feministischen Gewaltdebatte als eine gewisse Normabweichung aufgefasst. Extreme körperliche oder seelische 'Grausamkeit' war durchaus als Scheidungsgrund anerkannt, in dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch war im Jahre 1900 zwar die abhängige Stellung der Ehefrau fortgeschrieben worden, nicht aber das althergebrachte Züchtigungsrecht des Ehemannes. Ohne das beachtet wurde, wer wen in welchem Machtgefälle schlug, waren 'Familienstreitigkeiten' randständige Themen des medialen und sozialpolitischen Diskurses. Sie galten als Symptome für zerrüttete Familienverhältnisse von Randgruppen, als „bedauerliche soziale Unsitte"[6], die aber letztlich hingenommen wurde. In einer solchen Sicht waren betroffene Frauen, sofern ihnen überhaupt Beachtung zuteil wurde, Menschen, denen „ein unglückliches Schicksal widerfahren war" und die daher „nicht das Glück haben, so leben zu können, wie die große Mehrheit in der Gesellschaft".[7] Die weitgehende gesellschaftliche Akzeptanz für die Gewalt, sofern sie sich in der idealisierten Sphäre der Ehe und Familie vollzieht, wird an einem Experiment Mitte der 70er Jahre deutlich. Psychologen der Michigan State University konfrontierten männliche Passanten mit inszenierten Kämpfen und beobachteten die Reaktionen. Die Passanten griffen zwar ein, wenn Männer von Männern oder von Frauen attackiert wurden, als auch wenn Frauen Frauen angriffen, kein einziger Mann intervenierte jedoch, wenn ein männlicher Akteur scheinbar eine Frau schlug. Murray A. Straus, der von diesen und ähnlichen Versuchen berichtet, interpretiert die Ergebnisse nicht nur als Ausdruck einer allgemeinen männlichen Feindseligkeit gegenüber Frauen, sondern insbesondere als Beleg dafür, daß Übergriffe des Ehemannes auf die Ehefrau letztlich geduldet werden. Die Zuschauer nahmen wahrscheinlich an, daß es sich um eine solche Auseinandersetzung handelte.[8]

Die Neue Frauenbewegung übertrug den Anspruch der Moderne, Gewaltverhältnisse zu reduzieren, auf den bisher ausgesparten Bereich der Privatsphäre. Das Aufdecken der vielfältigen Erscheinungsformen von Männergewalt, so blickt Carola Wildt zurück, ging Schritt für Schritt vor sich, „wie die Vervollständigung eines Puzzles, in dem sich ein Stein aus dem anderen ergibt".[9] Zunächst in kleinen universitären Zirkeln, bald darauf weiter, oft durch provokante Aktionen, in die Öffentlichkeit vordringend, initiierte die Neue Frauenbewegung eine 'kopernikanische Wende' in den Wahrnehmungsmustern. Sie rückte das Thema von der Peripherie in das Zentrum von Kritik, Empörung und politischer Aktion. Was bisher als 'Familienstreitigkeit' subsumiert und geschlechtsneutral versteckt wurde, benannte sie als 'Gewalt gegen Frauen' und kehrte das Verhältnis von Regel und Ausnahme um: Sie wurde nicht länger als Normverletzung, sondern als Normverlängerung gedeutet.[10] Der Begriff der Gewalt wurde zu einer deskriptiven Kategorie, mit der die Gesamtheit der Lebensumstände von Frauen in einer von Männern dominierten Gesellschaft charakterisiert wurde.[11] Personale Gewalt im Haus wie auf der Straße dient demnach der Absicherung des Patriarchats. Sie ist der extremste Ausdruck seiner 'strukturellen Gewalt', d.h. der sozioökonomischen, juristischen und politischen Strukturen sowie kulturellen Muster, welche den Überlegenheitsanspruch des Mannes festschreiben und Frauen an ihrer Selbstentfaltung hindern. Der

6 Sarah Haffner, Vorwort, S. 6.

7 Carol Hagemann-White, Perspektiven, S. 9, Zitate ebd.

8 Siehe Murray A. Straus, Ungleichheit, S. 176ff.

9 Carola Wildt, Gewaltdebatte, S. 77.

10 Carol Hagemann-White, Perspektiven, S. 9.

11 Carola Wild, Gewaltdebatte, S. 83.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 337

Wechsel der Perspektive entwickelte seine gesellschaftliche „Sprengkraft“[12] vor allem durch seine Übersetzung in eine politische Praxis, in die Einrichtung von Frauenhäusern, Notruftelefonen und Beratungsstellen.

Das erste Frauenhaus entstand 1971 eher zufällig. Als in einem Hausfrauentreffpunkt im Londoner Stadtteil Chiswick eine Frau Verletzungen durch ihren Ehemann zeigte und sagte, daß ihr niemand helfe, bot ihr die Gründerin an, künftig im Treffpunkt zu wohnen. Es sprach sich zunächst in der Umgebung herum, daß es einen Ort gibt, wo Frauen Zuflucht finden, „und das Haus war sehr schnell vollgestopft mit Frauen und Kindern; bald kamen sie aus ganz England“.[13] Kurz nach diesem ersten Vorläufer entstand eine internationale Frauenhausbewegung, die mit ihrer Forderung nach solchen Zufluchtsräumen eine rasante Dynamik entfaltete. In den USA ging sie in den frühen 70er Jahren von den Krisenzentren für vergewaltigte Frauen aus, in Amsterdam und Sydney wurden 1974 Häuser besetzt und darin Frauenhäuser eingerichtet. Im Jahre 1976 öffnete das erste deutsche Frauenhaus in Berlin, es folgte eine „regelrechte Gründungswelle“ in weiteren Städten der Bundesrepublik.[14] Frauenhäuser wurden inzwischen weltweit gegründet, vor kurzem öffnete das erste chinesische seine Pforten. In Europa existieren gegenwärtig etwa 800 bis 1000 solcher Einrichtungen, knapp 400 davon in Deutschland.[15]

Das Gros der bundesrepublikanischen Frauenhäuser wurde autonom, d.h. durch Trägervereine initiiert, die sich als Teil der Neuen Frauenbewegung verstehen, ein kleinerer Teil wird von Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie geführt. Die einzelnen Frauenhäuser in Deutschland sind unterschiedlich groß, in Großstädten bieten sie in der Regel 30 bis 40 Frauen und Kindern einen Zufluchts- und Ruheort, dort gibt es oft mehrere in einer Stadt, in Hamburg z.B. fünf. In kleineren Städten und in ländlichen Gebieten verfügen die Häuser über 10 bis 30 Plätze. Aufgrund der knappen Finanzierung durch Länder und Gemeinden ist die Ausstattung meist karg und die Raumnot groß. In einer „Art Zwangs-WG“ leben die Frauen und Kinder – von ihnen kommen ca. 125 bis 135 auf 100 Frauen – mitunter monatelang unter beengten räumlichen Verhältnissen zusammen, vielfach müssen sich mehrere Menschen ein Zimmer teilen.[16] So lebten beispielsweise 1993 im autonomen Frauenhaus Lübeck sieben Frauen in einem 24qm großen Zimmer. Zeitweise mußte der einzige gemeinsame Aufenthaltsraum als Schlafraum für Mütter und Kinder genutzt werden.[17] Die Frauen, die zu ihrem Mann zurückkehren – etwa ein Drittel[18] – verlassen das Haus meist nach kurzer Zeit, diejenigen, die eine Wohnung suchen, bleiben hingegen länger. Die Verweildauer hängt insofern nicht zuletzt von der Lage auf dem Wohnungsmarkt ab, etwa ein Drittel bleibt bis zu einer Woche, die meisten bis zu sechs Monate, eine kleine Anzahl hingegen ein Jahr und länger.[19] Die Aufenthaltsdauer ist in der Regel nicht begrenzt, außer Länder oder Kommunen machen solche Beschränkungen zur Auflage für die Finanzierung. Die Bewohnerinnen, das Gros zwischen 20 und 40 Jahre alt,[20] stammen meist aus weniger wohlhabenden Verhältnissen, reichere Frauen finden leichter andere Möglichkeiten der Zuflucht.

12 Claudia Pinl/Marianne Weg, Folgen, S. 39.

13 So die Gründerin Erin Pizzey in einem Interview, in: Sarah Haffner, Frauenhäuser, S. 83-100, hier: S. 83.

14 Margrit Brückner, Wege, S. 67.

15 Ebd.

16 Nachrichten Parität 1/1997, S. 4 und S. 23.

17 Vorlage der Gleichstellungsbeauftragten vom 20.1.1993 für den Gleichstellungsausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg, in: GS-GA.

18 Nachrichten Parität 1/1997, S. 23, die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1996.

19 Ebd.

20 Ebd.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 338

Einzuflechten ist hier, daß sich der folgende Abriß der Arbeit autonomer Anti-Gewalt-Projekte, gemäß dem Stand der Forschung, auf metropolitane Ausprägungen und Diskurse in den alten Bundesländern bezieht. „Es ist kein Zufall", konstatiert Carol Hagemann-White, „daß Frauenhäuser zuerst in den Großstädten entstehen", da die Frauen, welche ein Frauenhaus fordern, durchsetzen und als Mitarbeiterinnen tragen, sich eher in Metropolen mit ihren 'progressiven' Subkulturen zusammenfinden.[21] Frauenprojekte zu familiärer Männergewalt im ländlichen und kleinstädtischen Raum sind vielfach keineswegs „aus waschecht autonom-frauenbewegten Ursprüngen entstanden", wie es der Trägerverein des Flensburger Frauenhauses im Rückblick auf die eigene Geschichte formuliert.[22] Nach der empirischen Studie von Nina Köllhofer, welche Frauenprojekte von vier städtischen wie ländlichen Gebieten in Süddeutschland und der Schweiz vergleicht, zeichnet sich im Stadt-Land-Vergleich ein Muster auseinanderstrebender Prioritäten ab. Projektfrauen in ländlichen Gebieten identifizieren sich deutlich weniger als metropolitane Aktivistinnen mit den Themen 'Gewalt gegen Frauen' und 'Lesbenpolitik'. Für andere diese Untersuchung leitende Fragestellungen lassen sich lediglich diffuse Differenzen zwischen Stadt und Land ausmachen, zumal diese Orientierungsachse nicht im Zentrum der Arbeit steht.[23] Aus Köllhofers Ergebnissen, läßt sich, Verallgemeinerbarkeit angenommen, schließen, daß ländliche Frauenprojekte 'heikle' Themen in höherem Maße scheuen als urbane, was eng mit ihrem jeweiligen sozialen Umfeld, seinen Normen und der Rigidität sozialer Kontrolle zusammenhängen dürfte. Ostdeutsche Frauenprojekte stehen in ähnlicher Entfernung zu Prinzipien und Diskussionen der urbanen westdeutschen Frauenbewegung. Auch bei ihnen hat bei „ausgeprägtem Hang zum Pragmatismus" die praktische Arbeit Vorrang vor Grundsatzdebatten, sie verstehen sich kaum als Teil einer ohnehin nicht vorhandenen Alternativ- oder Gegenkultur, das Geschlechterverhältnis wird nicht primär hierarchisch oder als Kampfverhältnis gesehen.[24]

In der Gründerinnengeneration der Frauenprojektebewegung des urbanen 'mainstream' fanden sich zumeist Studentinnen aus den Selbsterfahrungs- und politischen Aktionsgruppen der Neuen Frauenbewegung zusammen. Sie waren politisch im Umfeld der radikalen, antiautoritären, staats- und kapitalismuskritischen Protestbewegungen der ausgehenden 60er Jahre sozialisiert und verstanden die Frauenhäuser und Notrufe ursprünglich als antipatriarchale „Widerstandsnester in der Gesellschaft".[25] Die anvisierte Selbsthilfe unter Frauen sollte auch die Basis zur Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit der Frauen sein,[26] die Öffentlichkeitsarbeit, um die Gesellschaft für das Thema zu sensibilisieren, nahm einen ebenso wichtigen Stellenwert ein. In dem Ideal eines hierarchiefreien Miteinanders der Mitarbeiterinnen untereinander wie zwischen ihnen und den Bewohnerinnen sollte die konkrete Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft vorweggenommen werden.

Das politische Potential der Utopie verblaßte im Laufe der Jahre in der Konfrontation mit der Praxis, die nicht nur geprägt war von dem Ausbleiben deutlich ablesbarer Erfolge bei substantiellen Veränderungen von Mentalitäten und Strukturen in der Gesellschaft, sondern auch von internen Konflikten und von der Enttäuschung, daß die Bewohne-

21 Carol Hagemann-White, Frauenhausbewegung, S. 169.

22 Schreiben von 'Hilfe für Frauen in Not' Flensburg an alle Autonomen Frauenhäuser, o.D., in: V-SS.

23 Nina Köllhofer, Aktivitäten, passim.

24 Renate Rieger, Frauenprojekte, S. 60f.

25 Zitat aus: Traude Chrysanthou u.a., Frauenprojektegeschichte, S. 14, zur Verortung der Projektebewegung in der Geschichte der Neuen Frauenbewegung vgl. Rosemarie Nave-Herz, Geschichte, S. 63-70.

26 Barbara Brüggmann/Edith Halves, Gründung und Weiterentwicklung, S. 192.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 339

rinnen die Häuser vielfach als bloße Serviceeinrichtungen nutzen. Das Frauenhaus, so Margrit Brückner, war als Teil der Frauenbewegung konzipiert und die Hoffnung sei es gewesen, daß die Zufluchtsuchenden der Frauenbewegung zumindest offen gegenüberstehen und „daß wir sie mit unserer Vorstellung von Emanzipation ebenso begeistern könnten, wie wir selbst begeistert waren". Die Frauen, die in die Häuser kamen, waren und blieben hingegen in der Regel „sehr traditionelle Frauen mit – uns kleinbürgerlich anmutenden – Idealen und Lebensentwürfen".[27] In höherem Maße als durch solche internen Entwicklungen entschärfte sich das politische Profil der autonomen Projekte durch die zunehmende Einbindung, vielfach als Vereinnahmung kritisiert, in den Sozialstaat und die Anforderungen der Praxis in unterfinanzierten und überfüllten Einrichtungen. Im Zuge der Institutionalisierung und Professionalisierung kam es zu einer stärkeren Orientierung an der sozialarbeiterischen Tätigkeit, welche „alle anderen Institutionen und Individuen von der eigenen Hilflosigkeit, aber auch von jeder Verpflichtung, Stellung zu nehmen oder gar einzugreifen", entlastet.[28] Aus der Spannung zwischen dem politischen Anspruch, Teil einer Befreiungsbewegung zu sein, und der konkreten Hilfe für einzelne Frauen ergab sich in den alten Bundesländern ein scharfer Konflikt zwischen Radikalität und Pragmatismus. Oftmals erbittert und bis zur Spaltung und Selbstauflösung wurde eine interne und öffentliche Auseinandersetzung geführt zwischen denen, die radikal Patriarchat und 'Terrorzusammenhang' Familie umstürzen wollten und denen, die den Akzent auf pragmatische Sozialarbeit innerhalb des Patriarchats setzten.

Das Besondere in Frauenprojekten, ihre Grundprinzipien dennoch zu bewahren, bleibt ein zentrales Anliegen der Frauenbewegung, sie bilden nach wie vor die Richtschnur, an der die Realitäten gemessen werden, die regulative Idee, in deren Licht sie verändert werden sollen.[29] Um trotz der staatlichen Finanzierung, auf welche die Projekte angewiesen sind, nicht einen „lila Flicken im sozialen Netz"[30] darzustellen, sollen die Leitprinzipien feministischer Sozialarbeit – Autonomie, Parteilichkeit, Betroffenheit und Ganzheitlichkeit – die weibliche Selbstbefreiung und die Überwindung der bis dahin üblichen Trennung zwischen helfender und hilfesuchender Person ermöglichen. Unter Autonomie kann die Gratwanderung zwischen organisatorischer und inhaltlicher Unabhängigkeit vom androkratischen politischen System bei gleichzeitiger finanzieller Abhängigkeit von der 'Staatsknete' verstanden werden. Parteilichkeit meint die eindeutige Parteinahme für Frauen und die Beschränkung, sich ausschließlich für Frauen zuständig zu erklären. Betroffenheit bedeutet das Bewußtsein, selbst der strukturellen Gewalt zu unterliegen und womöglich selbst Opfer personaler Gewalt geworden zu sein oder jederzeit werden zu können. Die Schranken zwischen einer über den Problemen der 'Klientin' stehenden und damit distanzierten Helferin und der Hilfesuchenden lösen sich damit partiell auf. Durch das Prinzip der Ganzheitlichkeit wird versucht, eine Frau nicht darauf zu reduzieren, daß sie Gewaltopfer wurde. Vielmehr geht es darum, sie als Gesamtpersönlichkeit in den Blick zu nehmen, als eine Frau, der auch Gewalterfahrungen aufgezwungen wurden.

27 Margrit Brückner, Verstrickungsprobleme, S. 111.

28 Carol Hagemann-White, Perspektiven, S. 13.

29 Vgl. Margrit Brückner, Frauen- und Mädchenprojekte, S. 271.

30 Petra Schallhöfer, Frauen helfen Frauen, S. 211.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 340

Gerade die gegen erhebliche Widerstände und Vorbehalte durchgesetzte Etablierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen brachte einen beschleunigten Prozeß der Delegitimierung häuslicher Gewalt gegen Frauen in Gang. Die bloße Existenz solcher Projekte symbolisierte die bisher vielfach geleugnete oder heruntergespielte Existenz und Ubiquität der Mißhandlungen. Zugleich wurde aufgezeigt, daß Frauen ein Recht auf ein Leben ohne Übergriffe haben, ihren Partner verlassen und „ihr Leben selbst in die Hand nehmen" können.[31] Die durch das fast flächendeckende Vorhandensein von Frauenhäusern gleichsam untermauerte feministische Gewaltdebatte verankerte das einst tabuisierte Thema im öffentlichen Bewußtsein, machte Forderungen und Inhalte des Protestes so allgemein bekannt, daß eine indifferente Haltung unmöglich wurde.[32] Das bisher Selbstverständliche, d.h. die der Gewalt entgegengebrachte allgegenwärtige Akzeptanz, wurde unüberhörbar in Frage gestellt, die herrschenden Normen als amoralisch und destruktiv gekennzeichnet. Indem die Frauenbewegung an den demokratischen Selbstanspruch des politisch-administrativen Systems appellierte, sich auf die Prinzipien der Menschenwürde, des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit und persönliche Freiheit berief,[33] gelang es ihr, den Staat und die Gesellschaft unter einen gewissen Zugzwang zu setzen. Ein solcher Trend zum Universalismus moralnaher Rechtsprinzipien sprengt, wie es Thomas Blanke formuliert, die tradierte Sittlichkeit und die historisch gewachsenen Werte eines Gemeinwesens. Es kommt zur Irritation, Verflüssigung und unter Umständen zur Auflösung herkömmlicher Werthaltungen, also der zum Habitus geronnenen gemeinsamen Überzeugungen der Menschen, von all dem, was ihnen „gut, gerecht, sittlich und billig" ist.[34] Bereits Mitte der 80er Jahre wurde von Seiten der Frauenhausbewegung und der von ihr inspirierten sozialwissenschaftlichen Forschung festgestellt, daß sich kein Vertreter der Öffentlichkeit hinstellen könne und behaupten, in seiner Region gebe es das Problem nicht, oder er habe davon noch nichts gehört.[35] Die Anti-Gewalt-Projekte wurden im Verlaufe der 80er Jahre zunehmend in die staatliche Sozialpolitik integriert und sind, auch wenn unterfinanziert, anerkannte Institutionen des sozialen Netzes geworden.

Seit Ende der 80er und vor allem in den 90er Jahren vollzieht sich ein weitergehender Wandel im Umgang des politisch-administrativen Systems mit Männergewalt im sozialen Nahraum. Zunehmend wird das Thema über die sozialpolitischen Bezüge hinaus Teil staatlicher Kriminal- und Justizpolitik. Jenseits eines bloßen Zur-Verfügung-Stellen von Asylen für mißhandelte Frauen wird ein Umbau des Rechtssystems versucht. Die Tendenz zur Verrechtlichung auch des privaten Umganges der Menschen innerhalb von Ehen und Beziehungen und zur Professionalisierung der Intervention drückt sich besonders deutlich in Präventionsprogrammen aus. Nach dem Vorbild US-amerikanischer Vorläufer wird auf kommunaler Ebene versucht, die verschiedenen Einzelmaßnahmen zum Schutz von Frauen zu koordinieren. Frauenhäuser, Beratungsstellen, Männergruppen, soziale Dienste, Polizei und Justiz arbeiten hierbei eng zusammen. Ein zentrales Moment solcher Programme ist vielfach die 'go-order', d.h. der Verweis des Täters aus der gemeinsamen Wohnung. Während dieser Maßnahme in der Bundesrepublik sehr

31 Margrit Brückner, Wege, S. 86.

32 Ute Straub, Interaktionsort, S. 237.

33 Vgl. ebd., S. 236.

34 Thomas Blanke in seinem Essay Mehrheitsregel und Minderheitenschutz. Die Funktion des Rechts im Prozeß der Aufklärung: ein Paradox, in: Frankfurter Rundschau vom 15.9.1998.

35 So z.B. Margrit Brückner, Entwicklung, S. 8.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 341

hohe juristische Hürden entgegenstehen, so daß sie bisher kaum praktische Bedeutung erlangen konnte, gehört sie in den USA und in Österreich inzwischen zur alltäglichen Praxis der Intervention. In der Bundesrepublik zeichnet sich der Trend zur Verrechtlichung besonders deutlich in der 1997 quer durch die Fraktionen durchgesetzten Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ab. Diese seit einem Jahrzehnt von Feministinnen eingeforderte Reform des Strafrechts war bis dahin nicht zuletzt mit dem Argument abgelehnt worden, der Staat dürfe sich nicht zu sehr in die Privatsphäre einmischen.

Gefördert wird die staatliche Durchdringung des 'rechtsfreien Raumes' der Ehe und Beziehung durch Erfolge der Frauenbewegung auf internationaler Ebene. Nachdem 1986 bereits das Europaparlament Maßnahmen gegen häusliche Gewalt gegen Frauen einforderte, wurde in den 90er Jahren das Thema auf die Agenda der Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen gebracht. Vor dem Hintergrund des generellen Trends zur Delegitimierung von Männergewalt, insbesondere angesichts der Massenvergewaltigungen in Ex-Jugoslawien und auf Druck der internationalen Frauenbewegung sowie der Regierungen der USA, Kanadas und der Niederlande, wurde 1993 die 'Declaration on the Elimination of Violence Against Women' einstimmig angenommen.[36] Dieses Dokument nimmt die Staaten unmißverständlich in die Verantwortung auch für die sich im privaten Bereich vollziehende Gewalt, die einzelnen Regierungen haben demnach eine Verhinderungspflicht. Die Staaten sollen, heißt es in Artikel 4, mit den geeigneten Mitteln „unverzüglich eine Politik zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen verfolgen", unabhängig davon, ob die Übergriffe vom Staat oder von Privatpersonen ausgehen. Die Staaten sollen umfassende Vorbeugungsmaßnahmen ergreifen „und alle sonstigen gesetzlichen, politischen, administrativen und kulturellen Maßnahmen ausarbeiten, die den Schutz der Frau gegen jede Form von Gewalt fördern". In die Staatshaushalte sind für solche Maßnahmen „angemessene Mittel" aufzunehmen.[37]

36 Vgl. Jutta Joachim, Wandel, passim.

37 Die Erklärung ist abgedruckt in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Menschenrechte, S. 149-156.

Die zumindest verbale Ächtung hat sich zusammenfassend gesprochen, ausgehend von der Frauen(haus)bewegung seit Mitte der 70er Jahre in den 80er und vor allem in den 90er Jahren lokal/regional, national und international durchgesetzt. Von den 193 Staaten haben allerdings bis heute nur 44 spezifische Gesetze gegen Gewalt in der Ehe, 27 gegen sexuelle Belästigung und 17 gegen Vergewaltigung in der Ehe erlassen.[38] Das Ausmaß der Übergriffe gegen Frauen im privaten wie im öffentlichen Bereich hat jedoch nicht abgenommen, „eher ist zu befürchten, daß es zugenommen hat".[39] Eine tiefgreifende, auch in den männlichen Identitätskonzepten und Interaktionsmustern verwurzelte, gesellschaftliche und im Alltag wirksame Ächtung ist erst in Ansätzen erkennbar. Dies wäre zusammen mit einer geschlechterdemokratischen Verfassungswirklichkeit die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die eine Selbstverständlichkeit, die der Gewalt und ihrer Akzeptanz, durch eine andere ersetzt werden kann, durch die, daß Gewalt kein Mittel zwischenmenschlicher Interaktion ist.

38 Siehe Margrit Brückner, Wege, S. 123.
39 Ebd.

Selbst dem Erklimmen der so provisorischen wie notwendigen ersten Stufen zur innerstaatlichen Durchsetzung elementarer Menschenrechte – d.h. der Enttabuisierung des Themas und Einrichtung eines

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 342

Frauenhauses – standen in den 80er und Mitte der 90er Jahre noch erhebliche Widerstände entgegen, wie sich am Beispiel der Region Herzogtum Lauenburg zeigen läßt.

B. Tradition und Tabubruch in der Region Lauenburg (1982-1992). Im Mittelpunkt des folgenden ersten Teils steht die politische Kultur der Region Lauenburg, der autonome Frauenverein 'Hilfe für Frauen in Not' und ihr Verhältnis zueinander. Politische Kultur kann mit Karl Rohe als ein identitätsbildendes Regelsystem betrachtet werden, von dem abhängt, wie politisch gehandelt, geredet und gedacht werden kann, ohne mit informellen Sanktionen rechnen zu müssen.[1] Umschlossen von einer sich über oberflächliche Modernisierung hinwegschreibenden ländlich-konservativen Tradition und die gegenwärtige Gesellschaft durchdringenden patriarchalen Strukturen wurde auch die Quasi-Legalität familiärer Männergewalt tradiert. Das alltägliche Tabuisieren und Verharmlosen dieser Verletzungen des Menschenrechts auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung wurde seit 1982 durch den Verein 'Hilfe für Frauen in Not' in Frage gestellt. Er blieb Teil der politischen Kultur und ihrer Konventionen und verließ sie zugleich ein Stück weit, um betroffenen Frauen konkrete Hilfe zur Verfügung zu stellen und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren.

1 Karl Rohe, Politik, S. 162ff.

I. Sozioökonomie, Mentalität und politische Kultur. Der Kreis Herzogtum Lauenburg liegt im Südosten des Landes Schleswig-Holstein. Im Norden grenzt er an die Hansestadt Lübeck, im Osten wird er von Mecklenburg-Vorpommern, im Süden von der Elbe als Grenze zu Niedersachsen, im Südwesten von der Metropole Hamburg und im Westen vom Landkreis Stormarn begrenzt. Seine Landschaft, welche Ausflügler und 'sanfte Touristen' anzieht, wird häufig als bilderbuchhaft charakterisiert:

„Gemeint ist die idyllisch-naturbelassene Welt der Seen, sind die jahrhundertealten Dörfer mit ihren Feldstein- und Fachwerkkirchen und den berühmten Herrenhäusern."[2]

Tatsächlich ist der Landkreis relativ dünn besiedelt, sein Areal wird nach wie vor zu über 60 vH landwirtschaftlich genutzt und ist zu einem knappen Viertel mit Wald bestanden. Die rund 170 000 Einwohner und Einwohnerinnen der Region leben zur einen Hälfte in den fünf lauenburgischen Kleinstädten, deren weitaus größte, Geesthacht, 28 000 Menschen bewohnen, und zur anderen Hälfte in den zahlreichen Dörfern, meist in Ein- und Zweifamilienhäusern.[3] Die Menschen leben laut 'Lebensqualität-Atlas' in relativem Wohlstand bei geringer Arbeitslosigkeit, wohnen in einem sicheren Umfeld und in einer ausgesprochen intakten Umwelt, so daß der Kreis im oberen Fünftel aller bewerteten Städte und Kreise rangiert. Defizite zeigen sich allerdings in einer eher unzureichenden sozialen und gesundheitlichen Versorgung und einem geringen kulturellen Angebot.[4]

Dieser ländliche Lebensraum unterlag und unterliegt einem Prozeß der Modernisierung. Lauenburg steht damit zwischen einer sich verlierenden Tradition und einer fortschreitenden, bisherige Lebenszusammenhänge zersplitternden Moderne.[5] So entspricht die Wirtschaftsstruktur dem ländlichen Gepräge längst nicht mehr.[6] Nur Wenige finden ihren Erwerb noch in Land- und Forstwirtschaft, die lauenburgischen Bauern

2 Norbert Fischer, Kreis, S. 7.

3 Die statistischen Daten sind Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung, S. 14ff. und S. 59 entnommen.

4 Dieter Korczak, Lebensqualität-Atlas, S. 232-241.

5 Ingrid Spiegel, S. 114; zur Metropolregion Hamburg vgl. Franklin Kopitzsch, Metropolregion, besonders S. 37f.

6 Thomas Fuchs, Modernisierung, sieht die Integration des ländlichen Raums und der Landwirtschaft in den Markt der Industriegesellschaft als den ersten Schritt in der Modernisierung ländlicher Räume an. Die kulturelle Angleichung, z.B. der Konsummuster oder im Medienbereich folgt nach. Der Modernisierungsprozeß wurde in dieser Deutung durch die Verwaltungsreform und Parteipolitisierung der Kommunalpolitik abgeschlossen.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 343

wurden wie auch in anderen ländlichen Regionen „zahlenmäßig zu einer kleinen Minderheit zusammengedrückt".[7] Die größte Gruppe der Lauenburger Betriebe bilden heute – mit zunehmender Tendenz – die Dienstleistungsunternehmen, gefolgt von Handel und verarbeitendem Gewerbe.

Der Strukturwandel der ursprünglich überwiegend land- und forstwirtschaftlich orientierten Region zu einem gemischtwirtschaftlichen Gebiet mit gewerblicher Orientierung[8] und einer Tendenz zur Tertiärisierung vollzog sich im Schatten der innerdeutschen Grenze. Die Zonenrandlage führte zu einer in der Kommunalpolitik vielfach beklagten Strukturschwäche, welche die von Hamburg ausgehenden modernisierenden Effekte in hohem Maße dämpfte und damit den ländlichen Charakter 'konservierte'.[9] Die sozioökonomische Entwicklung verlief deutlich verzögerter als z.B. im ebenfalls Hamburg benachbarten Landkreis Pinneberg, welcher vor dem Zweiten Weltkrieg ähnlich strukturiert war wie das Herzogtum Lauenburg.[10] Der Osten, nahe der Grenze, blieb weitaus dörflicher, dünner besiedelt und durch den ÖPNV geringer erschlossen als das Hamburger Umland. Im Umland, 'Südkreis' genannt, liegen die wirtschaftlich bedeutenden Städte, die Pro-Kopf-Steuereinnahmen sind hier ebenso höher wie die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen.[11] Dies weist auf eine großstädtische Verhältnisse in kleinerem Maßstab abbildende Armutskluft hin, der eine höhere Kriminalitätsrate korrespondiert.

Maueröffnung und Einheit forcierten eine zügigere Entwicklung. Langfristig ist innerhalb des Kreises eine Angleichung zwischen Osten und Westen zu erwarten, wie auch zwischen dem Herzogtum und den anderen schleswig-holsteinischen Anrainern der Hansestadt. Aus den Zahlen der Ein- und Auspendler/innen über die Kreisgrenzen hinweg ergibt sich, insbesondere seit der Maueröffnung, das Bild einer zunehmenden Vernetzung mit den umgebenden Regionen, primär mit Hamburg.[12] Seit den 70er Jahren führt die Stadtflucht viele Hamburger und Hamburgerinnen in das Herzogtum mit seinen niedrigen Baulandpreisen, ein Zuzug meist Wohlhabender, welcher sich nach der Öffnung der Mauer 1989 zu einem, so die Kreisverwaltung, regelrechten „Siedlungsdruck" aus der Metropole verstärkt hat.[13]

Durch die sukzessive Angleichung der Sozialstrukturen, den permanenten Personen- und Gedankenaustausch zwischen Städten und Dörfern[14] und durch die Gleichrichtung der Informationsströme im Zeitalter der Massenmedien entstand eine eigenständige „Provinzmoderne", eine spezifische Melange aus urbanen und dörflichen Lebensmustern.[15]

Bereits bei der Einreise verweist der alte preußische Name – jener „anachronistisch erscheinende Luxus"[16] – auf konservative Strukturen und Traditionsbewußtsein. Die Region gilt, wie ich zahlreichen Gesprächen entnehmen konnte, als ausgesprochen konservativ, manchen sogar als der rückständigste Landkreis Schleswig-Holsteins, als seine 'schwarze Ecke', die nicht zufällig Uwe Barschels Geburtskreis[17] und politische Heimat gewesen sei. In der Abgeschiedenheit der Zonenrandlage und auf dem Boden einer über 700jährigen Geschichte des Herzogtums gibt es in der „geschichtsträchtigen Luft, die hier jeder atmet"[18] eine höhere Identifizierung mit der Region, mit Herkommen und

7 So lebten im Jahre 1994 gerade 2,6 vH der Beschäftigten von Land- und Forstwirtschaft; 1980 waren es noch 4,4 vH, der Anteil ihrer Betriebe betrug 1991 etwa 10 vH. Vgl. zu den Zahlen: Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung, S. 36ff. Einführend zum Strukturwandel in Lauenburg vgl. Herrmann Harms, Landeskunde, S. 73-88 und in kartographischer Aufbereitung: Dieter Jaschke, Regionalatlas; Zitat aus: Rainer Geißler, Sozialstruktur, S. 186.

8 Vgl. Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg (Hg.), Materialien, S. 148 und S. 151.

9 Vor 1989 war Lauenburg der am wenigsten mit der Metropole verflochtene Umlandkreis Hamburgs, vgl. Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung, S. 87 und Christiane Plewnia, Kreisentwicklung, S. 198.

10 Interview mit William Boehart.

11 Vgl. Christiane Plewnia, Kreisentwicklung, S. 198 und Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung, S. 16, 49 und 54.

12 Von den Erwerbstätigen dieser Region verlassen mehr als die Hälfte alltäglich den Landkreis, um ihrer Arbeit nachzugehen, ein Viertel allein in Hamburg. Im Umland, von wo die Hansestadt besonders gut zu erreichen ist, arbeiten nur um die 20 vH nicht in Hamburg, Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung, S. 41ff.

13 Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg (Hg.), Festschrift, S. 47.

14 Andreas Franzen, Wandel, S. 274.

15 Albert Herrenknecht/Jürgen Wohlfahrt, Kampf, S. 27.

16 Jan Herchenröder/Hans-Jürgen Wohlfahrt, Herzogtum Lauenburg, S. 5.

17 Was so nicht zutrifft, er kam als kleiner Junge von Berlin in den Kreis und wuchs dort auf.

18 Uwe Barschel, Streiflichter, S. 176.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 344

Brauchtum als z.B. im benachbarten Landkreis Stormarn. Das bildet sich in der offiziellen und offiziösen Selbststilisierung des Kreises deutlich ab, aber auch in der Bevölkerung, bei der es durchaus so etwas wie das andernorts vermißte Kreisbewußtsein gibt.

Das Leben im Dorf, abgeschwächter auch in der Kleinstadt, ist beschaulicher und überschaubarer geblieben und das Gemeinschaftsleben ausgeprägter, das Vereinswesen ist ein wichtiges Bindeglied in der Gesellschaft[19]. Die damit einhergehende größere Mitmenschlichkeit, die weitaus geringere Anonymität sowie die gegenseitige Hilfe unter Nachbarn und Bekannten ist neben der Vertrautheit im Gewohnten und kaum Veränderlichen ein wesentliches Moment, welches die Lebensqualität auf dem Land ausmacht und ein Gefühl der Identität, der 'Geborgenheit' in der Heimat stiftet.[20] Die Kehrseite eines solchen Modells von Zusammenleben liegt in der Rigidität ländlicher Werte und Normen sowie in der größeren Dichte ihrer sozialen Kontrolle. Abweichung forciert als Konfrontation mit Fremden, Unvertrautem nach wie vor das Bedürfnis nach Konvention und Wiederherstellung der Homogenität. Das hat eine systematische Konfliktausklammerung bzw. Konfliktvermeidung zur Folge, denn niemand kann wissen, wie man sich im Konfliktfall verhalten soll, „deshalb nimmt man ihn erst gar nicht wahr".[21]

Auf dem Boden der hartnäckigen Norm- und Wertvorstellungen, der größeren Vertrautheit, aber auch Abhängigkeit untereinander, der gefühlsmäßig konservativen Grundhaltung der Bevölkerung lebt eine spezifisch ländliche politische Kultur fort. Sie ist bei politischem Desinteresse als herrschender Stimmung an einem Gemeinsinn- und Harmonieideal und an persönlich wie politisch konformem Verhalten ausgerichtet. Die Neubürger und Neubürgerinnen aus Hamburg brachten zwar ihre oftmals fortschrittlichen Werte und politischen Vorstellungen mit, so daß die Alteingesessenen nicht umhin konnten, sich mit diesen auseinanderzusetzen, und bewirkten so mehr Offenheit. Zugleich unterlagen die 'Neuen' jedoch auch einem sanften Anpassungsdruck an ihr soziales Umfeld und seine Mentalität.

Der von Roland Roth und Dieter Rucht festgestellte generelle Trend zur Normalisierung unkonventionellen politischen Handelns[22] bestätigt sich für den Kreis Lauenburg nur rudimentär. So reagierten die Möllner und Möllnerinnen auf den fremdenfeindlichen Brandanschlag in ihrer Stadt mit spontanen Protestkundgebungen, an einer großen Demonstration beteiligten sie sich jedoch kaum: „Das ist ja jetzt eine politische Demonstration, vor diesen Karren will ich mich nicht spannen lassen", lautete der typische Kommentar eines Lauenburgers.[23] Ein Denken in Alternativen,[24] eine öffentliche Streitkultur sind so gut wie unbekannt. Sehr vieles werde, so William Boehart, unter der Hand und durch Diffamierungen behandelt, selten aber diskursiv und öffentlich ausgetragen, auch nicht in der veröffentlichten Meinung:

„Das ist […] für mich auch ein charakterisierendes Merkmal des Kreises, es gibt keine entwickelte politische Öffentlichkeit, also das ist einfach nicht vorhanden."[25]

Die lokale Öffentlichkeit konstituiert sich vorwiegend über nachbarschaftliche Kontakte, geselliges Zusammensein und über das Vereinsleben, welches in der Berichterstattung der Lokalzeitungen einen breiten

19 Interview mit William Boehart.

20 Zu diesem Zusammenhang aus feministischer Sicht, vgl. Elisabeth Bütfering, Frauenheimat, S. 425ff.

21 Beate Brüggemann/Rainer Riehle, Dorf, S. 211 und S. 194.

22 Siehe Roland Roth/Dieter Rucht, Veralltäglichung, passim.

23 taz vom 30.11.1992.

24 Ein anregender Artikel über ländliche Mentalitätsmuster formuliert lakonisch: „Das Leben folgt dem lokalen Rezeptwissen, das haben wir schon immer so gemacht. Es gibt kein Denken in Alternativen, Diskussionen bedeuten Schwäche." StadtRevue. Kölns Stadtillustrierte, April/Mai 1998, S. 43-48, Zitat S. 43.

25 Interview mit William Boehart.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:47 Uhr Seite 345

Raum einnimmt. Politik wird nicht allein und primär in den Sitzungssälen und Amtsstuben der kommunalen Selbstverwaltung gemacht, sondern weitgehend in Hinterzimmern, hinter den geschlossenen Türen von Vereinen, vor allem der im Lauenburgischen starken exklusiven Organisationen wie Rotary- oder Lions-Clubs. Sie bilden ein „gesellschaftliches Geflecht" zwischen Verwaltungsspitze und Führungskräften der Wirtschaft und sind damit als informelle Machtzirkel anzusehen.[26]

Die Rekrutierung von Kommunalpolitikern und -politikerinnen in ländlichen Gemeinden erfolgt vielfach über Aktivitäten in Vereinsvorständen, weniger über parteipolitische Betätigung. Eine Identifizierung oder zumindest Anpassung an die gängigen Normen und Werthaltungen des Umfeldes können als Voraussetzung für kommunale Entscheidungsbeteiligung angesehen werden. Zu den erwarteten öffentlichen Tugenden zählen neben Amtskompetenz und Verantwortungsbewußtsein auch Hilfsbereitschaft und ein geordnetes Familienleben. Konfliktfreudige Personen oder solche, zwischen denen es zu intensiveren Konflikten kommen könnte, werden eher nicht berücksichtigt.[27]

Die althergebrachte politische Kultur manifestierte sich von 1948 bis 1994 – seitdem gibt es eine rot-grüne Mehrheit[28] – in der Dominanz rechter oder konservativer Parteien im Kreistag. Die CDU stellte fast eben so lang die größte Fraktion, die kommunalpolitischen Strukturen im Kreis sind maßgeblich von der Partei geprägt worden. Die Union des Kreises versteht Grundsatztreue und Beharrlichkeit als ihr bestimmendes Merkmal. Die Bewahrung der lauenburgischen Identität, ohne „ständig 'dem' oder 'irgendeinem' Zeitgeist" hinterherzulaufen, bildet einen „prägenden Bestandteil" der politischen Arbeit. „Heimatbezogenheit", „Bodenständigkeit" und die „Verbundenheit zu Mensch und Natur im Kreis", stellen für die christdemokratische Partei ein Vermächtnis dar, in das sich jeweils nachrückende Politikergenerationen einzufügen haben.[29]

„Bei aller innerparteilichen politischen Auseinandersetzung waren diese Erkenntnisse auch für die 'Jüngeren', die den 'Älteren' folgten, immer ein Maßstab für die eigene Arbeit. Als N.B. aus Lauenburg für die CDU das Amt des Kreispräsidenten übernahm, gab es viele kritische Betrachter, die sich fragten, ob der Städter B., der von Beruf Jurist ist, sich in diese Reihe der Kreispräsidenten einfügt."[30]

Wie die Publikationen der Kreisorgane und vielfach die 'Heimatliteratur' vermitteln auch die beiden Volksparteien das Image einer dem Fortschritt aufgeschlossenen Idylle, welche unverbrüchlich in ihrer Vergangenheit mit ihren kulturellen Überlieferungen ruhend, die Herausforderungen von Morgen annimmt. Die christdemokratische Kommunalpolitik sucht die „Pflege und Förderung von Tradition und lauenburgischem Brauchtum"[31] mit den „ordnungspolitischen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft: Leistung, Eigenverantwortung und Wettbewerb";[32] die konservative Grundeinstellung mit der Zukunftsorientierung von wirtschaftlichem Wohlstand und infrastruktureller Modernisierung zu verbinden. Mit anderen inhaltlichen, stärker an Veränderung orientierten Akzenten setzt auch die SPD diese Gratwanderung auf ihr politisches Programm. Es gelte, das Herzogtum Lauenburg aus dem „Dornröschenschlaf" zu wecken, von seinen „verkrusteten Strukturen" zu be-

26 Ebd.

27 Vgl. die Zusammenfassung der kommunalwissenschaftlichen Forschung, die einen weitreichenden Konsens zu diesem ländlichen Rekrutierungsmuster aufweist: Marianne Horstkötter, Frauen, S. 37-40.

28 William Boehart und Kristine Höpcke führen den Wechsel nicht zuletzt auf den Zuzug aus Hamburg zurück. Die Affäre um Uwe Barschel führte auch in seinem Heimatkreis zu einem politischen Vertrauensverlust, vgl. Alfred Flögel, 50 Jahre CDU, S. 110f. Rainer Berger, SPD und Grüne, S. 194, stellt zudem fest, daß die SPD deutschlandweit überdurchschnittlich in ländlichen Dienstleistungsregionen und in Kleinstädten Zugewinne verbucht. Die rot-grüne Mehrheit wurde in der Kommunalwahl 1998 bestätigt.

29 Alle Angaben und Zitate sind der Festschrift zum 50. Geburtstag der CDU des Kreises entnommen, Alfred Flögel, 50 Jahre CDU, S. 125-128.

30 Ebd., S. 126. Der Name im Zitat wurde von mir gekürzt. Lauenburg meint in diesem Fall die im Kreis gelegene Kleinstadt, nicht die Region.

31 CDU Kreis Herzogtum Lauenburg, „Aus Verantwortung für Menschen und Natur - Die Zukunft unserer Heimat gestalten". Programm 1990-1994, S. 2, in: GS-PM.

32 Alfred Flögel, 50 Jahre CDU, S. 1.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 346

freien, die reizvolle Natur und der „liebenswerte Charme kleiner Städte", kurzum der „einzigartige Charakter unseres Lebensraumes" sei jedoch zu bewahren.[33] Das von der Region gezeichnete Bild und die Ziele der beiden großen Parteien fügen sich sowohl in das touristische wie in das gewerbliche Konzept der Wirtschaftsförderung lauenburgischer Kommunalpolitik. Zugleich reflektieren sie den Balanceakt, wenn nicht die Widersprüchlichkeit, die Vorteile der Ländlichkeit beibehalten zu wollen und die Chancen zu realisieren, welche eine Modernisierung verspricht, ohne daß die Nachteile beider 'Modelle' negativ zu Buche schlagen.

33 Alle Zitate aus: SPD-Kreisverband Herzogtum Lauenburg, Das Kreiswahlprogramm für die Kommunalwahl 1990, in: GS-PM.

Identitäten und Mentalitäten werden fragiler, da die Gesellschaft sich ändert, das Althergebrachte zunehmend Neuem weichen muß. Der selbstverständliche und vorpolitische Konsens traditionaler Gesellschaft, die normative Akzeptanz des Gegebenen löst sich zusehends auf. „Hinter der Fassade einer offiziellen Kultur und eines offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses" vollzieht sich eine 'stille Revolution', ein schleichender Wertewandel, der nicht zuletzt eine Folge veränderter Lebensweisen ist.[34]

34 Thomas Gensicke, Sozialer Wandel, S. 5.

Die Schutz- und Kontrollfunktion der Dorfgemeinschaft hat längst ihre sozioökonomische Basis verloren, die Verbindlichkeit der Normen nimmt ab und auch im Lauenburgischen hat die „naturwüchsige Organisation sozialer Hilfen" an Kraft und Bedeutung verloren[35]. So ist es eine der größten Sorgen der politischen Repräsentanten des Kreises, daß seit einiger Zeit das ehrenamtliche Engagement zurückgegangen ist.[36] Die informellen sozialen Netze der Großfamilie und der Nachbarn- und Dorfgemeinschaft wurden durch die öffentliche Daseinsvorsorge ergänzt und partiell abgelöst, welche sozialbürokratisch und bundeseinheitlich organisiert ist.

35 Thomas Rauschenbach, Solidarität, S. 94 für den generellen Trend.

36 Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg (Hg.), Festschrift, S. 2.

II. Frauen, Frauenpolitik und Männergewalt. Eine Tendenz zur Minderung sozialer Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen kann zu den allgemeinen 'emanzipatorischen Trends' der modernen Gesellschaft gerechnet werden. Der ohnehin widersprüchliche, zwischen sukzessivem Fortschritt und 'roll back' oszillierende Prozeß vollzieht sich in ländlichen Lebensräumen deutlich langsamer und gebrochener als in städtischen Zentren.

Die sozioökonomische Lage von Frauen stellt sich im Kreis Herzogtum Lauenburg ähnlich dar wie generell in Deutschland, wird jedoch durch den überkommenen ländlichen Charakter noch verschärft. Selbst bei eigener Erwerbstätigkeit – auf dem Land seltener als in der Stadt – bleiben die meisten Frauen auf dem 'klassisch' geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarkt von einer Mitversorgung durch den Ehemann abhängig. Da Frauen somit leichter und häufiger als Männer aus dem am Mann als Ernährer orientierten Modell lebenslanger, kontinuierlicher Vollzeitbeschäftigung herausfallen, gehören sie auch in der Region Lauenburg zu den Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko, insbesondere wenn noch Kinder ohne Partner aufgezogen werden. Trennung oder Scheidung führten 1994 jede sechste Lauenburgerin in die Abhängigkeit von Sozialhilfe.[37] Der unzureichende Ausbau des ÖPNV schränkt Frauen – sie verfügen seltener als Männer über ein Auto – in ihrer Mobilität ein und damit in der Wahrnehmung der ohnehin geringeren Arbeitplatz-

37 Vgl. die Eckdaten für den Kreis Herzogtum Lauenburg, Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Sozialberichterstattung, S. 38f. und S. 56f.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 347

chancen, in der Bewältigung des Alltags und in der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Der Beteiligung von Frauen am politischen Leben stehen erhebliche Vorbehalte entgegen, auf eine kleine, keinesfalls repräsentative Umfrage der Lübecker Nachrichten antworteten im Jahr 1981 Lauenburgerinnen auf die Frage, ob sich Frauen politisch betätigen sollen, überwiegend mit Ablehnung. Die Begründungen reichten von „Kein Interesse", über „Das ist Männersache", die Frauen sollten sich um die Kinder, den Mann und den Haushalt kümmern bis zur Feststellung, Frauen würden von Männern in einer Gemeindevertretung doch nur „untergebuttert". Eine Befürworterin politischen Engagements von Frauen grenzte sich zugleich ab, sie meine damit nicht „die teilweise chaotischen Forderungen einzelner Frauenbewegungen".[38] In der gleichen Ausgabe des wichtigsten Lokalblattes berichtete die Vorsitzende der CDU-Kreisfrauenvereinigung, daß manche Christdemokratin für ihre politische Aktivität Schwierigkeiten mit ihrem Ehemann bekommen habe, und daß, obwohl die Gatten vorsorglich zu jeder Veranstaltung miteingeladen wurden, „damit sie sich ein Bild machen, wie auch Frauen politisch arbeiten können."[39]

Die fortschreitende gesellschaftliche Delegitimierung männlicher Hegemonie, Schleswig-Holsteins forciertere Frauenpolitik seit 1988 und die Öffentlichkeitsarbeit von 'Hilfe für Frauen in Not' machten es auch in der konservativ dominierten Kommunalpolitik des Kreises unmöglich, den Status quo einfach ungebrochen zu bewahren. Hinzu trat ein wahltaktisches Moment, da die CDU deutschlandweit seit Ende der 70er Jahre einen Stimmenschwund bei jungen Wählerinnen verzeichnete.[40] „Das bislang mit den Christdemokraten verbundene konservative

38 Alle Zitate stammen aus den Lübecker Nachrichten vom 8.8.1981.

39 Interview der Lübecker Nachrichten vom 8.8.1981 mit der Vorsitzenden der CDU-Kreisfrauenvereinigung des Kreises Herzogtum Lauenburg.

40 Siehe Regine Roemheld, Frauenpolitik, S. 77.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 348

Frauenbild“ sollte, so die Kreisfrauenunion, „korrigiert werden, um besonders junge Frauen anzusprechen“.[41] Es bildete sich in Reaktion auf diese Verunsicherungen ein doppelbödiges ‘frauenpolitisches Klima’ heraus: Bei der Parteinahme für Frauen wollte einerseits niemand ins politische Abseits geraten, andererseits durfte dieses Bekenntnis weder die patriarchalen Strukturen noch die Haushaltskasse zuviel kosten.

Kennzeichnend hierfür war die Mitte der 80er Jahre geführte Diskussion im Kreis über die Einstellung einer Gleichstellungsbeauftragten. Im Jahre 1985 beantragte die SPD-Fraktion im Kreistag, daß ein Frauenbüro für den Kreis eingerichtet wird, die Grünen unterstützten den Antrag. Die Abgeordneten der CDU sahen hingegen noch erheblichen Informationsbedarf und schlugen vor, zunächst auf einer Konferenz die Lösungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten genau zu analysieren. Danach könne erneut über das weitere Vorgehen in Sachen Gleichstellung im Kreisgebiet nachgedacht und der Antrag im Kreistag neu behandelt werden. CDU und FDP lehnten dann die Einrichtung eines hauptamtlich besetzten Frauenbüros im November 1985 ab. Etwa ein Jahr später wurde, nun auf Antrag der CDU, eine ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellt.[42] Bestand also, nach einigen Debatten, Einigkeit darüber, daß es einer solchen Beauftragten bedarf, so blieb die Frage nach ihrem Status umstritten. SPD und Grüne plädierten für eine den Anforderungen und dem Arbeitsaufwand gerecht werdende hauptamtliche Besetzung. Union und Liberale hielten eine ehrenamtliche Kraft für vollkommen ausreichend. Eine Christdemokratin argumentierte: „Wenn ich immer nur die Hand aufhalte, dann tue ich die Arbeit nicht reinen Herzens“.[43] Zudem verhindere, wie es im Programm der CDU Lauenburgs hieß, das ehrenamtliche Engagement eine „Bürokratisierung der Probleme der Frauen im Kreis“.[44] In der Praxis bedeutete dieses kostengünstige Modell, welches in der Regel in Kommunen mit konservativer Mehrheit gewählt wird, eine weitgehende Beschränkung der Tätigkeit auf Beratungsarbeit und völlige Kompetenzlosigkeit innerhalb der Verwaltung.[45] Erst durch die landesweite gesetzliche Festlegung auf eine hauptamtliche Besetzung im Jahre 1990 wurde die lauenburgische Kommunalpolitik gezwungen, eine solche in ihren Haushaltsplänen vorzusehen.

Das Geschlechterarrangement in der Region Lauenburg stellte sich als Gemengelage aus Altem und Neuem dar. Mit dem Strukturwandel des ländlichen Raums und der Universalisierung von Denk- und Lebensgewohnheiten geht eine Auflösung der herkömmlichen Formen des Zusammenlebens und eine Veränderung der Geschlechterordnung einher. Die doppelte Lebensführung, d.h. der Balanceakt zwischen Erwerbs- und Familienarbeit gehört, da allein das Einkommen des Mannes oft nicht reicht, mittlerweile auch für viele Lauenburgerinnen zum Alltag. Ungewöhnliche Lebensentwürfe, Frauen- und Männerbilder sind auch im Lauenburgischen nicht unbekannt geblieben. Infolge ist das Leben auf dem Land zumindest für junge Frauen nicht mehr unhinterfragbar, in ihrem Leben haben ländliche Normen und Traditionen an Verbindlichkeit verloren.[46] Auch Frauen mit einer familienzentrierten Lebensplanung konnten sich dem Sog der Modernisierung nur begrenzt entziehen, es ist nicht mehr so selbstverständlich wie früher, sich in der

41 Lübecker Nachrichten, o.D., in: GS-PM.

42 Die kleine Skizze des Konflikts folgt weitgehend Marion Schulz, Arbeit, S. 28.

43 Bergedorfer Zeitung vom 1.9.1986, vgl. zum Verlauf der Diskussion auch die Lübecker Nachrichten vom 2.9.1986.

44 CDU Kreis Herzogtum Lauenburg, „Aus Verantwortung für Menschen und Natur - Die Zukunft unserer Heimat gestalten“. Programm 1990-1994, S. 18, in: GS-PM.

45 Hierzu allgemein Christine Vollmer, Gleichstellungsbeauftragte, S. 208, für den Kreis Herzogtum Lauenburg, Marion Schulz, Arbeit, S. 58 und 92ff., welche in der ehrenamtlichen Bestellung eine Festschreibung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten sieht.

46 Vgl. Mathilde Kreil, Freiheiten, passim.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 349

Frauenrolle als Hausfrau und Mutter zu verorten.[47] Der 'Familienpatriarch' wurde, wenn auch keineswegs zu einem 'Auslaufmodell', so doch zu einem nicht mehr selbstverständlichen Männlichkeitsideal. Was John Tosh über die Zeiten der Ersten Frauenbewegung geschrieben hat, gilt auch für die der Neuen Frauenbewegung. Männer befinden sich demnach in einer Situation, in der sie nicht länger wissen, „was einen wirklichen Mann ausmacht – entweder aufgrund struktureller Veränderungen oder herausfordernder Kritik oder einer Kombination von beidem".[48]

Die Koordinaten des Werte- und Orientierungssystems wurden also fragwürdig, doch gerade auf dem Land lebt eine Unterströmung fort, die nur geringfügig modifiziert herkömmliche Rollen für die Geschlechter fortschreibt und sie durch soziale Kontrolle im Alltag kontinuierlich aktualisiert. Der Frau kommt nach wie vor die Rolle zu, Konflikte auszugleichen, sich der Hausarbeit und Kindererziehung zu widmen, falls nötig, zusätzlich zur Erwerbsarbeit. Wenn auch die Orientierung an Ehe und Familie ihre Selbstverständlichkeit und Ausschließlichkeit verloren hat, so definiert sie doch weiterhin die gesellschaftliche 'Normalität', den achtenswertesten Lebensentwurf in der Gesellschaft. So wurden an alleinstehende Frauen und Mütter noch Mitte der 90er Jahre, selbst in der urbaneren und im Umland Hamburgs gelegenen Kleinstadt Schwarzenbek, nur ungern Wohnungen vermietet, private Eigentümer wie Wohnungsgenossenschaften wiesen die Frauen unter Vorwänden ab.[49] Beim 'Klönschnack' im Kaffeekränzchen, auf der Straße, im Wartehäuschen der Bushaltestelle und beim Kaufmann wurden und werden unter den Frauen Abweichungen von 'Sitte und Anstand' beredet. Die Gefahr 'ins Gerede zu kommen' ist groß, und wenn jemand erst 'unten durch' ist, ist die soziale Isolation gründlich und dauerhaft.[50] Diese Sanktionierung unkonventionellen Verhaltens kann sowohl das Tragen ungewöhnlicher Kleidung wie Fremdgehen oder den Verdacht, eine 'Emanze' zu sein, betreffen.

In einem politischen und mentalen Klima, wo die Wahrung des guten Rufes unabdingbar ist, stehen der Artikulation frauenbewegter Ideen und Forderungen deutlich größere Hindernisse im Weg als in städtischen Zentren, wo Emanzipation und berufliche Aufstiegsorientierung seit einiger Zeit zum Bestandteil des Ideals von einer modernen und attraktiven Frau gehören. Da abweichende, emanzipatorische Deutungsmuster in der politischen Kultur ländlicher Regionen kaum übernommen werden, bleiben einem Ausbruch von Frauen aus den Rollenzuweisungen enge Grenzen gesetzt, wie Ingrid Spiegel ausführt: Die von sozialem und mentalem Wandel ausgelösten Rollenkonflikte und Brüche im weiblichen Lebensentwurf werden nicht als solche wahrgenommen. Das über das konventionelle Rollenverständnis entwickelte Selbstwertgefühl sorgt dafür, daß Ursachen von Konflikten nicht in patriarchalischen Strukturen gefunden, sondern in individuellen Fehlern der Beteiligten gesucht werden. Rollenkonflikte sind daher für Frauen kaum Ansatzpunkte für Kritik und Veränderungsbereitschaft der eigenen und gesellschaftlichen geschlechtsspezifischen Rollenentwürfe. Metropolen bieten zudem im Gegensatz dazu durch die Existenz von „fortschrittlichen Teilkulturen" – studentische Gruppen, feministische oder alternative Netzwerke – Stabilität und psychischen Schutz für diejenigen, die

47 Birgit Geissler/Mechtild Oechsle, Lebensplanung, S. 156ff.

48 John Tosh, Männlichkeit, S. 187.

49 Siehe Bergedorfer Zeitung vom 21.10.1994.

50 Zum Frauenideal, zur Familienrealität und zur sozialen Kontrolle in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten vgl. Karin Bergdoll/Christel Namgalies-Treichler, Frauenhaus, besonders S. 33-36 und S. 41-49.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 350

Veränderungen durchzusetzen suchen.[51]

Stellt das Land also ohnehin ein „dornenreiches Feld"[52] für frauenbewegte Aktivitäten dar, so gilt diese Metapher um so mehr, sofern Gewalt gegen Frauen thematisiert wird. Das zeigte sich deutlich am Verlauf einer landesweiten Fahrradtour unter dem Motto „Jetzt geht's rund – Frauen in Fahrt gegen Männergewalt": Diese 'sanfte' Form der Demonstration, die in Zusammenarbeit mit dem Frauenministerium des Landes entwickelt wurde, stieß noch im Jahr 1996 in Lauenburg wie auch in den anderen ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins auf eine erschreckend geringe Resonanz. Die Teilstrecke von Bad Oldesloe durch das Herzogtum in die Kreisstadt Ratzeburg bewältigte die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Ammersbek allein, da keine andere Frau sich beteiligte.[53] Die Teilnahme an solchen Demonstrationen bedeutet in der dörflichen und kleinstädtischen Enge des sozialen Kontaktes ein „persönliches Outing"[54], zu dem bei sensiblen Themen kaum jemand bereit ist. Auch die Schwellenangst, das Büro einer Gleichstellungsbeauftragten zu betreten, um das Beratungsangebot zu nutzen, ist in ländlichen Regionen stärker ausgeprägt als in Städten: „Jeder kennt jeden sehr gut", wie es eine lauenburgische Gleichstellungsbeauftragte ausdrückt.[55]

Familiäre Gewalt gegen Frauen[56] war im Kreis Herzogtum Lauenburg vor der Existenz von 'Hilfe für Frauen in Not' einerseits durchaus Gegenstand alltäglicher Gespräche in den sehr engen Kommunikationsnetzen von Dörfern und – abgeschwächt – Kleinstädten, war andererseits im öffentlichen Raum von Schweigen umgeben. „Hinter dem Rücken der Betroffenen"[57] werden Gewalttätigkeiten beredet. Der Akzent liegt dabei in der Regel nicht auf Empörung über das Vorgefallene, sondern – im Sinne eines 'victim blaming' – auf dem 'ungehörigen' Benehmen der Frau, welche, somit als die eigentlich Schuldige stigmatisiert, die Gewalt erst provoziert habe. Ein unausgesprochener Konsens besteht darin, familiäre Männergewalt als Kavaliersdelikt und Selbstverständlichkeit hinzunehmen, desweiteren mit der Betroffenen nicht darüber zu sprechen.

Wenn Frauen solche ungeschriebenen Regeln übertreten, erfahrene Gewalt als Gewalt thematisieren oder ihren Mann verlassen, womöglich in einem Frauenhaus Zuflucht suchen, fallen sie unter Nachbarn und Bekannten auf. Für alle sichtbar verlassen sie das unüberbrückbare Konflikte negierende ländliche Harmoniemodell. Karin Bergdoll und Christel Namgalies-Treichler sehen in der vehementen Ablehnung durch das nächste Umfeld und in dem am Familienerhalt orientierten Selbstideal vieler Frauen wesentliche Ursachen dafür, daß Frauen sich nicht oder erst nach Jahren von einem gewalttätigen Partner trennen.[58] Gegenüber einer Lokalzeitung verdeutlichte die Vorsitzende von 'Hilfe für Frauen in Not' 1986 das Klima, in dem die ratsuchenden Frauen leben und der Verein arbeitet:

„Würde es in ihrem Bekannten- und Freundeskreis oder in ihrer Verwandtschaft bekannt, daß sie uns aufsuchen, hätte das sicher für sie unliebsame Folgen. Es kämen sicher Ab- und Ausgrenzungen vor, die alles nur noch komplizierter machen würden."[59]

Gewalthandlungen kamen am ehesten in Arztpraxen zur Sprache, so

51 Ingrid Spiegel, Erbinnen, S. 115 und S. 134.

52 Regine Roemheld, Stadtfrauen-Landfrauen, S. 130.

53 Vgl. Lübecker Nachrichten vom 24.8.1996 und Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

54 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

55 Marion Schulz, Arbeit, S. 54.

56 Es existieren keine genaueren statistischen Angaben über das Vorkommen von Gewalt gegen Frauen in lauenburgischen Ehen und Partnerschaften. Die zahlreichen Frauen, die seit 1982 das Beratungsangebot von 'Hilfe für Frauen in Not' nutzen, und die Belegungszahlen des Frauenhauses weisen jedoch darauf hin, daß es sich keinesfalls um vereinzelte Fälle handelt.

57 Karin Bergdoll/Christel Namgalies-Treichler, Frauenhaus, S. 44.

58 Siehe ebd., S. 44ff.

59 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 12.1.1986. Die Angst von Frauen, Beratungsstellen zu Männergewalt aufzusuchen, ist allerdings kein ausschließlich ländliches Phänomen, vgl. z.B. für Hamburg Gudrun Ortmann, Beratungspraxis, S. 38.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 351

geht es aus einer statistisch nicht verwertbaren (n=7!) schriftlichen Umfrage hervor, die 'Hilfe für Frauen in Not' kurz nach Gründung durchführte. Schlagen, Treten, Vergewaltigen oder Würgen durch den Partner sowie psychische Grausamkeit wie Drohungen, Zerschlagen der Wohnungseinrichtung oder Entzug des Haushaltsgeldes wurden teils von den Patientinnen erwähnt, teils sprachen die Ärzte und Ärztinnen sie darauf an. Als Ursachen wurden meist Alkoholkonsum und Arbeitslosigkeit genannt, aber auch Eifersucht, Gefühle von Unterlegenheit, Sadismus und „aggressive Wesensart des Ehemannes". Aus „Angst vor Folgen, Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit" hatte kaum eine Frau Anzeige erstattet. Die von den Ärzten und Ärztinnen angebotenen konkreten Hilfen reichten von „keine, weil keine gewünscht wurden" über medizinische Versorgung und Verschreiben von Beruhigungsmitteln bis hin zu Gesprächen mit dem Partner, Hilfe bei der Wohnungssuche oder Vermittlung an Hamburger Frauenhäuser. Die meisten Antwortenden sahen weitere Hilfsangebote und Einrichtungen als notwendig an, insbesondere schnellere und bessere Familien- und Eheberatungen, Frauenhäuser und Selbsthilfegruppen. Lediglich ein Arzt, in dessen Klientel körperliche Gewalt „eine völlig unbedeutende Rolle" spiele, da „das Problem in einer ländlichen Bevölkerung anders liegt als in der Großstadt", antwortete explizit, daß er keine weiteren Angebote für notwendig hält.[60]

Der öffentliche Umgang mit häuslicher Männergewalt ist auch in dieser Region von einer 'hidden agenda', einem verborgenen Muster[61] bestimmt, nach welchem sie mit Schweigen umgeben wird. Dem entsprechend existierten bis Anfang der 80er Jahre im Landkreis keine unabhängigen Hilfsangebote für Frauen, die Opfer männlicher Gewalt werden. Um nicht aktenkundig zu werden und aus Angst vor der Rache ihres Partners, wenden sie sich nur ungern an staatliche oder halbstaatliche Institutionen, einschließlich der Polizei. Angehörige von Verwaltungen teilen oftmals, wie die Studie 'Frauenhaus im ländlichen Raum' auf einer breiten Grundlage von Interviews feststellt, die Vorbehalte gegen Betroffene.[62] Wie auch andernorts tun lauenburgische Streifenbeamte derartige Delikte als belanglose Familienstreitigkeiten im Sinne von „Pack schlägt sich – Pack verträgt sich" ab, nur selten werden Anzeigen aufgenommen, auch wenn die Frauen darauf bestehen.[63] Die traditionalen Frauenverbände, welche im Kreis auf eine langjährige Verwurzelung in der lokalen Öffentlichkeit und politischen Kultur zurückblicken können, setzten zwar die Heranführung von Frauen an die Politik als wichtiges Anliegen auf ihre Agenda. Das Thema Männergewalt blieb jedoch von kirchlichen Frauengruppen, Landfrauenverband, Hausfrauenbund und der CDU-Kreisfrauenvereinigung nahezu vollständig vernachlässigt.

Zu einer tiefergehenden Analyse der privaten wie öffentlichen Nichtintervention soll im folgenden ein an Christa Elisabeth Hanetseder angelehntes, jedoch stark erweitertes Modell angeboten werden. Erstens wollen Menschen generell im Glauben an eine gerechte Welt leben, die Wahrnehmung, daß andere Menschen leiden und unglücklich sind, löst Unbehagen, Ärger und Ängste aus. Deshalb werden Defensivstrategien entwickelt, wie Verdrängung, Verleugnung, Um- und Neuinterpretation des Wahrgenommenen, sowie eine Neubeurteilung der beteiligten Per-

60 Ausgefüllte Fragebögen in: V-H.

61 Zum Begriff der 'hidden agenda' vgl. Barbara Stiegler, Armut, S. 5.

62 Was Karin Bergdoll/Christel Namgalies-Treichler, Frauenhaus, S. 173-250 für den schleswig-holsteinischen Landkreis Rendsburg-Eckernförde herausarbeiten, dürfte auf Lauenburg übertragbar sein.

63 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 352

sonen, z.B. im Sinne von 'sie kriegen, was sie verdienen'.[64]

Zweitens verschärft sich dieser Wunsch nach 'Geborgenheit' in der Welt, sobald es um die eigene greifbare Lebenswelt geht. Eine Konkretisierung des massenmedialen Abstraktums Männergewalt für das unmittelbare Lebensumfeld kann die ohnehin fragiler gewordene Identifizierung mit der 'Heimat' noch weiter verunsichern. Das herkömmliche Konzept von Heimat „als eine Art erweiterte Familie nach patriarchalem Muster gedacht",[65] würde durch die Anerkennung, daß sich in ihr Gewalt in derartigem Ausmaß vollzieht, radikal in Frage gestellt. Die lebensweltliche Gewißheit und damit eine gewisse alltägliche Sicherheit wäre erschüttert und infolge auch ein Stück der kollektiv vermittelten, individuell angeeigneten Identität gerade von eher traditionell orientierten Menschen. Traditionen besitzen, wie Anthony Giddens gerade auch für das Geschlechterverhältnis ausführt, einen gewichtigen affektiven Unterbau, welcher „Mechanismen der Angstreduzierung", der Vermittlung einer gewissen ontologischen Sicherheit geschuldet ist.[66]

Dies gilt, drittens, um so mehr für den als Refugium des Privaten und der Harmonie angesehenen Bereich der Familie, welcher in hohem Maße emotional besetzt ist.[67] Mythen, Bilder, Idealvorstellungen und der ausgeprägt private Charakter schirmen das Innenleben der Familie weitgehend ab. Familie erscheint als Ort harmonischen Miteinanders, wird noch stärker als die 'Heimat' als Schonraum angesehen, in dem Ruhe, Frieden, Sicherheit und Vertrauen herrschen. Konservatives Denken, generell um die Sicherung der gesellschaftlichen Grundverhältnisse bemüht, sieht zudem Ehe und Familie „als Grund und Muster gesellschaftlich-staatlicher Ordnung" an, so daß „das eine mit dem andern zugleich verteidigt" wird.[68] Vorkommen von Gewalt wird, wenn es nicht gänzlich zu leugnen ist, vor diesem Hintergrund als deviante Einzelerscheinung interpretiert, die ihre Ursache allein in individuellen Problemen findet.[69]

„Die Auseinandersetzung mit Gewalt, im besonderen mit Gewalt, die sich zwischen Nahestehenden abspielt und wo entgegengesetzte, mit hohem emotionalen Wert versehene Idealbilder existieren, ist belastend. Gerade dann wird leicht mit Verdrängung und Verleugnung reagiert, was erlaubt, das Wahrgenommene als außerhalb der eigenen Person oder der eigenen Gruppe, und damit als fremd, unverständlich zu interpretieren."[70]

Die Abwehrmechanismen schützen viertens die das Patriarchat emotional untermauernden Identitätsmuster beider Geschlechter vor Irritationen. Die Hierarchie zwischen Mann und Frau perpetuiert sich in einem Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Strukturen und alltäglichen Wahrnehmungsmustern. Diese Routinen und Habitualisierungen sind kollektiv vermittelt ein Teil des Selbst geworden. Familien spiegeln und reproduzieren Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisse, die einen unmittelbaren Zusammenhang mit der sie umgebenden Gesellschaft haben und stützen damit die patriarchale Ordnung. Die Thematisierung und Problematisierung von familiärer Gewalt negiert den von Generation zu Generation vererbten männlichen 'Herr-im-Hause'-Standpunkt und stellt folglich die gewohnte und Sicherheit stiftende hegemoniale Konzeption von Männlichkeit in Frage. Das Private wird zum Politikum

64 Christa Elisabeth Hanetseder, Sprungbrett, S. 3.

65 Elisabeth Bütfering, Frauenheimat, S. 436.

66 Anthony Giddens, Leben, S. 191f.

67 Vgl. hierzu Christa Elisabeth Hanetseder, Sprungbrett, S. 3.

68 Klaus Fritzsche, Konservatismus, S. 302f.

69 Christa Elisabeth Hanetseder, Sprungbrett, S. 4.

70 Ebd., S. 3.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 353

erhoben, die 'Privatsphäre' schützt nicht mehr unbedingt vor öffentlicher Einmischung und ein so alltäglich wie selbstverständliches Sein, Denken, Fühlen und Tun stellt sich 'plötzlich' als Problem dar:

„Insbesondere gewalttätige Männer besitzen ein ausgesprochen traditionelles Verständnis der Rolle von Mann und Frau. Die Erfahrung zeigt aber, daß sich nicht-gewalttätige Männer davon nur graduell unterscheiden. Allen gemeinsam ist die Vorstellung, daß ein richtiger Mann stark, wehrhaft und durchsetzungsfähig ist."[71]

Es widerspricht also männlichen Machtinteressen, Gewalt gegen Frauen wahrzunehmen und mithin die eigene Vormachtstellung und die darauf angewiesene Identität zu hinterfragen. Die hegemoniale Männlichkeit findet ihr komplementäres Gegenstück in der weiblichen Sozialisation. Diese ist daran ausgerichtet, sich jener zu unterwerfen, die damit einhergehenden Probleme im täglichen Miteinander auszugleichen und dem Mann den Rücken für Beruf und öffentliches Wirken freizuhalten. Durch öffentliches Reden über Mißhandlungen können für Frauen mit einem konventionellen Lebensentwurf die Unsicherheiten des von ihnen gewählten oder eingegangenen Modells von Zusammenleben deutlicher und sinnfälliger werden. Wenn bisher als 'gute Ehemänner und Väter' geltende Männer ihre Frauen schlagen, so wird es vorstellbarer, daß es der eigene Gatte auch eines Tages tun könnte. Wenn er bereits Gewalt ausgeübt hat, so zeigt der Ausbruch anderer Frauen aus solchen Beziehungen die Fragwürdigkeit eines Entwurfes von Ehe auf, die nur durch den Tod geschieden werden kann. Das Selbstideal der Konflikte auffangenden Hausfrau und Mutter kann auf diese Weise Risse bekommen, ohne daß sie notwendig als eine Chance zur Selbstbefreiung aufgefaßt werden müssen. Was die Gewißheit vermittelnden Identitäten von Menschen hinterfragt, wird oft als Angriff auf die eigene Person, ihr Selbst- und Lebenskonzept wahrgenommen und mit „Abwehr-Aggressionen"[72] belegt. Eine andere Möglichkeit mit potentiell Schmerzhaftem oder Gefährlichem umzugehen, stellt Zudecken, Tabuisieren dar. Tabus in der Moderne richten sich nicht mehr wie in magisch orientierten Gesellschaften auf heilige oder unreine Gegenstände, sondern auf Themen und Inhalte.[73] Solche Themenberührungsverbote sind nicht hinterfragbare Axiome, „an deren Voraussetzungen man nicht rühren darf"; um potentiell Schmerzhaftes oder Gefährliches zuzudecken.[74] Das Tabu, über familiäre Männergewalt öffentlich zu sprechen, sie in der zwischenmenschlichen und politischen Kommunikation als ernstzunehmendes Problem zu behandeln, sicherte Vorurteilsgewißheit und Konformität[75], damit wiederum ein Gefühl der Sicherheit im Unveränderlichen. Wie für den 'privaten' Bereich, für die Gewaltdynamik in Ehen und Familien, so stellt Schweigen, Verharmlosen und Nichtreagieren auch gesamtgesellschaftlich eine zentrale Vorraussetzung dafür dar, daß die Verhältnisse fortdauern. Solange sich soziale Kontrolle darauf erstreckt, die öffentliche Thematisierung zu unterdrücken anstatt die Gewalt zu ächten, wird eine wirksame Prävention nicht zu erreichen sein.

71 Joachim Lempert/Burkhard Oelemann, Gewalt gegen Frauen, S. 64.

72 Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim, Individualisierung, S. 18.

73 Vgl. Stephan Rudas, Sozialpsychologie, S. 18.

74 Anton Pelinka, Tabus, S. 21.

75 Vgl. Stephan Rudas, Sozialpsychologie, S. 18: „Die Existenz gemeinsamer Tabus fördert naturgemäß die Tendenz zur Konformität".

III. 'Hilfe für Frauen in Not': Karitative Anfänge, feministische Perspektiven.

1. Umstrittene Gründung. Lokale Ausprägungen sozialer Bewegungen sind nach Roland Roth weder bloße Abbilder spezifischer lokaler Bedingungen noch beliebige Zufallsvariationen. In ihre Strukturierung gehe viel-

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 354

mehr „ein hohes Maß an Eigensinn und Selbstkonstitution der lokalen Bewegungsakteure ein". Zugleich sind die Initiativen aber auch Ergebnisse der Auseinandersetzung mit spezifischen lokalen Gegebenheiten, kulturellen Traditionen und politischen Bedingungen.[76] Das Festgestellte gilt auch für 'Hilfe für Frauen in Not'. Die Gründerinnen betraten das konservative Terrain der lauenburgischen Öffentlichkeit nicht aus „einer subversiven, feministischen Alternativkultur"[77] heraus, sondern kamen aus der Mitte der hiesigen Gesellschaft. Sie waren Pionierinnen in einer von der Frauenbewegung bisher nicht direkt berührten politischen Landschaft, von der sie selbst ein Teil waren. Der von ihnen gegründete Verein spiegelte im biographischen Hintergrund seiner Mitglieder, im anfänglich bestimmenden karitativen Selbstverständnis und in der langsamen Annäherung an feministische Positionen sowohl die Brüchigkeit als auch die Beständigkeit der ländlich-traditionellen Strukturen und Mentalitäten.

Der Anstoß, sich zu organisieren, „um bedrohten und mißhandelten Frauen und Kindern beizustehen"[78], ging 1982 von der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) des Kreises aus, Kirsten Fritze, welche sich ein Jahr zuvor in der Lokalpresse deutlich vom Feminismus abgegrenzt hatte: „Ich will keine Emanze sein und auch nicht als solche gelten. Ich will nicht gegen die Männer arbeiten, sondern mit ihnen".[79]

Das soziale Projekt sollte von vornherein auf einem möglichst breiten Konsens im öffentlichen Raum Lauenburgs gründen, die Mitarbeit möglichst vieler Frauen aus den verschiedenen Verbänden und Parteien wurde ebenso angestrebt wie die bestehender Institutionen. Die AsF lud daher alle Frauenverbände und die Institutionen zu Vorgesprächen ein, welche bisher mit den Opfern ehelicher Gewalt befaßt waren. Die Spitze der lauenburgischen Polizei und die Familienhilfe des Jugendamtes begrüßten die Schaffung eines Beratungstelefons, das Diakonische Werk bot seine Unterstützung an. Solcher Akzeptanz zum Trotz und obwohl bereits die eher karitative denn feministische Ausrichtung deutlich wurde, gab es prinzipielle Vorbehalte seitens der etablierten Frauenorganisationen, Kreisfrauenvereinigung der CDU und Landfrauenbund. Weder sei es nötig, das Thema weiter öffentlich zu machen noch eine Anlaufstelle für betroffene Frauen zu schaffen. Die bestehenden Institutionen, Kirche, Dorf- und Nachbargemeinschaft reichten für solche Fälle vollkommen aus.[80]

Dieser Dissens prägte den Verlauf der ersten Gründungsversammlung am 3. Mai 1982 in Mölln, zu der wiederum die AsF einlud. Der Einladung folgten etwa 100 Interessierte – eine für ländliche Verhältnisse große Resonanz auf ein frauenspezifisches Anliegen. Die Diskussion zu den Zielen der neuen Organisation litt, laut den Lübecker Nachrichten, „an mehr oder minder versteckter Selbstdarstellung parteigeprägter Frauen";[81] die mit 40 Frauen stark repräsentierte CDU-Frauenvereinigung verließ schließlich geschlossen den Saal, da sie die Rolle der AsF bei der Gründung kritisierte und das halbfeministische Konzept ablehnte. Die Union, die sich nicht nur als Sachwalterin von Tradition und lauenburgischer Identität verstand, sondern darin eingeschlossen auch als Hüterin von Ehe und Familie,[82] machte ihr Unbehagen an 'Hilfe für

76 Roland Roth, Demokratie, S. 200, Zitat ebd.

77 Traude Chrysanthou u.a., Frauenprojektegeschichte, S. 12.

78 Bergedorfer Zeitung vom 6.4.1982.

79 Lübecker Nachrichten vom 8.8.1981.

80 Interview mit Kristine Höpcke.

81 Lübecker Nachrichten vom 6.5.1982.

82 Vgl. CDU Kreis Herzogtum Lauenburg, „Aus Verantwortung für Menschen und Natur - Die Zukunft unserer Heimat gestalten". Programm 1990-1994, S. 18, in: GS-PM. Generell zur Familienorientierung christdemokratischer Frauenpolitik siehe ihr eher zustimmend Hans Süssmuth, Frauenunion, passim; aus kritischer Sicht Mechthild Jansen, Claudia-Nolte-Phänomen, passim.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 355

Frauen in Not' primär an Parteipolitik fest. Die damalige Betonung gegenüber der Lokalpresse, daß die AsF sich vorgenommen habe, mißhandelten Frauen zu helfen[83] und insbesondere die Einladung zur Gründung auf Briefbogen der SPD konnten durchaus den Eindruck erwecken, der überparteiliche Anspruch des Vorhabens sei so ernst nicht gemeint. Die CDU-Frauen zogen sich deshalb und aufgrund der Anwesenheit einer SPD-Landtagsabgeordneten ganz aus dem Verein zurück und spitzten den Vorwurf der Parteigebundenheit extrem zu:

„Man mußte auf der Versammlung den Eindruck gewinnen, daß hier eine bundesweite Aktion der SPD im Keller der Neuen Heimat Schwarzenbek ihre Heimat finden soll:"[84]

Jenseits der Parteienkonkurrenz lag jedoch der eigentliche Konflikt in sehr deutlichen inhaltlichen Differenzen.[85] Den Christdemokratinnen schwebte, als sie zur Gründungsversammlung gingen, keineswegs ein eigenverantwortlich handelnder autonomer Frauenverein vor, statt dessen, so ihre Vorsitzende in einem Pressegespräch, ein bloßes „Forum, einig in der Sache, bestehende Institutionen (Diakonisches Werk, Familienhilfe) besser bekannt zu machen und flankierend zu unterstützen". Entscheidend müsse stets, bei aller Hilfestellung, die Hilfe für die gesamte Familie und nicht die „vordergründigen" Interessen eines Familienmitgliedes – sprich: der Frau – sein.[86] Durch eine solche Zielformulierung verwarf sie das Konzept der Frauenprojektebewegung wie des Vereins, Unterstützung allein für Frauen zu leisten und damit eindeutig Partei für die Opfer zu ergreifen. Gleichzeitig negierte sie in diesen knappen Worten einen eigenständigen Verein jenseits einer Beschränkung auf Werbung und Zuarbeit für die bestehenden Institutionen. Die Notwendigkeit einer solchen neuen Institution anzuerkennen, hätte, so läßt sich deuten, das Versagen der traditionellen Nachbarschaftshilfe markiert und zugleich eingeräumt, daß familiäre Gewalt ein relevantes und öffentlich anzugehendes Problem darstellt. Schon im Vorfeld der Gründung war klargeworden, daß 'Hilfe für Frauen in Not' auch Öffentlichkeitsarbeit leisten, also das Thema und damit den Status quo zur Debatte stellen wollte. Es war keine gemeinsame Grundlage gegeben, die frauenbewegten Prinzipien von Autonomie und Parteilichkeit und der primär an der Institution Familie und am Erhalt des Bestehenden orientierte konservative Ansatz klafften zu weit auseinander. Auch wenn einzelne CDU-Mitglieder sowie Wertkonservative dem Verein durch Hinweise oder Spenden informell weiterhalfen,[87] so prägten Eklat, Dissens, Konkurrenz und durchaus persönliche Vorbehalte fortan das Verhältnis von CDU und Verein.

Nach dem Eklat wurde die Gründung auf den 18. Mai 1982 vertagt, an dem sie in „großer Eintracht" stattfand. Da die „Querelen" den Anwesenden „noch in unguter Erinnerung" waren, wie die Presse vermerkte, unterstrichen alle Kandidatinnen für den Vorstand die parteipolitische Unabhängigkeit ihrer künftigen Arbeit im Verein. Der Entschluß Kirsten Fritzes, zugleich mit ihrer einstimmigen Wahl zur Vereinsvorsitzenden den Vorsitz der AsF niederzulegen, wurde mit viel Beifall begrüßt.[88]

2. Selbstverständnis und Aktivitäten. Der biographische Hintergrund der Gründerinnen von 'Hilfe für Frauen in Not' unterschied sich deutlich

83 Lübecker Nachrichten vom 23.3.1982.

84 So die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 6.5.1982.

85 Zustimmend die Lübecker Nachrichten vom 17.12.1992: „In den Parteien gab es schon damals Zweifel an der Notwendigkeit" des autonomen Vereins.

86 Lübecker Nachrichten vom 6.5.1982, Zitate ebd.

87 Interview mit Kristine Höpcke.

88 Lübecker Nachrichten vom 20./21.5.1982, Zitate ebd.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 356

von dem, was sich in der Literatur zu Frauenprojekten in den alten Bundesländern als 'typische' Projektefrau abzeichnet: eher jünger, selten verheiratet, selten Mutter. Die Mitglieder des lauenburgischen Frauenvereins erfuhren ihre politische Sozialisation weniger in den Selbsterfahrungsgruppen der Neuen Frauenbewegung, als vielmehr – wenn sie überhaupt organisiert waren – in den etablierten Organisationen wie z.B. der AsF oder kamen vielfach aus dem kirchlichen Bereich[89]. Sie gehörten einem sozial aktiven Bürgertum, einem etablierten Mittelstand an, nicht einem links-alternativen oder frauenbewegten Milieu, welches im Herzogtum Lauenburg Anfang der 80er Jahre nicht vorhanden war. Vom fünfköpfigen Vorstand hatten drei Frauen studiert, so daß eine Sozialpädagogin, eine Ingenieurin und eine Lehrerin vertreten waren, wobei die beiden ersteren ihren Beruf zugunsten der Familienarbeit aufgegeben hatten und letztere beides verknüpfte. Dazu kamen eine Gemeindeschwester des Diakonischen Werkes und eine Sekretärin, die nun Hausfrau und Mutter war. Auch die meisten Mitglieder waren älter, verheiratet und hatten Kinder. Etwa die Hälfte von ihnen widmete sich ausschließlich der Haus- und Familienarbeit, die andere Hälfte war berufstätig, meist im sozialen Bereich.[90] Ein Teil des Vorstandes und der Mitglieder waren keine alteingesessenen Lauenburgerinnen, sondern vor längerer Zeit zum Teil aus Großstädten, in den Kreis gezogen:

„Politisch interessierte Neu-Bürgerinnen bringen, auch wenn sie eine aktive Minderheit darstellen, Elemente einer partizipatorischen Kultur mit. […] Daraus ergibt sich die Chance eines allmählichen Wandels der politischen Kultur der Alteingesessenen, die durch die neuen Normen und Werte zum Nachdenken und zur Stellungnahme herausgefordert werden."[91]

Die mit der Organisationsform eines eingetragenen Vereins einhergehende Hierarchie führte in der Frauenprojektebewegung zu scharfen Kontroversen und zu dem beharrlichen Bemühen, dennoch herrschafts- und hierarchiefreies Miteinanderarbeiten gewährleisten zu können; ein solches Ringen findet sich für den Lauenburger Verein nicht wieder. Der Vorstand professionalisierte sich vielmehr fast selbstverständlich im Umgang mit der Verwaltung, in Kenntnissen der Rechts- und Finanzierungslage. Da die Informationsvermittlung an alle Mitglieder ungeheuer zeitaufwendig gewesen wäre, hatte der Vorstand somit sehr schnell einen großen Informationsvorsprung vor den Mitgliedern.[92]

Die Gründerinnen standen mit ihrer Sicht auf Männergewalt zwischen dem herkömmlichen individualisierenden Umgang des Sozialsystems mit dem 'Problem' geschlagener Frauen und der, diesem entgegengesetzten, feministischen Deutung. Einerseits betonten sie bereits in der Vorbereitungsphase der Gründung, daß eheliche Gewalt nicht als ein Randproblem abgetan werden darf, welches von extremen 'Emanzen' aufgebauscht wird,[93] andererseits war ihr Engagement für die betroffenen Frauen zunächst von einem deutlich karitativen Impetus getragen.[94]

In einem zentralen Punkt stimmte das Konzept von 'Hilfe für Frauen in Not' mit den Ansätzen autonomer Frauenprojekte überein, in der Parteilichkeit für Frauen, d.h. in der Beschränkung, allein Frauen, nicht auch Männer zu beraten und allein Frauen beraten zu lassen. Auch wenn Männer als Fördermitglieder aufgenommen wurden, so war die aktive

89 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

90 Zur sozialen Zusammensetzung des Vorstandes und der Mitglieder: Interview mit Kristine Höpcke.

91 Regine Roemheld, Einmischung, S. 212.

92 Interview mit Kristine Höpcke.

93 Lübecker Nachrichten vom 23.3.1982.

94 Zustimmend: Interview mit Kristine Höpcke und Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 357

Mitgliedschaft, also das Recht abzustimmen und zu beraten, doch auf Frauen beschränkt. Ein solches Vorgehen, ein expliziter Ausschluß von Männern aus ihrem angestammten Gebiet, dem öffentlichen Raum, war im Lauenburgischen bisher unbekannt. Bereits im Vorfeld der Gründung rechtfertigte die künftige Vorsitzende dies und versuchte Vorurteilen vorzubeugen. Das bedeute nicht, „daß wir eine elitäre Stellung bilden wollen, aber offene Worte sind in diesen Problemen eben nur unter Frauen möglich".[95]

Ein anderer Dreh- und Angelpunkt feministischen Denkens und Handelns lag jedoch in den ersten Jahren außerhalb des Wahrnehmungsfeldes der Aktivistinnen, die 'strukturelle Gewalt' des Patriarchats. Größtenteils selbst in eine Familie eingebunden, faßten sie Ehe und Familie nicht prinzipiell als einen Ort unmittelbarer Unterdrückung auf, sondern richteten ihren Blick auf einzelne Familien, in denen Frauen von ihren Männern unter Druck gesetzt werden und auf einzelne Frauen, denen Gewalt angetan wird. Betrachten radikale Feministinnen die Institution Ehe generell als 'Schutzhaft' für die Frau, so sprachen die Gründerinnen davon, daß es „manche Frauen" sind, die gar nicht merken, „daß sie sich ihr eigenes Gefängnis schaffen".[96] Da in dieser individualisierenden Sicht Gewalt allein personale körperliche und psychische Mißhandlung umfasst, empfanden sie sich als davon nicht betroffen.[97] Gerade als nicht Betroffene sahen sie sich verpflichtet, weniger privilegierten Frauen und ihren Kindern „mit Rat und Tat"[98] zu helfen, damit sie den „Schritt aus der zerrütteten Ehe"[99] wagen. In dem Namen drückte sich dieses typisch ländliche karitative Moment deutlich aus: 'Hilfe für Frauen in Not' betont weniger als der weitverbreitete Name 'Frauen helfen Frauen' den auf Gegenseitigkeit und eigener Betroffenheit beruhenden Selbsthilfecharakter der Organisation. Vielmehr liegt der Akzent auf einer Hierarchie zwischen helfenden und hilfesuchenden Frauen, wie sie in der gängigen Sozialarbeit anzutreffen ist.[100] Da sich den Vereinsfrauen die Frage, wie das Patriarchat abschaffen, nicht stellte, fand der autonome Frauenprojekte kennzeichnende Dissens von Radikalität und Pragmatismus keinen Widerhall[101]. So konkrete wie pragmatische Hilfe stand ganz selbstverständlich im Zentrum, Grundsatzdebatten fanden nicht statt. Vorstand und Mitglieder waren sich darin einig, in Artikulation und Aktionsformen einen nichtprovokativen Kurs zu verfolgen,[102] der die Bahnen der grundsätzlich akzeptierten politischen Umgangsformen nicht verließ. Bei metropolitanen Frauenbewegungen üblicher ziviler Ungehorsam, etwa Demonstrationen, Störaktionen gegen pornographische Filme oder eine Hausbesetzung lag 'Hilfe für Frauen in Not' fern, bzw. wäre mangels Beteiligung ohnehin zum Scheitern verurteilt gewesen. Beharrliche Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit sowie das Angebot zur Kooperation mit den etablierten Institutionen machten die Strategie des Vereins aus.

Von den Mitgliedsbeiträgen und Spenden mietete der Verein eine kleine Kellerwohnung an, den ehemaligen Lagerraum einer Fischhandlung, welche die nächsten Jahre als Beratungsstelle und Büro diente. Die Vereinstreffen wirkten, wie sich Bärbel Wendt erinnert, bei Kälte „konspirativ", da alle wegen der fehlenden Heizung um einen Radiator herumsaßen.[103] Aus dem „hohlen Bauch"[104] heraus, d.h. ohne spezielle

95 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 27.4.1982.

96 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 22.1.1984.

97 Interview mit Kristine Höpcke.

98 Lübecker Nachrichten vom 2.4.1982.

99 Zitiert nach der Bergedorfer Zeitung vom 9.11.1984.

100 Vgl. Barbara Brüggmann/Edith Halves, Gründung und Weiterentwicklung, S. 191-198 und Gisela Notz, Hilf Dir selbst, S. 175ff.

101 Zustimmend: Interview mit Kristine Höpcke.

102 Zustimmend: ebd. und Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

103 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

104 Interview mit Kristine Höpcke.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 358

Vorkenntnisse, begannen die aktiven Mitglieder kurz nach der Gründung mit der konkreten ehrenamtlichen Beratungs- und Betreuungstätigkeit.

Gerade auf dem Land ist ein anonymes telefonisches Beratungsangebot besonders notwendig, da ein persönliches Erscheinen in einer Beratungsstelle nicht nur stärker auffällt, sondern auch, weil die Mobilität von Frauen auf dem Land eingeschränkt ist. Das niedrigschwellige Angebot wirkte „wie ein Rettungsring“:[105] Galt im Alltag, unter Nachbarn und Bekannten das Prinzip des Schweigens über das Erlebte, so bot die Beratungsstelle erstmalig eine vielfach in Anspruch genommene Möglichkeit, „sich einmal auszusprechen und helfen zu lassen“[106]. Das Angebot wurde zunächst vor allem von jüngeren Frauen angenommen, welche die Hemmschwellen, außerhalb des engsten Familienkreises über psychische Befindlichkeiten und Probleme zu sprechen, leichter überwanden. Später suchten auch ältere Frauen, die sich von der Verantwortung für ihre inzwischen erwachsenen Kinder weitgehend entbunden fühlten, um Rat nach.[107] Ältere Frauen trennten sich eher von ihren Männern als die jüngeren, die sich in der Verantwortung für den Erhalt der Familie zum Wohl der Kinder sahen.

Ein zentrales, immer wieder unterstrichenes Prinzip von ‘Hilfe für Frauen in Not’ war es, den Frauen mit der Beratung keine Entscheidungen und damit die Verantwortung abzunehmen, sie nicht zu einer Trennung zu überreden.[108] Vielmehr ging es darum, in einem oftmals sehr langwierigen Lösungsprozeß zu ergründen, wie die Situation entstanden und zu ändern ist. Die Hilfe bestand in Hinweisen auf Rechtsansprüche der Frauen, dem Führen einer ‘Schwarzen Liste’, zu welchen Anwälten die Frauen lieber nicht gehen sollten, und in der Vermittlung an auswärtige Frauenhäuser. Die Beraterinnen begleiteten Frauen, wenn sie ihre persönlichen Gegenstände aus der Ehewohnung holten, fuhren sie z.T. zu den Frauenhäusern und halfen bei Behördengängen. Bei den Beratungsgesprächen zeige sich, so der Bericht der Vorsitzenden für das Jahr 1985, daß die Frauen „Rat, Ermutigung und Trost“ suchen, nachdem sie ihre Lage schon genau durchdacht oder schon erste Schritte zur Veränderung unternommen haben:

„Von uns wird in solchen Gesprächen nicht nur Zuhören und Zuspruch erwartet, sondern auch eine gehörige Portion Sach- und Fachwissen. Daran hapert es eingestandenermaßen bei vielen von uns. Wenn wir ernsthaft weiterarbeiten wollen, muß die Fortbildung aller Mitglieder betrieben werden.“[109]

Die Forderung wurde umgesetzt, zunächst auf eigene Kosten, da erst seit 1987 Zuschüsse gewährt wurden. Die Beraterinnen verschafften sich Kompetenzen und Kenntnisse im Ehe- und Familienrecht, in Unterhalts- und Sozialhilfefragen und in „Psychologie, d.h. a) wie berate ich (Kommunikation…) b) wie schütze ich mich, um nicht durch die Beratung kaputt zu gehen“.[110]

Die „hautnahe Berührung mit Gewalt“[111], die Vorurteile, das beharrliche öffentliche Schweigen über eben das, worüber die Beraterinnen am Ende eines Beratungstermins nicht einfach zu ihrem Alltag übergehen konnten, dies alles wirkte zusammen und führte zu einer Annäherung an feministische Positionen.

105 So die Bergedorfer Zeitung im April 1983, o.D., in: V-H.

106 Lübecker Nachrichten vom Dezember 1983, o.D., in: V-H.

107 Bergedorfer Zeitung vom 9.11.1984; zu den Hemmschwellen im Kontext ländlicher Normen über Privates zu sprechen, vgl. Mathilde Kreil, Freiheiten, S. 28.

108 Vgl. z.B. Bergedorfer Zeitung vom 9.11.1984, Lübecker Nachrichten vom 17./18.1988.

109 Protokoll der Jahreshauptversammlung von ‘Hilfe für Frauen in Not’ am 9.10.1985, in: V-JHV.

110 Protokoll der Vorstandssitzung von ‘Hilfe für Frauen in Not’ am 27.11.1991, in: V-H.

111 Interview mit Kristine Höpcke.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 359

„Kirsten Fritze ist verbittert. Die vielen negativen Erfahrungsberichte geben ihr Zweifel auf. 'Alles redet von der Gleichstellung der Frau, die in Wirklichkeit gar nicht bestehen kann.'"[112]

Den Beraterinnen wurde nicht nur das erschreckende Ausmaß der Übergriffe in ihrer nächsten Umgebung in vollem Umfange bewußt, sondern auch das bestimmende Lebensgefühl der ratsuchenden Frauen, Angst vor dem gewalttätigen Partner, vor der Fortführung der Partnerschaft, vor der Zukunft.[113] So verbrachte eine Frau drei Nächte mit ihren Kindern im Auto, bevor „sie den Mut fand, sich bei uns zu melden".[114] Die aktiven Vereinsfrauen fügten das Erfahrene zunehmend in das patriarchatskritische Deutungsmuster feministischen Denkens ein, welches die strukturelle Gewalt in das Zentrum von Analyse, Betroffenheit und Wut setzt. Von der Familie als Terrorzusammenhang zu sprechen, alle Männer als Nutznießer von Vergewaltigung und Schlägen zu betrachten oder das Patriarchat umstürzen zu wollen, lag den Vereinsfrauen zwar weiterhin fern. Jedoch schärfte sich ihr Blick auf die strukturelle Gewalt gegen Frauen und auf die Verortung ihrer eigenen Biographie in ihr.

„Die meisten von uns haben einen Mann, und der ist natürlich anders. Und das ist etwas, was man dann als erstes, wenn man ehrlich ist, merkt: der ist natürlich nicht anders, und das sprengt, kann also die eigene Beziehung sprengen, es verändert das Verhältnis zu Kollegen, zu allem…"[115]

Die Beraterinnen müßten sich ihrer eigenen Betroffenheit bewußt werden, so die Überzeugung der 1985 neugewählten Vorsitzenden Kristine Höpcke. Nur wer etwas über sich selbst weiß, könne „richtig trösten und richtig beraten".[116] Es sei in Erinnerung gerufen, daß ein solcher Prozeß von der Frauenprojektebewegung als notwendig erachtet wird, um von der 'Fremd-Hilfe' zu einer feministisch begründeten 'Selbst-Hilfe' zu gelangen.

Die konservativ dominierten Gremien der Kreisselbstverwaltung bewilligten 1987 erst auf Druck der christdemokratischen Landesregierung Zuschüsse an den Verein, nachdem bedeutet worden war, daß es politisch nicht klug sei, die Mittel zu verweigern.[117] Die Lauenburger Frauenberatungsstelle war dennoch diejenige Schleswig-Holsteins, welche die geringsten Mittel von der jeweiligen Volksvertretung bewilligt bekam.[118] Ob sie in den Haushalt eingestellt würden, wurde jedes Jahr neu entschieden. Der Vorstand sah sich so zu einer beständigen „Rückversicherung zu denen, die über das Geld bestimmen", gezwungen, so Bärbel Wendt. Der karitative und wenig feministische, gegenüber Politik und Verwaltung eher defensive Charakter des Vereins erklärt sich für sie aus einer „ganzen Menge Angst" vor dem Ende der Finanzierung und damit der Arbeit.[119]

Schon bald nach Gründung von 'Hilfe für Frauen in Not' wurde erwogen, ein Frauenhaus in der Region einzurichten. Jedoch herrschte die Auffassung, „erstens, wir kriegen das Geld nicht, das können wir nicht bezahlen" und zweitens „der eigene Zweifel: ist eigentlich dieser ländliche Kreis geeignet für ein Haus, wenn dann keine kommt".[120] Der schmale Jahresetat erlaubte weder ein Gebäude auf eigene Rechnung anzukaufen noch anzumieten. Ein Entgegenkommen von der lauenburgischen Kommunalpolitik war kaum zu erwarten, und vom Land gab es

112 Lübecker Nachrichten vom 22.1.1984.

113 Undatierte Pressemitteilung von 'Hilfe für Frauen in Not' aus den 80er Jahren, in: V-H.

114 So Kirsten Fritze, zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 22.1.1984.

115 Interview mit Kristine Höpcke.

116 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 12.1.1986.

117 Interview mit Kristine Höpcke; zur Bezuschussung vgl. die Protokolle und Materialien in: BK-SGA/1987.

118 Dies kann aufgrund des Modells der Komplementärfinanzierung aus den Beträgen, die das Land gab, rückgeschlossen werden, vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Bertold Sprenger (CDU) und Antwort der Landesregierung - Frauenministerin - zu Fördermittel für Frauenvereine und ihre Projekte vom 24.11.1992, Schleswig-holsteinischer Landtag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/577, in: GS-FH.

119 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

120 Ebd.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 360

keine rechtlich verbindliche Finanzierungszusage, zumal die Förderrichtlinien die Kosten für ein Gebäude ausdrücklich von einem Landeszuschuß ausschlossen. Eine Kreditaufnahme kam nach der Teilnahme an einer Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenhäuser[121] nicht in Frage. Kirsten Fritze und Kristine Höpcke erfuhren dort, daß andere Frauenvereine erhebliche Schulden aufgenommen hatten, wofür der Vorstand persönlich haftete. Eine Verschuldung hielten sie jedoch für nicht verantwortbar, nicht zuletzt wegen der Kinder, welche die meisten Vorstandsmitglieder hatten. Sie beschlossen auf der Rückfahrt, „das Projekt Frauenhaus erst mal ganz weit nach hinten zu schieben bis eine Finanzierung gesichert sei".[122]

Die zweite Sorge, ob das Haus genutzt wird, verwies auf die Stigmatisierung durch Nachbarn, Verwandte und Freunde, wenn Frauen ihren Mann verlassen und dort Zuflucht suchen. Zugleich widerspricht ein solcher Ausbruch vielfach den Wertvorstellungen gerade ländlicher Frauen, die ihre Familie erhalten und den Mann, obwohl gewalttätig, nicht 'im Stich lassen' wollen. Sie erwies sich in der späteren Praxis als unnötig, zahlreiche Frauen suchten um Vermittlung an auswärtige Frauenhäuser nach, das Haus in Schwarzenbek war bald nach seiner Eröffnung überfüllt.

Kurz nach dem Aufbau eines schleswig-holsteinischen Frauenministeriums im Mai 1988 sah die Vorsitzende den Zeitpunkt gekommen, ein Frauenhaus einzurichten.[123] Der Verwaltung des Kreises wurden Planungen vorgestellt, sie fragte beim Verein nach, ob Interesse an einem zu verkaufenden Gebäude bestehe. Die Liegenschaft erwies sich als völlig ungeeignet – was von Seiten der Selbstverwaltung vorauszusehen war – und das Projekt Frauenhaus lag für weitere vier Jahre brach.[124] In Zeiten allgemeiner Wohnungsnot konnte kein passendes Objekt gefunden werden. Um wenigstens jeweils eine Frau mit Kind schützen zu können, richtete 'Hilfe für Frauen in Not' 1989 mit Spendengeldern eine kleine Notwohnung her, die seitdem kontinuierlich belegt war.[125]

IV. Enttabuisierung und Resonanz. Das seit Mitte der 70er Jahre zentrale Thema der Neuen Frauenbewegung, Gewalt gegen Frauen, sickerte, von den Massenmedien der 80er Jahre zu einem 'Modethema' gemacht, durchaus auch in das Herzogtum Lauenburg durch. Doch was hatte das mit dem lauenburgischen Alltag zu tun? Ein öffentliches Bewußtsein davon, daß es um kein Geschehen geht, welches sich fernab der kaum berührten Natur, der Wohlhabenheit und Anständigkeit im Herzogtum Lauenburg abspielt, irgendwo in den Großstädten mit ihren sozialen Problemen, mußte und muß von 'Hilfe für Frauen in Not' erst erkämpft werden.[126] Der Verein ist damit bis heute, wie es eine der gegenwärtigen Beraterinnen ausdrückt, „ein Stachel im Fleisch", welcher gerade im ländlichen Raum wichtig ist.[127]

Jenseits der nicht meßbaren oder ablesbaren Nichtbeachtung bildeten sich zwei Weisen der Reaktion in der lauenburgischen Gesellschaft und Politik heraus. Die eine war von individuellen wie politischen Vorbehalten getragen. Auf der politischen Ebene bedeutete dies Exklusion, d.h. den Versuch mit dem Verein das Thema Männergewalt von den öffentlichen Kommunikationsprozessen fernzuhalten, d.h. beiden eine möglichst randständige Existenz zuzuweisen. Wie allerdings schon am

121 Die LAG Frauenhäuser ist das Netzwerk der autonomen Frauenhäuser Schleswig-Holsteins.

122 Interview mit Kristine Höpcke.

123 Siehe Schreiben Kristine Höpckes an Bärbel Wendt vom 26.5.1988, von Bärbel Wendt zur Verfügung gestellt.

124 Zur ersten Beschäftigung der Kreiselbstverwaltung mit dem Anliegen Frauenhaus vgl. den Schriftwechsel und Protokolle, in: GS-HFN und KSA-FH/1.

125 Vgl. Schreiben der Vereinsvorsitzenden vom 24.10.1989, in: V-F.

126 So stellt die Arbeiterwohlfahrt für den Landkreis Schaumburg fest: „Männliche Gewalt, so glauben viele, kommt vorwiegend in Großstädten und sogenannten unteren Schichten vor." Doris Weide, AWO-Frauenhaus, S. 152.

127 Interview mit Gabi Drewes-Krüger.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 361

Eklat um die Gründung abzulesen war, waren auch solche Versuche durchaus öffentlichkeitswirksam und für die Lokalpresse als kleine regionale Skandale berichtenswert. Die zweite Reaktionsweise kann als Kooption gekennzeichnet werden, das Thema wurde wiederum zusammen mit dem Verein in die bestehenden Wahrnehmungsmuster, Ideale und Programmatiken von Presse, Institutionen und Parteien als sozialpolitischer Diskurs bzw. Akteur integriert. Beharrliche Abwehr wie zunehmender Beistand identifizierten das Thema mit seinem Kommunikator, dem Verein. Das Verhältnis des Vereins zu diesem polarisierten Umfeld kann seinerseits als prekäre Balance zwischen Aufbegehren gegen und Gleichklang mit bzw. partielle Anpassung an das konservative und patriarchale Klima seines Wirkungskreises charakterisiert werden. Das Projekt stieß mit seinem Thema, seinen Anliegen und Forderungen auf eine verfestigte Haltung der Abwehr, die sich nicht mitteilen wollte oder konnte.

„Die haben auch keine Argumente, […] einfach: sie wollen das nicht und Gewalt gegen Frauen gibt's hier eigentlich nicht, jedenfalls nicht in der Familie und wenn, dann können die ja zum Jugendamt gehen oder sonst irgendwas, aber eigentlich gibt es das nicht und sie fühlen sich zutiefst bedroht:"[128]

Die beiden von mir interviewten Vorstandsfrauen bezogen sich bei der Interpretation dieser Bedrohungsgefühle vor allem auf die ganz konkrete Angst von Männern, daß von ihnen in der Familie ausgeübte Gewalt in der Öffentlichkeit bekannt werden könnte, „wenn das erst mal ein hoffähiges Thema ist":[129]

Engagement und bloße Mitgliedschaft wurden teilweise durch Verbote der Ehemänner unterbunden, welche die Beteiligung 'ihrer' Frauen als geschäftsschädigend erachteten. Auch in der Gegenwart gibt es sie noch, und sie werden von Frauen auch befolgt. Es kam auch zu persönlichen und anonymen telefonischen Beschimpfungen und Drohungen bis hin zur Morddrohung eines Mannes. Ärzte gaben z.T. die ihnen mitgeteilte Telefonnummer der Beratungsstelle nicht an weibliche Gewaltopfer weiter.[130]

Auf dem Feld der Kommunalpolitik stand die FDP, mit Ausnahme der damaligen ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, in Distanz zum Verein, die CDU bildete so etwas wie einen Widerpart zum Verein. Die damalige Vereinsvorsitzende berichtet, daß sich die Freidemokratin zunächst heimlich mit dem Verein traf, ihn später aus ihrem sozialen Empfinden heraus offen unterstützte, ein Verhalten, welches Ihre Parteifreunde mißbilligten.[131] Der Union galt die Organisation weiterhin als bloße Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie, Kirsten Fritze und andere Kommunalpolitikerinnen aus 'Hilfe für Frauen in Not' wurden im Kreistag von den Kolleginnen der CDU nach dem Eklat auf der Gründungsversammlung nicht mehr gegrüßt und „offen geschnitten":[132] In der weiteren Vereinsgeschichte wurde versucht, den Verdacht zu entkräften, im Jahre 1985 trat Kirsten Fritze „aus persönlichen Gründen", so das Protokoll der Jahreshauptversammlung, vom Vorsitz zurück.[133] Ihre Nachfolgerin, Kristine Höpcke, parteilos, führt den Rücktritt darauf zurück, daß Kirsten Fritze sich stärker politisch betätigen wollte: „Bei der aufgebauten festen Front des Kreises war sonst eine erfolgreiche Ar-

128 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

129 Ebd.

130 Interview mit Kristine Höpcke und Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

131 Interview mit Kristine Höpcke.

132 Ebd.

133 Protokoll der Jahreshauptversammlung des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' am 9.10.1985, in: V-JHV.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 362

beit des Vereins kaum möglich:"[134] 'Hilfe für Frauen in Not' stand also vor dem für soziale Bewegungen kennzeichnenden Dilemma, trotz unliebsamer Botschaft gesellschaftliche und politische Anerkennung finden zu müssen, um in der lauenburgischen Gesellschaft etwas zu bewegen. Die Kooption der Anliegen bot hierfür eine Basis, auf deren Ambivalenz ich später eingehen werde.

Die Lokalpresse berichtete von Anfang an ausführlich und anerkennend über das Projekt, veröffentlichte zudem immer wieder Telefonnummer und Sprechzeiten der Beratungsstelle und machte das Hilfsangebot somit erst bekannt und nutzbar. Die zustimmende Resonanz half, das bislang undiskutierte Thema die Schwelle der öffentlichen Aufmerksamkeit überwinden zu lassen, da gerade die Lokalpresse mit ihrer großen Verbreitung und der ihr zugeschriebenen hohen Glaubwürdigkeit „prädestiniert dazu ist das Barrierensystem von anerkannten Normen […] zu überwinden".[135]

Auch die Familienhilfe des Jugendamtes, das Diakonische Werk und die Spitze der lauenburgischen Polizei waren gegenüber dem Projekt aufgeschlossen, ihnen war das Vorkommen von Gewalt in den Familien aus der eigenen Arbeit vertraut. Die traditionalen Frauenverbände, anfangs sehr skeptisch, zollten, mit Ausnahme der Unionsfrauen, der ehrenamtlichen Arbeit im Laufe der Zeit ihre Anerkennung und nahmen sein Thema in ihr Programm auf. Sie spendeten dem Verein von den Erlösen ihrer Weihnachtsbasare, organisierten mit ihm Veranstaltungen über Männergewalt oder legten, wie die Landfrauen, Handzettel mit den Telefonnummern der Beratungsstelle in den Dörfern aus.[136] Gerade bei der recht großen Reichweite und Geltung der Verbände dürfte diese Kooperation in hohem Maße einen Effekt der Multiplikation ausgeübt haben.

Einzelne Vereinsfrauen waren auch Kommunalpolitikerinnen der SPD, später auch der Grünen, insofern hatte 'Hilfe für Frauen in Not' eine Art Standbein in der kommunalen Selbstverwaltung. Beide Parteien organisierten gemeinsame Veranstaltungen mit dem Verein, vertraten seine Forderungen in den politischen Gremien und nahmen die finanzielle Absicherung der Beratungsstelle und die Einrichtung eines Frauenhauses in ihre Wahlprogramme auf. Damit war das tabuisierte Thema in der politischen Arena als ein soziales Problem repräsentiert. Auch wer in der Kommunalpolitik diese Auffassung nicht teilte, konnte den begonnenen Diskurs nur schwerlich ignorieren oder abtun, da er nun mit der – jenseits inhaltlicher Differenzen – grundsätzlich gewährten Legitimität von Parteipolitik versehen war.

Auf der Basis der wachsenden Reputation des Projekts wurde im Laufe der Jahre, entsprechend dem genaueren Blick auf die gesellschaftliche Bedingtheit der Gewalt, die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, um in den „politischen Raum" hineinzuwirken.[137] Entsprechend dem umfassenderen strukturellen Gewaltbegriff wurden zugleich die Arbeitsfelder erweitert. Der Verein machte zunehmend über die lokale Presse, über Theater- und Filmaufführungen, durch Informationsstände bei den gesellschaftlichen Ereignissen im Kreis und mit Referaten bei den etablierten Verbänden und Parteien, wie den Landfrauen, dem DGB, der SPD und den Grünen die Öffentlichkeit permanent auf das Thema

134 Interview mit Kristine Höpcke.

135 Eduard W. P. Grimme, Routine, S. 32f.

136 Interview mit Kristine Höpcke.

137 Ebd., vgl. auch das Protokoll der Jahreshauptversammlung von 'Hilfe für Frauen in Not' vom 24.9.1986, in: V-B.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 363

Gewalt gegen Frauen aufmerksam. Als kulturelles Ereignis im Ratzeburger Burgtheater, stieß z.B. eine Theateraufführung zu sexuellem Mißbrauch an Mädchen auf eine recht große Resonanz, 120 Frauen und eine Handvoll Männer kamen. 40 von ihnen diskutierten anschließend zusammen mit Vereinsfrauen und den Schauspieler/innen das „Un-Thema […], aber auch die eigene Betroffenheit und Ängste bei der Konfrontation mit derartigen Konflikten" sowie Lösungsmöglichkeiten.[138] Engagiert, wie die Lokalpresse meldete, nahm auch die liberale Kreispolitikerin und damalige ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte des Kreises an der Aussprache teil. Die Beteiligung der anerkannten und beim Wahlvolk beliebten Politikerin wie auch ihr demonstratives Erscheinen bei Informationsständen des Vereins half 'Hilfe für Frauen in Not' die Reputation aufzubauen, die für eine erfolgreiche Arbeit im ländlichen Raum unabdingbar ist. Charakteristisch dafür, wie sich das Themenspektrum aus dem ursprünglichen 'single issue' heraus entfaltete, war die Einladung des Vereins zu dieser Veranstaltung:

„Wir bieten allen Frauen, die sich aus gewalttätigen Beziehungen lösen wollen, Rat und Schutz an. Wir haben während dieser Arbeit häufig bemerkt, daß mißhandelte Frauen die gewaltsame Einschränkung ihrer körperlichen Selbstbestimmung schon im frühen Kindesalter erfahren haben."[139]

Der Verein bot nun Beratung und Veranstaltungen zu diversen frauenspezifischen Themen wie Vergewaltigung 'auf der Straße', sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, §218 oder zur Situation von Frauen in der Psychiatrie an. Die Projektfrauen kooperierten mit Gleichstellungsbeauftragten und der Polizei, boten Veranstaltungen für Eltern und Lehrer an und brachten ihr Fachwissen zu sexuellem Kindesmißbrauch in den seit 1989 bestehenden Arbeitskreis 'Gewalt gegen Kinder' ein, in welchem sie mit Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft, Jugend- und Gesundheitsamt und Schulen zusammenarbeiteten.

'Hilfe für Frauen in Not' wurde die lokale Vertretung der Frauenbewegung, die zentrale Frauengruppe im Kreis. Die Akzeptanz bei allgemein anerkannten Institutionen dürfte dazu beigetragen haben, daß die Vereinsfrauen nicht einfach als 'exotische' Außenseiterinnen angesehen, sondern zunehmend respektiert und infolge zu einem kaum mehr wegzudenkenden Faktor in der sozialpolitischen Landschaft des Kreises wurden.

Der Hinweis auf die sich durch alle sozialen Schichten ziehende Ubiquität von Gewalt mitten in der Gesellschaft konnte kaum noch überhört werden. Für Betroffene hieß das, daß ihnen der Ausbruch aus gewalttätigen Beziehungen erleichtert wurde und daß die Hemmschwellen gesenkt wurden sich anderen mitzuteilen. Für Männer bedeutete die Existenz des Projekts, sofern sie davon erfuhren, daß es eine wenn auch eher potentielle, denn reale Kontrolle ihres Verhaltens gab. In den alltäglichen Kommunikationen dürfte es zu einer zunächst kaum bemerkbaren Verschiebung des Blicks gekommen sein. Was anerkannte Mitglieder der eigenen Lebenswelt, die altvertrauten Lokalblätter und sogar staatliche Behörden als Problem benennen, erhält auch im Alltag einen problematischeren Charakter. Die allen bekannte, jedoch individualisiert wahrgenommene und als 'Ohrfeige' oder 'Dresche' verharmloste

138 Lübecker Nachrichten vom März 1988, o.D., in: V-H.

139 So der handschriftliche Entwurf einer Einladung des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' vom 14.2.1988, von Bärbel Wendt zur Verfügung gestellt.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 364

Gewalt wurde im Kontext der fachöffentlichen und medialen Aufmerksamkeit erst auf den Begriff der Gewalt oder Mißhandlung gebracht. Über Multiplikatoren wie leitende Polizeibeamte, Lehrer/innen und Eltern sensibilisierten die Vereinsfrauen für die Themen familiäre Männergewalt und sexueller Mißbrauch.

Die Delegitimierung von tradierten Orientierungsmustern im Licht einer bisher unbekannten universalistisch gedachten Moral, welche die Enttabuisierung und Verrechtlichung auch familiärer Gewaltverhältnisse anstrebt, wurde so vom Verein vor Ort vorangetrieben. Seine Existenz, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurde ein Moment eines langsamen, noch lange nicht abgeschlossenen mentalen und sozialen Wandels der Geschlechterordnung, aber auch der Diskursfähigkeit der dortigen politischen Kultur. Die Irritation des Gewohnten öffnete Wege zu einem Wertewandel, der sich allerdings zu zähflüssig gestaltet(e), um als geradlinige 'success story' beschrieben werden zu können.

Als ernstzunehmender Akteur für sein Thema Gehör finden, konnte der Verein nur dann, wenn er als kompetent und hilfreich angesehen war und wenn seine fachliche Arbeit als sinnvolle Ergänzung zum staatlichen Angebot an sozialen Hilfen erschien. Das öffentliche Wohlwollen, welches der Verein erfuhr, basierte zu einem guten Teil darauf, die von ihm geleistete konkrete Hilfe auf das Ländlich-Wohltätige seines Profils zu vereindeutlichen. Der eher karitative Name war nicht zuletzt eine Konzession an die männlich dominierte politische Kultur des Kreises. Die Gründerin hatte ihn gewählt, um nicht „in die feministische Ecke gestellt zu werden" und um sich „nicht gleich mit den Machos ihrer Partei", der SPD, anzulegen.[140]

140 Interview mit Kristine Höpcke.

Die Presse widmete dem Verein allein schon deshalb Aufmerksamkeit, da er als Verein existierte und das Vereinswesen gewohnheitsmäßig einen breiten Raum in Lokalzeitungen einnimmt. Die Zeitungen unterstrichen das karitative Moment der uneigennützig und „mit viel Herz"[141] geleisteten mitmenschlichen Hilfe. Voraussetzung dafür war, daß die Vereinsfrauen die von der ländlichen politischen Kultur geforderten öffentlichen Tugenden verkörperten. Feministische Inhalte und Sichtweisen wurden weitestgehend ausgeblendet, der Wandel im Selbstverständnis der Vereinsfrauen fand keinen Widerhall in der veröffentlichten Meinung.

141 So die Lübecker Nachrichten vom 17./18.9.1988.

Der wohltätige Habitus der Vereinsfrauen war zwar nur die halbe Wahrheit, bildete allerdings auf konservativem Terrain die Conditio sine qua non für die angestrebte und erreichte (Teil-)Integration. Geläufige antifeministische Mythen griffen zur Einordnung der Gründerinnen nicht. Eine Suche nach Indizien für Feindbilder von lesbischen, männerhassenden, Familie und Staat mit Auflösung bedrohenden Feministinnen erübrigte sich angesichts der ein Ehrenamt versehenden bürgerlichen Ehefrauen und Mütter. Aus dem eigenen Selbstverständnis heraus und um trotz des 'klassisch' feministischen Anliegens nicht als „lilabestrümpft"[142] verworfen zu werden, betonte das Projekt gegenüber der Lokalpresse, es ginge wirklich nicht darum, Frauen aus der Ehe zu treiben, sondern lediglich darum, Frauen in Not und ihren Kindern zu helfen: „Unser Verein ist keineswegs männerfeindlich, wie manchmal unterstellt wird. Wir sind für die Frauen, aber nicht gegen die Männer".[143]

142 Interview Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

143 So eine Vereinsfrau, zitiert nach der Bergedorfer Zeitung vom 9.11.1984.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 365

Die Bergedorfer Zeitung sekundierte eine solche Klarstellung mit dem Hinweis, daß die Gründerin „selbst verheiratet und Mutter von zwei Kindern ist“[144], womit der Journalist wohl unterstrich, daß die Beratung tatsächlich keine Bedrohung der Institution Familie darstellt.

144 Bergedorfer Zeitung vom April 1983, o.D., in: V-H.

Ein prägnantes Beispiel für die zwiespältige Reaktion bestehender Institutionen war die Haltung der Polizeileitung. Schon vor der Gründung begrüßte die Ratzeburger Polizeiinspektion die neue Organisation mit den Worten:

„Ihre beschriebenen Notrufe wurden bisher an die Telefonseelsorge weitervermittelt. Die Einrichtung eines ‘Frauennotrufes’ wäre für die Betreuung bedürftiger Frauen sicherlich eine wertvolle Bereicherung.“[145]

145 Schreiben der Polizeiinspektion Ratzeburg an Kirsten Fritze vom 23.2.1982, in: V-H.

Häusliche Männergewalt erschien hier nicht als ein auch strafrechtliches Problem und damit als eines, welches in den polizeilichen Aufgabenbereich fällt, sondern als ein Problem, dem mit Trost und guten Worten beizukommen ist, wofür die Polizei nicht zuständig ist. Dem entsprach die Weigerung der lauenburgischen Polizei, ‘Hilfe für Frauen in Not’ bei der Ergründung des Ausmaßes von familiärer Männergewalt behilflich zu sein. Der Bitte des Vereins, eine Strichliste von entsprechenden Einsätzen zu führen, wurde mit dem Hinweis auf Arbeitsüberlastung nicht entsprochen.[146]

146 Vgl. den Briefwechsel aus dem Jahre 1982 in: V-H.

Das von der SPD und den Grünen gepflegte Einvernehmen mit dem Projekt bot den oppositionellen Parteien gewisse Profilierungschancen. Das von den Parteien „sorgsam gehütete Anbietermonopol über die zur öffentlichen Erörterung ‘zugelassenen’ Themen“[147] war vom Verein durchbrochen worden. Den bundesweit festgelegten, ebenfalls von der sich institutionalisierenden Frauenbewegung beeinflußten Parteiprogrammatiken konnte so eine regionalpolitische Konkretisierung und Kontur verliehen werden. Der Verein befürchtete zugleich von den Parteien eben dafür funktionalisiert zu werden. Die Männer beider, sehr von ihnen dominierten Parteien hätten, wie Männer überhaupt, „erhebliche Probleme mit dem Verein“ gehabt, berichteten die von mir interviewten Vorstandsfrauen.[148] Wenn es um Frauenangelegenheiten geht, so die damalige Vorsitzende zur Haltung sozialdemokratischer Männer, gehe es nicht um wirkliche Macht: „Nu‘ laß dem Kind die Frikadelle, wenn es erst satt ist, wird es schon ruhig sein“.[149] Die Ambivalenz grüner Frauenpolitik im Kreis zeigte sich 1988, als der Landrat nach einem lokalpolitischen Skandal seine Dienstvilla aufgab. Die Partei beantragte im Kreistag, sie künftig als Frauenhaus oder als Umweltzentrum zu nutzen.[150] Der Vorschlag war nicht mit ‘Hilfe für Frauen in Not’ abgestimmt, obwohl die Zusammenarbeit mit Basisgruppen als ‘grüner Wert’ gilt. Die Vereinsfrauen riefen den verantwortlichen Abgeordneten daraufhin an und fragten, „ob er nicht ganz richtig im Kopf wäre. Erstens, so etwas über unseren Verein zu veröffentlichen, ohne mit uns Rücksprache zu halten und zweitens, daß wir nicht ein großes Haus mit einem ein Hektar großen Park drumherum haben möchten, wo sich jeder im Dunkeln anschleichen kann! Das sei also wenig zweckmäßig.“[151]

147 Bernd Guggenberger, Krise, S. 31.

148 Interview mit Kristine Höpcke; Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl, Zitat ebd..

149 Interview mit Kristine Höpcke.

150 Vgl. Protokoll der Kreistagssitzung am 11.5.1988, in: BK-KT.

151 Interview mit Kristine Höpcke.

Zusammenfassend gesagt, bildeten Vorbehalte, Unbehagen und Exklusion die eine, Respekt, Akzeptanz und Beistand, fast unlösbar verbunden mit dem Ausblenden feministischer Inhalte, die andere Seite des

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 366

spezifischen Echos auf 'Hilfe für Frauen in Not', welches nicht zuletzt die Normen der politischen Kultur abbildete.

C. Politik und Diskurs zum Frauenhaus 1992/93. Das Anliegen des Vereins, Frauen beim Ausbruch aus den Kreisläufen von Beziehungsgewalt zu helfen, wurde spätestens in dem Moment zu einem Politikum, als es die Form eines konkreten Antrags annahm, ein Frauenhaus einzurichten. Das Partizipationsbegehren des Vereins wurde auf drei Ebenen des föderativen Systems verhandelt, es stand damit einem komplexen Institutionengefüge von Land Schleswig-Holstein, Kreis Herzogtum Lauenburg und Stadt Schwarzenbek gegenüber. Innerhalb der vertikalen und horizontalen Politikverflechtung, der arbeitsteiligen Ausfächerung von politischer Macht in eine Vielzahl politischer und bürokratischer Institutionen, existiert keine eindeutige rechtliche Zuordnung für die Kosten von Frauenhäusern vom Erwerb des Gebäudes über Umbauarbeiten und Inneneinrichtung bis hin zu den laufenden Sach- und Personalkosten. Um die Finanzierungssituation am Beispiel des Schwarzenbeker Frauenhauses vorwegzunehmen: Vom Kaufpreis des landeseigenen Gebäudes erließ die Landesregierung in etwa die Hälfte, die andere Hälfte zahlte die Stadt Schwarzenbek, die Kosten des Umbaus wurden durch einen Sonderfonds des Landes finanziert, die Inneneinrichtung wurde durch Spenden aufgebracht, die laufenden Sach- und Personalkosten durch Land und Kreis getragen, die Miete von wenig verdienenden Frauen vom Sozialamt bezahlt. Die Frauenhauspolitik – die es im Singular eigentlich nicht gibt – ist so generell durch eine permanente Lastenverschiebung zwischen Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden gekennzeichnet. Verantwortung für die Folgen männlicher Gewalt verschwindet aufgrund mangelnder Koordination in Finanz- und Kompetenzstreitigkeiten des föderativen Systems.

I. Landespolitischer Rahmen.

1.Finanzierung von Frauenhäusern in Schleswig-Holstein. Der inzwischen fast verbindlich gewordenen verbalen Ächtung von Gewalt gegen Frauen folgte keine umfassende und verbindliche materielle Absicherung von Frauenhäusern seitens des Staates. Die Bundesregierung gab mit der Modellfinanzierung des ersten Frauenhauses in Berlin und des Frauenhauses im schleswig-holsteinischen Landkreis Rendsburg-Eckernförde durchaus wichtige Anstöße für die Entwicklung einer Infrastruktur von Frauenhäusern. Jedoch nimmt sie bis heute die kontinuierliche (Mit-)Finanzierung solcher Projekte keineswegs als Gebot eigener Politik wahr.[1] Seit nahezu 20 Jahren wird überlegt, bundesweit geltende Richtlinien zu einer verläßlichen Finanzierung von Frauenhäusern festzuschreiben, ein finanzieller Anteil des Bundes ist allerdings nicht vorgesehen. Während der Bund so „den schwarzen Peter den Ländern zuschiebt, geben diese ihn an Bonn zurück".[2] Solange die Bundesregierung keinen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Frauenhäuser leistet, lehnen die Länder eine Einmischung in ihre Finanzierungsregelungen ab. So hat sich in den einzelnen Bundesländern eine jeweilig eigenständige Finanzierungspraxis für Frauenhäuser herausgebildet, die meist in Förderrichtlinien festgelegt wird. Verbindend ist ihnen im allgemeinen, daß die Beteiligung der Länder ohne Rechtsanspruch je nach Haushaltslage erfolgt

1 Eine temporäre Ausnahme bildete die finanzielle Beteiligung am Aufbau von Schutzräumen in der ehemaligen DDR.

2 Nachrichten Parität 1/1997, S. 8f.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 367

und daß die Landesförderungen durch kommunale Gelder und Eigenbeteiligung der Frauenhäuser ergänzt werden müssen, ein Teil der Kosten wird vielfach nach dem Bundessozialhilfegesetz aufgebracht. Vielfach nehmen zudem die Länder Einfluß auf die Stellenbesetzung und auf die inhaltliche Arbeit der Frauenhäuser.[3]

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wurde nach dem politischen Erdrutsch im Mai 1988 von der SPD gestellt, welche infolge der Affäre um Uwe Barschel die CDU nach 38jähriger Regierungstätigkeit ablöste. Die neue Regierung sah Frauenpolitik als einen wichtigen Schwerpunkt ihrer Arbeit an. Sie richtete als erstes Bundesland ein Frauenministerium ein und nahm 1990 die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern als Aufgabe aller Träger der öffentlichen Verwaltung in die Verfassung des Landes auf. Das neue Ministerium wurde von Gisela Böhrk, einer profilierten Frauenpolitikerin der SPD, übernommen.[4] Im Jahre 1982 hatte sie aus der Opposition heraus von der Landesregierung unbürokratische Hilfe und pauschale Zuwendungen des Landes für Frauenhäuser und Frauenselbsthilfegruppen eingefordert, da sich das Land nicht länger „dieser Verantwortung für seine Bürger entziehen“ dürfe.[5] Erst gegen Ende ihrer achtjährigen Amtszeit genügte die Frauenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein in etwa diesem Anspruch.

Nach dem ersten Finanzierungsmodell der sozialdemokratischen Landesregierung für Frauenhäuser wurden die laufenden Kosten, wie auch zuvor, zur einen Hälfte vom Land, zur anderen von Gemeinden und Kreisen aufgebracht. Die neue Richtlinie sollte sich von jener „Gutsfrauenart“ unterscheiden, mit der die Vorgängerregierung „Wohltaten oder kleinere Wohltätchen über das Land verstreute“.[6] Tatsächlich wurde eine höhere Verbindlichkeit und Transparenz als durch die bisherige kaum genauer ausformulierte Regelung geboten.

Mit einer neuen Festlegung im Jahre 1993 übernahm das Land 39 vH, vorausgesetzt die jeweilige Kommune übernahm die übrigen 61 vH der laufenden Personal- und Sachkosten.[7] Die Aufteilung entsprach dem in der Sozialhilfe üblichen quotalen System. Die laufenden Kosten wurden fortan unabhängig von der aktuellen Belegung des Hauses als Pauschale pro bereitgestelltem Platz berechnet. Als Vorteile des Verfahrens wurden der geringe Verwaltungsaufwand und die mit dem Modell einhergehende „Verpflichtung des Frauenhausträgers, sich um eine wirtschaftliche Betriebsführung zu bemühen“, angesehen.[8] Auf die Gewährung der Zuwendungen bestand nach wie vor kein Rechtsanspruch, sie erfolgte weiterhin im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Da in dieser Zeit in der Stadt Schwarzenbek und im Kreis Herzogtum Lauenburg über den Hauskauf und die laufenden Kosten entschieden wurde, soll auf die hinter dem damaligen Finanzierungsmodell stehende Politik der Landesregierung näher eingegangen werden. Gisela Böhrk sah 1993 „eine totale Verbindlichkeit der Finanzierung“, eine ungeteilte Verantwortung des Landes für Frauenhäuser als nicht verwirklichbar an – womöglich auch als nicht wünschenswert.[9] Sie erklärte es zu einer Leitlinie der Frauenprojektefinanzierung, daß das Land keinesfalls für diese Aufgabe allein zuständig sein dürfe. Die Kreise und Ge-

3 Vgl. Diakonisches Werk Westfalen (Hg.), Wie geht es weiter, S. 107f. und Margrit Brückner, Wege, S. 75ff.

4 Gisela Böhrk nahm als Landtagsabgeordnete Lübecks an der ersten Gründungsversammlung von ‘Hilfe für Frauen in Not’ teil, ihre Anwesenheit führte u.a. zum Verdacht der Christdemokratinnen, der Verein sei eine sozialdemokratische Vorfeldorganisation.

5 Sozialdemokratischer Informationsbrief vom 1.3.1982.

6 Interview mit Gisela Böhrk, in: Geierwally. Die Zeitung des Autonomen Frauenzentrums Rendsburg e.V., vom 1.3.1992. Die ‘Richtlinien zur Förderung von Frauenhäusern, Frauenhausinitiativen, Frauennotrufgruppen und Beratungsstellen, die Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen anbieten. Bekanntmachung des Ministers für Soziales, Gesundheit und Energie vom 26.5.1990’ finden sich im Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Nr.28 (1990), S. 427f.

7 Vgl. ‘Richtlinien zur Förderung von Frauenhäusern. Bekanntmachung der Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit vom 6.7.1993’, in: Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Nr.29 (1993), S. 589-591, hier: S. 589.

8 Ergebnisprotokoll über die 1. Sitzung der Arbeitsgruppe ‘Finanzierung von Frauenhäusern’ am 28.8.1991, S. 5, in: KSA-FH/2.

9 Interview mit Gisela Böhrk, in: Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Beratungsstellen, S. 41-43, hier: S. 43.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 368

meinden als unmittelbar Betroffene seien auf jeden Fall mit in die Finanzierung hineinzunehmen.[10] Dem entsprachen die Förderrichtlinien, die vor der grundlegenden Reform 1996 dem Prinzip folgten: ohne Geld von Kommunen oder Kreisen fließt kein Geld vom Land. Die Ministerin war sich der trotz der Neuregelung des Jahres 1993 weiterhin prekären finanziellen Situation von Frauenprojekten zu Gewalt gegen Frauen durchaus bewußt, auch der Schwierigkeiten, die mit dem Modell der Finanzierung durch Land und Kommunen einhergingen. Es werde jedoch zum einen aus „wenig Landesgeld […] viel gemacht";[11] zum zweiten sei es wichtig, daß sich die Projekte vor Ort verankern. Wenn es ihnen gelinge, Gelder im Willensbildungsprozeß der Kommunen durchzusetzen, stünden sie nicht alleine da, wenn das Land sich dereinst aus der Förderung zurückziehen sollte. In der Demokratie hätten sich Frauenprojekte dadurch zu festigen, daß sie Frauenlobbys mobilisieren und Männer als Mitstreiter gewinnen. Die meisten Komplikationen in diesem Prozeß verortete die Ministerin bei den Kreisen. Den meist männlichen Entscheidern fehle häufig der Zugang zu den Problemen, es komme bei ihnen eine gewisse Abwehr hinzu, etwa das Vorurteil, „daß Frauenberatungsstellen Kaffeekränzchen sind, die gut betuchte Frauen für sich veranstalten."[12] Ob ein beständiger alljährlicher Finanzierungskampf mit derart verkrusteten patriarchalen Strukturen einen Frauenverein festigt oder lediglich Planungsunsicherheit und Arbeitsüberlastung erzeugt, sei dahingestellt. Die Frauenministerin mahnte zu dieser Zeit die Frauenberatungsstellen, sich in Anbetracht der Haushaltslage auf schwere Zeiten einzustellen, aber trotzdem nicht pessimistisch in die Zukunft zu blicken:

„Wir Frauen haben über Jahrhunderte gelernt, bescheiden zu sein und Rücksicht zu nehmen. Dies sind aber Tugenden, die in der Zukunft von der ganzen Gesellschaft verlangt werden. Und in dieser Beziehung haben wir schon enorme Vorleistungen erbracht."[13]

Die Landesregierung war zwar bereit, sich an den laufenden Kosten vorhandener Frauenhäuser zu beteiligen, nicht jedoch Investitionskosten, z.B. für den Erwerb eines entsprechenden Gebäudes zu tragen. Sie fühlte sich nicht in der Pflicht, eine flächendeckende Versorgung Schleswig-Holsteins mit Frauenhäusern in eigener Regie zu verwirklichen. Es blieb dem Zufall überlassen, ob sich in einer Region eine entsprechende Initiativgruppe gründet und durchsetzen kann oder nicht.

Noch unter Gisela Böhrk vorbereitet, gilt seit 1996 – seitdem amtiert in einer rot-grünen Koalition eine grüne Frauenministerin – in Schleswig-Holstein ein als besonders beispielhaft geltendes verläßliches Finanzierungsmodell.[14] Die Finanzierung wird fortan durch das schleswig-holsteinische Finanzausgleichsgesetz geregelt, in welchem die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen festgelegt werden. Waren für die Förderung bislang nur die Kreise und kreisfreien Städte, in denen es Frauenhäuser gab, sowie das Land zuständig, so beteiligen sich nun fast alle Gemeinden, Städte und Kreise an der Finanzierung. Die Gelder der drei Ebenen des politischen Systems werden auf diese Weise gebündelt und die feststehende Summe vom Frauenministerium an die Frauenhäuser verteilt. Für die Trägervereine der Frauenhäuser bedeutet dies nicht allein eine Entlastung von hohem bürokratischen Auf-

10 Interview mit Gisela Böhrk, in: Geierwally. Die Zeitung des Autonomen Frauenzentrums Rendsburg e.V., vom 1.3.1992.

11 Ebd.

12 Interview mit Gisela Böhrk, in: Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Beratungsstellen, S. 41-43, hier: S. 43.

13 Ebd.

14 Nachrichten Parität 1/1997, S. 9; Margrit Brückner, Wege, S. 77 spricht von einem „Hoffnungsschimmer".

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 369

wand, da nur noch bei einer Stelle Geld beantragt werden muß, sondern vor allem eine Entlassung aus der Abhängigkeit von den unsicheren, wechselnden Mehrheiten in Gemeinde- und Kreisgremien. Langfristiges Ziel der Neuregelung war es nicht zuletzt, „diese bislang von Land und Kommunen gemeinsam geförderte Aufgabe vollständig in die Finanzverantwortung der Kommunen" zu überführen.[15]

Die Fortentwicklung der Frauenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein zwischen 1988 und 1996 ist, zusammenfassend gesagt, von zwei Tendenzen geprägt: Die staatliche Finanzierung ist verbindlicher, klarer geregelt und damit berechenbarer geworden, zugleich zieht sich das Land zunehmend aus der Finanzierung zurück. Ursprünglich trug es 50 vH der laufenden Kosten, dann 39 vH und mit dem neuesten Modell will es langfristig die Finanzierung ganz den Kommunen überlassen.

„Wir beobachten schon seit langem eine Verlagerung der Bundesaufgaben auf die Länder, von den Ländern auf die Kreise und dann auf die Kommunen. Diese stehen am Ende der Spirale. […] Wir müssen sparen."[16]

Mit diesem und anderen Argumenten verwahrten sich schleswig-holsteinische Kommunen gegen steigende Ausgaben für Frauenprojekte, in deren Finanzierung sie ohnehin „keine originäre kommunale Aufgabe" erkannten.[17] Bis 1996 handelte es sich für die Kreise und Gemeinden um die Übernahme einer freiwilligen Selbstverwaltungsaufgabe, wenn sie Frauenhäuser (mit-)finanzierten. Anders als bei den durch Bundes- oder Landesgesetzen zugewiesenen Pflichtaufgaben, zu denen die Sozialhilfe zählt, oblag es damit dem Willen der kommunalen Entscheidungsträger, ob sie Frauen Zufluchtsräume zur Verfügung stellten oder nicht. In einem Interview vertrat der Landrat des Kreises Segeberg den Standpunkt, daß sich auch die Frauenprojekte gegen Männergewalt fragen lassen müssen, „ob alles, was sie machen, öffentlich gefördert werden muß". Je kostenbewußter sich die Projekte verhielten, indem sie sich konsequent „an den wirklichen Bedürfnissen" ausrichteten, „desto höher wird die Akzeptanz und damit auch die Bereitschaft, das Geld zu geben".[18] Was er unter den 'wirklichen Bedürfnissen' verstand, blieb offen. Die Kommunen fürchteten wegen der Abrechnungsschwierigkeiten untereinander insbesondere die Sozialhilfekosten für Frauenhausbewohnerinnen von auswärts, ein Einwand, welcher auch im Herzogtum Lauenburg eine wichtige Rolle spielte. Ein Vertreter des schleswig-holsteinischen Städtetages führte hierzu 1991 aus: Erfahrungsgemäß würden in Frauenhäusern in großem Umfange Frauen und Kinder aus Umlandgemeinden, teilweise auch aus anderen Bundesländern, untergebracht. Die Herkunftsgemeinden lehnten die Kostenübernahme häufig ab, und über Landesgrenzen hinweg sei eine Kostenerstattung ohnehin nicht zu erreichen. Daher müßte die Kostenerstattungsfrage bundesweit geregelt werden.[19] Die Verantwortung war mithin von der unteren Ebene des föderalen Systems wiederum an die oberste verwiesen.

2. Politik zum Schwarzenbeker Frauenhaus. Anfang 1992 erhielt 'Hilfe für Frauen in Not' einen informellen Tip von einem Mitarbeiter der Schwarzenbeker Stadtverwaltung. Ein sich im Besitz des Landes Schleswig-Holstein befindliches Einfamilienhaus, so sein Rat, werde durch den Umzug einer Behörde frei, dies könne doch das zukünftige

15 Vgl. den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, S. 5, in: V-FHF.

16 'Kräfte besser konzentrieren'. Gespräch mit dem Landrat des Kreises Segeberg, in: Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Beratungsstellen, S. 21-23, hier: S. 22f.

17 Ergebnisprotokoll über die 1. Sitzung der Arbeitsgruppe 'Finanzierung von Frauenhäusern' am 28.8.1991, S. 2, in: KSA-FH/2.

18 'Kräfte besser konzentrieren'. Gespräch mit dem Landrat des Kreises Segeberg, in: Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Frauen, S. 21-23, hier S. 22f., alle Zitate ebd.

19 Ergebnisprotokoll über die 1. Sitzung der Arbeitsgruppe 'Finanzierung von Frauenhäusern' am 28.8.1991, S. 2, in: KSA-FH/2.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 370

Frauenhaus werden. Das Gebäude lag in einem geplanten Neubaugebiet und gehörte daher zu den „Filetstücken“[20] Schwarzenbeks. Der zweigeschossige Altbau aus den 20er Jahren, auf einem kleinen Grundstück gelegen, wurde von den Vereinsfrauen, die ihn von außen besichtigten, für geeignet befunden. Bei ihrer Suche nach staatlicher Hilfe bei der Finanzierung ihres Projektes wandten sie sich zunächst an die Landesregierung Schleswig-Holsteins, später an die Gremien des Kreises Herzogtum Lauenburg und der Stadt Schwarzenbek. Bei verschiedenen Landesministerien beantragten sie, ihrem Verein das Gebäude zu überlassen, um dort Frauen schützen zu können.

Die Entscheidung über den Antrag lag beim Finanzministerium.[21] Die damalige Finanzministerin Heide Simonis, heute Ministerpräsidentin des Landes, hatte sich ausdrücklich vom Feminismus distanziert und verfolgte einen strikten Kurs der Haushaltskonsolidierung. Ihr Ministerium beschied etwa drei Monate nach Eingang des Ansuchens, daß die Oberfinanzdirektion gehalten sei, das Gebäude zu verkaufen: „schon deshalb kann eine Überlassung des Grundstücks nicht in Aussicht gestellt werden“.[22] Der Antragsteller könne es jedoch wie jeder andere zu kaufen versuchen. Der zu erwartende Kaufpreis auf dem freien Markt von etwa 400 000 DM überstieg die Ressourcen des Vereins bei weitem, er verfügte zu dieser Zeit über einen Jahreshaushalt von 10 000 DM. Das Gebäude zu ‘schenken’, widersprach nicht nur der Sparpolitik der Landesregierung, sondern erschien womöglich auch als politisch unklug: der Landtagswahlkampf näherte sich bei Antragseingang dem Ende, und der Bund der Steuerzahler hatte kurz zuvor die seines Erachtens zu hohen Ausgaben der Landesregierung für Frauenprojekte scharf kritisiert.[23] Die damalige Vorsitzende sieht die Anfrage an das Land zur Überlassung des Gebäudes im nachhinein als „blauäugig“ an. Der Vorstand hätte damals nicht gewußt, daß Haus und Grundstück durch ihre Lage relativ wertvoll waren.[24]

Während ‘Hilfe für Frauen in Not’ nun den Ankauf des Hauses auf der Ebene des Kreises durchzusetzen suchte, traten Frauen- und Finanzministerium in Verhandlungen, welcher Kaufpreis verlangt werden sollte, sofern darin ein Frauenhaus eingerichtet wird. Die Finanzministerin zog schließlich die Entscheidung an sich und verfügte, daß die Liegenschaft aus dem üblichen Verkaufsverfahren herausgenommen wird. Es sei dem Kreis oder einem anderen öffentlichen Träger zum Sachwert von etwa 200 000 DM zum Kauf anzubieten. Voraussetzung dafür sei, daß es dann einem Trägerverein als Frauenhaus langfristig vermietet wird. Nachdem später der Ankauf des Gebäudes durch die Stadt Schwarzenbek erfolgt war, finanzierten Kreis und Land gemeinsam die laufenden Kosten gemäß den neuen Förderrichtlinien.

„Das Frauenministerium hat den Antrag des Vereins positiv bewertet und aus seiner fachlichen Sicht heraus ein weiteres Frauenhaus, im Kreis Herzogtum Lauenburg, positiv bewertet:“[25]

Auch wenn diese Stellungnahme der damals wie heute zuständigen Referentin im Frauenministerium das rein Fachliche betont, so läßt sich m.E. die Kaufpreisminderung als eine politische Entscheidung zugunsten eines Frauenhauses im Lauenburgischen einschätzen. Die Entscheidung entsprach dem damaligen frauenpolitischen Kurs der geteilten fi-

20 Interview mit Kristine Höpcke.

21 Das Gebäude war in den Besitz der Kieler Oberfinanzdirektion übergegangen, die Behörde untersteht dem Finanzministerium.

22 Schreiben des Finanzministeriums an ‘Hilfe für Frauen in Not’ vom 10.6.1992, in: V-HL.

23 Vgl. Interview mit Frauenministerin Gisela Böhrk, in: Geierwally. Die Zeitung des Autonomen Frauenzentrums Rendsburg e.V. vom 1.3.1992.

24 Interview mit Kristine Höpcke.

25 Interview mit Regine Selker.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 371

nanziellen Verantwortung: das Land verzichtete auf etwa 200 000 DM, den Projektfrauen blieb es überlassen, ihre Forderung vor Ort durchzusetzen, daß die Kommunen den Rest übernehmen. Die sozialdemokratische Landesregierung, die nach fast vier Jahrzehnten christdemokratischer Landespolitik ein 'modernes Schleswig-Holstein' schaffen wollte, konfrontierte das konservativ geprägte und 'regierte' Herzogtum Lauenburg zugleich mit einer Art Lockangebot für ein Projekt, das dem konservativen Welt- und Familienbild widersprach. Eine Vorstandsfrau von 'Hilfe für Frauen in Not' schätzt, die Motivation lag darin, gerade „in dieser schwarzen Ecke des Landes" ein Frauenhaus anzusiedeln.[26] Alle von mir befragten Befürworterinnnen des Frauenhauses waren sich darin einig, daß das Land dem Kreis mit dem Verzicht auf den Marktpreis weit entgegenkam. Das 'einmalig günstige' Angebot stärkte das Pro zum Frauenhaus auf Kreis- und Stadtebene und entschärfte das zentrale Gegenargument zu hoher Kosten.

26 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

Die Entscheidung der Landesregierung zum Schwarzenbeker Frauenhaus stellte sich, so mein Fazit, als ein Balanceakt zwischen Haushaltskonsolidierung, einem hohen frauenpolitischen Anspruch und einem politischen Kalkül dar.

II. Politische Willensbildung im Kreis.

1. Vereinsstrategie und Konstellationen. Nachdem die Landesregierung die Vereinsfrauen an den Kreis als den zuständigen Ansprechpartner verwiesen hatte, beantragten sie im September 1992, der Kreis Herzogtum Lauenburg möge das Haus vom Land erwerben und es ihnen als Frauenhaus vermieten. Sie standen damit vor der Notwendigkeit, ihrer Forderung im kommunalpolitischen Kommunikations- und Interaktionsgeflecht Geltung zu verschaffen und sie in den konservativ-liberal dominierten Gremien durchzusetzen.

Die in den vergangenen zehn Jahren errungene öffentliche Aufmerksamkeit, die partiell gelungene Skandalisierung familiärer Männergewalt, die fortgeschrittene Institutionalisierung und (Teil-)Integration in die sozialpolitische Landschaft bildeten ein Gegengewicht zur konservativ-liberalen Ablehnungsmehrheit. Die öffentliche Kommunikation über den Verein und sein Thema, somit die erreichte partielle Delegitimierung familiärer Männergewalt, war zu weit vorangeschritten, um das Partizipationsbegehren von der kommunalpolitischen Tagesordnung fernzuhalten. Steht eine unliebsame Forderung erst einmal zur Verhandlung und Entscheidung an, ist sie, auch wenn sie am Ende verworfen wird, als politikfähig, die dahinterstehende Kritik am Bestehenden als ernstzunehmender Einwand anerkannt. Das Fundament für die Mobilisierung im öffentlichen Raum bildete die durch jahrelanges, nichtprovokatives und gemeinnütziges Engagement erworbene Reputation bei anerkannten Institutionen.

Ein Frauenhaus wurde von SPD und Grünen, von der Lokalpresse, der Polizeileitung und gemeindlichen wie städtischen Behörden als sozialpolitische Notwendigkeit angesehen und 'Hilfe für Frauen in Not' als Interessenvertretung für von Gewalt betroffene Frauen respektiert. Die Vereinsfrauen waren inzwischen die fast natürlichen Ansprechpartnerinnen für alle Fragen zu familiärer Gewalt gegen Frauen und Mädchen geworden. Die Kriminalpolizei fragte nach Einsätzen wegen

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 372

Beziehungsgewalt den Verein, ob er Frauen unterbringen könnte, und auch andere Behörden, Sozial- Jugend- und Gesundheitsämter im Kreisgebiet baten ihn, so Kirsten Fritze, „endlich dieses Frauenhaus zu installieren", da sie sonst nicht wüßten „wohin mit den Frauen, die aus gewalttätigen Beziehungen fliehen müssen".[27]

27 Protokoll der Kreistagssitzung am 17.12.1992, Anlage 2, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, S. 1, in: BK-KT.

Die Lokalzeitungen, die vom Vorstand über den Gang der Entscheidungsfindung auf Kreis- wie Stadtebene auf dem Laufenden gehalten wurden, boten kleinen Pressekampagnen für das Frauenhaus ein Forum und berichteten, mißbilligend über die Blockadepolitik von Verwaltung und CDU, einhellig positiv über die Forderung. Da Männergewalt hier im Kreis „zu den exotischen Ereignissen" gezählt und verdrängt werde, sei es, so ein Kommentar, allein den Vereinsfrauen zu verdanken, daß vielen Frauen geholfen werden konnte, und zwar „nicht mit Mißtrauen, sondern mit herzlicher Bereitschaft, die Opfer einer Notsituation nicht auf der Straße stehen zu lassen". Ein Frauenhaus sei vernünftig, zumal 'Hilfe für Frauen in Not' nicht eine „Luxusherberge" fordere, sondern „ein kleines, sehr bescheidenes Siedlungshaus".[28] Sowohl das Ernstnehmen der Gewalt als auch althergebrachte ländliche wie insbesondere weibliche Tugenden sprachen für den Verein und das Frauenhaus. Auf der Grundlage dieser öffentlichen Zustimmung verfolgte der Verein eine Durchsetzungsstrategie, die im wesentlichen aus vier Elementen bestand.

28 Kommentar von Michael Stachow in den Lübecker Nachrichten vom 17.12.1992.

Erstens vertrat er seine Forderung mit der ihn charakterisierenden Balance zwischen Konvention und ihrem Durchbrechen, welche sowohl dem eigenen Selbstverständnis wie den Aktionsbedingungen im ländlichen Raum geschuldet war.

„Diese behutsame Art, aber gleichzeitig penetrant, einfach immer nicht weggehen und immer drei Schritte vor und zwei zurück, und dann nochmal einen vor, war einfach erfolgreicher, als wenn wir von Anfang an immer direkt auf Konfrontationskurs gegangen wären. Da wäre uns allen viel früher die Luft ausgegangen, weil man das nicht durchhält."[29]

29 Interview mit Kristine Höpcke.

Um den Kontrast dieses Politikstils zu dem metropolitaner Frauenbewegungen zu verdeutlichen, seien aus der Geschichte der Frauenhäuser im benachbarten Hamburg ein paar Ereignisse herausgegriffen: Im August 1979 errichteten die dortigen Projektfrauen und Frauenhausbewohnerinnen ihre Zelte auf der Moorweide im Universitätsviertel, um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Zwei Jahre später wurde zur Untermauerung der Forderung nach einem dritten Hamburger Frauenhaus ein Gebäude im Süderelberaum besetzt, im April 1982 das Wohnungsamt Altona, da es bei der Ausstellung von Dringlichkeitsscheinen für Frauenhausbewohnerinnen zu Schwierigkeiten kam.[30] Das „ausgesprochen zahm[e]"[31] Beharren der Lauenburgerinnen auf dem legalistischen Weg demokratischer Entscheidungsfindung durchbrach dennoch die ungeschriebenen Regeln einer fast vordemokratischen, nichtdiskursiven politischen Kultur. Der partiell gelungene Versuch des Vereins, eine öffentliche Debatte anzufachen, verletzte das Harmoniebedürfnis und wich vom 'klassischen' Weg kommunaler Willensbildung im Lauenburgischen ab.

30 Siehe Angelika Ebbinghaus u.a., Wendepunkte, S. 271, S. 395 und S. 360.

31 Interview mit Kristine Höpcke.

Zweitens mobilisierte er, wie oben ausgeführt, die Öffentlichkeit via Presse. Drittens stellten die Aktivistinnen, wenn möglich, ihre Sicht und

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 373

Argumente in den Gremien vor, nicht zuletzt in der Hoffnung, Vorurteile durch Information und Überzeugungsarbeit überwinden zu können.

Viertens vertraten „Drehpunktpersonen“[32] den Antrag im Kreistag und seinen Ausschüssen. Gerade bei einer auf die Mobilisierung des offiziellen Instanzenzuges ausgerichteten Strategie kam ihnen eine zentrale Bedeutung zu. Solche Personen, die sowohl mit dem politisch-administrativen System wie mit der Initiativgruppe in Interaktion stehen und bei beiden Gehör und Einfluß finden, vermittelten dem Verein, z.T. als seine Mitglieder, zudem ihr in der Praxis erworbenes Wissen zu den lokalen Machtverflechtungen. Die Gründerin und vormalige Vorsitzende von ‘Hilfe für Frauen in Not’, Kirsten Fritze, war z.B. inzwischen sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete. Auch die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit angesiedelt, verfocht das Frauenhaus offensiv in den Gremien, sowie in der Presse und knüpfte dem Verein Kontakte zu Dienststellen auf Landes- und Kreisebene.[33]

‘Hilfe für Frauen in Not’ hatte mit der öffentlichen Finanzierung seiner ehrenamtlichen Beratungsarbeit bereits einen, allerdings eher ‘zähneknirschend’ gewährten, Fuß in der Tür staatlicher Förderungswürdigkeit.[34] Aus der für Initiativgruppen recht günstigen Konstellation eines gewissen, zuvor angestossenen gesellschaftlichen Problembewußtseins, eines weitgehenden öffentlichen Wohlwollens sowie einer Vernetzung zu Kommunalpolitikerinnen heraus begaben sich die Vereinsfrauen allerdings auf jenen „steinigen Acker“, als welchen sich nach Roland Roth die Kommunalpolitik in Hinsicht auf Partizipationsbegehren ‘von unten’ bezeichnen läßt.[35] Offizielles Ziel der kommunalen Selbstverwaltung ist es, die Menschen zur Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten zu aktivieren und damit Demokratie auf der unteren Ebene zu praktizieren. Dieser seit Ende des 19. Jahrhunderts propagierte Gedanke ist allerdings, wie es Kurt Sontheimer formuliert, „mehr Ideologie geblieben als lebendige Praxis geworden“ – es handelt sich bei der Art der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland vor allem darum, ein zusätzliches Element der Machtverteilung und politischen Differenzierung zu besitzen.[36] Wie Politik generell, so ist auch die Kommunalpolitik und insbesondere die ländlicher Gebiete von männlicher Dominanz, von Abwertung und Instrumentalisierung von Frauen gekennzeichnet, hinter den offiziellen Entscheidungswegen „verbergen sich Männer-Seilschaften, Kungelkreise und Stammtische, in denen Machtverhältnisse gründlich vorsortiert werden“.[37]

Gerade in der ländlich-traditionell geprägten politischen Kultur Lauenburgs stellte der Antrag von ‘Hilfe für Frauen in Not’ eine dreifache Provokation dar: Es wurde überhaupt eine Forderung erhoben, zumal eine frauenpolitische, obendrein die nach einem Frauenhaus, dem Symbol für die Existenz und das Ausmaß von Männergewalt in Familien. Die konservativ-freidemokratische Mehrheit im Kreistag und die Verwaltung verwarfen das Vorhaben fast unisono, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten.

Die Vertreter der Verwaltung untermauerten ihr Nein knapp mit der Notwendigkeit des Sparens und dem Hinweis, daß das Land das Gebäude ja kostenlos zur Verfügung stellen könne. Der Dreh- und Angelpunkt

32 So der Begriff Rolf Schwendters, Subkultur, S. 62.

33 Vgl. Marion Schulz, Arbeit, S. 66f.

34 Kommunalverwaltungen bevorzugen die Zusammenarbeit mit Gruppierungen, die kontinuierlich tätig sind und mit denen sie bereits einschlägige Erfahrungen sammeln konnten. Forderungen durchzusetzen ist prinzipiell einfacher, wenn bestimmte Leistungsverpflichtungen bereits festgeschrieben sind. Vgl. Bertold Becher, Hilfe- und Initiativgruppen, S. 137.

35 Roland Roth, Kommune, S. 409.

36 Kurt Sontheimer, Grundzüge, S. 259ff., Zitat S. 259.

37 Mechtild Jansen, Feminismus, S. 46.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 374

ihrer Argumentationslinie war das Postulat eines mangelnden Bedarfes, welches von der CDU aufgenommen wurde. In Verwaltungsvorlagen, in den Gremien und im Briefwechsel des Kreises mit dem Land entspann sich ein eigentümlicher Diskurs um eine aus dem Protokoll einer Sitzung zur Frauenhausfinanzierung gestrichenen Passage, in welcher es hieß, daß der Bedarf an Frauenhäusern in Schleswig-Holstein derzeit, bis auf einige regionale Lücken, gedeckt sei. Verwaltung und konservative Kommunalpolitik beriefen sich wiederholt auf diesen Passus, der Verein setzte lakonisch entgegen, daß der Kreis eben eine der gemeinten Lücken sei. Die Bewertung einer Lücke fiel offenbar weit auseinander. Für die Verwaltung wies eine solche Lückenhaftigkeit allein darauf hin, daß der Bedarf ja prinzipiell gedeckt ist, ergo kein Handlungsbedarf für die kommunale Sozialpolitik besteht. 'Hilfe für Frauen in Not' sah hingegen gerade diese Lücke als Anstoß zum Handeln an, als Aufforderung, sie endlich zu schließen.[38]

Die Union ergänzte die sozialamtliche Argumentationslinie des Nein durch ein allgemeines Bekenntnis zur Hilfe für mißhandelte Frauen und durch einen Alternativvorschlag. Die Partei, auf Wiederwahl angewiesen, wollte offenbar die weitgehende positive Resonanz im öffentlichen Raum nicht völlig unberücksichtigt lassen, im Kern zugleich nicht nachgeben. Der Forderung nach einem Frauenhaus hatte die christdemokratische Fraktion schon seit 1991 das Konzept einer dezentralen Unterbringung entgegengesetzt. Zufluchtsuchende Frauen sollten in einzelnen, über den Kreis verstreuten Wohnungen kurzfristig einquartiert werden. „Im Gegensatz zu einer zentralen Betreuung in einem Frauenhaus", so erläuterte die christdemokratische Fraktion, werde dann „nicht der Eindruck aufgebaut, eine Frau in Not zu sein".[39] 'Hilfe für Frauen in Not' sollte in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt die Betreuung der Frauen übernehmen. Diese unabgesprochene Vereinnahmung wies der Vorstand des Vereins entschieden zurück. Seine Einwände als auch die der Polizei, die Sicherheit der vereinzelt untergebrachten Frauen vor ihren Männern könne keinesfalls gewährleistet werden, ließen die Christdemokraten und Christdemokratinnen stets unbeantwortet und hielten dessen ungeachtet an ihrem Vorschlag fest. Er wurde als Gegenprojekt zu einem Frauenhaus kontinuierlich ins Gespräch gebracht, ohne sich je einer Realisierung anzunähern.

Die lauenburgischen Liberalen waren zu dieser Zeit über die Frage ihres Verhältnisses zur CDU zerstritten. Während ihre Vorsitzende und die drei Abgeordneten des Kreistages eher zur Union standen, verlangte die Basis eine größere Distanz und eigenständigere Politik.[40] Wohl nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gestaltete sich die kaum ausformulierte Position der FDP zu einem 'Wackelkurs'. Zunächst stimmte ihre Fraktion gegen das Frauenhaus, später scherte sie aus dieser 'Koalition' aus.

2. Vorentscheidungen. Um die Kontroverse um das Frauenhaus transparenter zu machen, sei zunächst ein kurzer und auf den Gegenstand vorliegender Arbeit zugeschnittener Blick auf die offiziellen Entscheidungsstrukturen und auf informelle Faktoren in der Willensbildung des Kreises geworfen.[41]

Die Selbstverwaltung wird durch den Kreisausschuß geleitet, d.h. durch das von der Volksvertretung (Kreistag) gewählte Lenkungsorgan

38 Vgl. Vorlage des Kreissozialamtes für den Sozial- und Gesundheitsausschuß vom 27.11.1992, S. 2, in: GS-HFN, Schreiben des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' vom 8.12.1992, in: GS-HFN, Protokoll der Kreistagssitzung am 17.12.1992, Anlage 2, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, S. 13, in: BK-KT und den Schriftwechsel zwischen Kreis und Land, in: KSA-FH/2.

39 Ergänzungsvorlage der CDU-Fraktion für die Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 3.2.1993, in: GS-GA.

40 Vgl. Lübecker Nachrichten vom 6.3.1993.

41 Zum Formal-Juristischen schleswig-holsteinischer Kreisselbstverwaltung vgl. Klaus-Dieter Dehn, Grundlagen, passim und auf den Kreis Herzogtum Lauenburg bezogen Bogislav von Zitzewitz, Kreise, passim.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 375

des Landkreises. Als eine Art 'Regierung' entscheidet der Kreisausschuß über alle wichtigen Fragen, sofern sie nicht im Kreistag selbst behandelt werden. Den Ausschußvorsitz führt der Landrat als Wahlbeamter, welcher zugleich als Leiter der Kreisbehörden amtiert und dessen Tätigkeit durchaus politisch orientiert ist[42]. Als das Frauenhaus zur Diskussion stand, wurde er vom Kreistag, in Zukunft wird er in direkter Wahl vom Volk gewählt. Der hier seit über zwei Jahrzehnten amtierende dienstälteste Landrat Schleswig-Holsteins gehört der CDU an. Wenn er auch in der Kontroverse eher am Rande in Erscheinung trat, so ist doch davon auszugehen, daß die ihm unterstehende Verwaltung in seinem Sinne handelte, da politische Auseinandersetzungen zu erwarten waren.[43]

42 Bogislav von Zitzewitz, Kreise, S. 37.

Ein üblicher Gang eines Antrages sieht in der Kreispolitik in etwa so aus: Zunächst befaßt sich das jeweils für zuständig erklärte Amt der Verwaltung mit dem Begehren und prüft es. Die Behörde arbeitet Beschlußvorlagen aus, die der nächsten mit dem Antrag befassten Instanz, dem jeweiligen Fachausschuß vorgelegt werden. Seine Mitglieder wiederum empfehlen dem Kreisausschuß oder dem Kreistag ein Ja oder Nein. Da die Fachbehörden in den meisten Sachfragen über einen Informationsvorsprung gegenüber den Ausschußmitgliedern verfügen, neigen diese dazu, sich dem Urteil der Verwaltungsexperten anzuschließen. Politische Entscheidungen werden auf diese Weise von Bürokratien im Sinne einer Bestätigung und Weiterentwicklung des Status quo vorgeprägt, „innovatorische und intersektoral verändernde Politik wird so entscheidend behindert:"[44] Bei unbedeutenderen oder weniger umstrittenen Fragen tendieren die Abgeordneten der Volksvertretung ihrerseits dazu, sich dem Votum der Fachausschußmitglieder anzuschließen, die sich „quasi zu Experten für ihren Politikbereich entwickeln".[45]

43 So stellt eine Einführung in die Kommunalpolitik fest: „Handelt es sich um Routineangelegenheiten, so arbeiten die Ämter mehr oder weniger selbständig. Ist eine politische Auseinandersetzung […] zu erwarten, so wird die Vorarbeit der Verwaltung durch die Dezernenten bzw. durch den Verwaltungschef bestimmt." Wolfgang Gisevius, Leitfaden, S. 76.

44 Dietrich Thränhardt, Korporatismus, S. 17.

45 Hiltrud Naßmacher, Aufgaben, S. 183.

Trotz aller vorentscheidenden Macht von Verwaltung und Ausschüssen spricht der vom Volk gewählte Kreistag das letzte Wort; er kann Entscheidungen bei entsprechender Mehrheit jederzeit an sich ziehen. Die überwiegend männlichen Abgeordneten des lauenburgischen Kreistages gehörten den Fraktionen der CDU, SPD, FDP und der Grünen an. Konservative und Liberale verfügten im Kreistag und damit auch in seinen Ausschüssen über eine Mehrheit und arbeiteten in der Regel zusammen. Blieb die Arbeit von Kreistagen noch stärker verhandlungs- statt konkurrenzdemokratischen Idealen verpflichtet als der Bundestag und die Länderparlamente,[46] so war allerdings gerade in der höchst umstrittenen Frage des Frauenhauses die parteipolitische Zugehörigkeit der Debattierenden und Abstimmenden von entscheidender Bedeutung.

46 Die Kreistage waren ursprünglich als 'unpolitische', an Sachentscheidungen orientierte Honoratiorenversammlungen konzipiert. Zur Parteipolitisierung und Parlamentarisierung von Kommunalpolitik vgl. Roland Roth, Kommune, passim, von Kreispolitik und zur Arbeitsweise von Kreistagen, vgl. Herbert Schneider, Kreispolitik, passim.

Zur vorentscheidenden Instanz der Verwaltung wurde das Sozialamt des Kreises bestimmt, womit dem Willensbildungsprozess bereits das Flußbett einer sozialpolitischen Entscheidung vorgegeben war: Das Delegieren der Frauenhausfrage an dieses Amt reduzierte Gewalt gegen Frauen auf ein individuelles Problem, das mit dem Instrumentarium des Sozialrechts angegangen werden kann, da das Strukturmerkmal von Sozialbehörden eben die Unterstützung von sozial schwachen Einzelpersonen ist.[47] Eine denkbare Alternative wäre es gewesen, die Beschlußvorlagen von der Fachfrau innerhalb der lauenburgischen Verwaltung ausarbeiten zu lassen, der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises, de-

47 Vgl. Berthold Becher, Hilfe- und Initiativgruppen, S. 137.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 376

ren Amt es ist, die Diskriminierung von Frauen abzubauen. Das allerdings wäre, wie auch vorauszusehen war, eine Vorentscheidung für das Frauenhaus gewesen.

Der im November 1992 ausgearbeitete Beschlußentwurf der Sozialbehörde empfahl, daß der ihr beigeordnete Sozialausschuß sein Votum zuungunsten des Frauenhauses abgibt. Die Vorlage war in einer knappen bürokratischen Sprache formuliert, ignorierte durch die Beschränkung auf die in den Sozialakten erfaßten Fälle das Ausmaß der häuslichen Gewalt und ließ die konkreten Lebensbezüge der betroffenen Frauen vollkommen außer acht. Vor dem Hintergrund der an Verfahrensabläufen und Aktenkundigkeit ausgerichteten Orientierungsachse 'Fall-Nichtfall' kamen die Behördenvertreter zu dem Schluß, daß die Kosten von etwa 250000 DM sowie mögliche Folgekosten in Anbetracht der finanziellen Situation des Kreises und des nicht vorhandenen Bedarfs „nicht tragbar" seien:

„Unter Berücksichtigung der seit 1990 erfaßten Frauenhausaufnahmen wird die Notwendigkeit zur Einrichtung eines Frauenhauses im Kreis nicht gesehen, da notwendige Frauenhausaufnahmen bisher problemlos über andere Frauenhäuser erfolgt sind."[48]

Da die Verwaltung weder Kontakt zum Verein aufgenommen hatte, um die Bedarfsfrage umfassend zu klären noch die Gleichstellungsbeauftragte konsultierte, stellten diese ihre Sicht in Gegengutachten vor.[49] Aus der Praxis ihrer Beratungsarbeit ergänzten die Vereinsfrauen die Zahlen des Sozialamtes: Zu jeder der in den Akten erfaßten 21 Frauen, deren Aufenthalt in einem auswärtigen Frauenhaus von Sozialhilfe finanziert wurde,[50] war demnach noch mindestens ein Kind hinzu zu rechnen. Insgesamt verzeichnete die Beratungsstelle 32 Frauen, die in einer akuten Gefahrensituation ihre Wohnung sofort verlassen wollten. Dreizehn von ihnen seien bei ihrem gewalttätigen Partner verblieben, weil sie den Kreis nicht verlassen konnten.

„Wenn eine Frau und ihre Kinder wegen einer schwer bedrohlichen Situation von zu Hause fort gehen, möchten sie in der Regel weder das gesamte soziale Umfeld noch ihren Arbeitsplatz und/oder ihre Schule aufgeben. Schon deshalb ist der Verweis auf die problemlose Aufnahme in Frauenhäusern außerhalb des Kreises falsch. Andere Frauenhäuser sind z.T. ständig überfüllt, und schon deshalb kann nicht von problemloser Aufnahme gesprochen werden."[51]

Ein dreifacher Widerstreit charakterisiert den sich anschließend um die Vorlage rankenden Prozeß der Willensbildung. Auf der inhaltlichen Ebene wurde darüber gestritten, ob Verein oder Sozialamt als die kompetente Institution zur Klärung der Bedarfsfrage anzusehen sei und ob dem Sparargument Geltung eingeräumt werden solle. Auf der Ebene des Verfahrens rangen Befürworter/innen und Gegner/innen darum, ob die Frage öffentlich oder im 'closed shop' verhandelt wird. Dahinter stand auf der Ebene der dem Konflikt zugrundeliegenden Werthaltungen, die nach wie vor unterschwellige Auseinandersetzung, wie familiäre Männergewalt wahrgenommen und bewertet wird: Sollte sie, da sie ein schwerwiegendes und zum Handeln aufforderndes Problem darstellt, als öffentliche Angelegenheit behandelt werden, oder handelt es sich bei ihr um Verfehlungen Einzelner, die zwar bedauerlich sind, aber nicht die

48 Vorlage des Kreissozialamtes für den Sozial- und Gesundheitsausschuß vom 27.11.1992, S. 2, in: GS-HFN.

49 Stellungnahme der Gleichstellungsstelle zum Antrag des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' vom 4.12.1992, in: GS-FH und Schreiben des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' vom 8.12.1992, in: GS-HFN.

50 Siehe die Vorlage des Kreissozialamtes für den Sozial- und Gesundheitsausschuß vom 27.11.1992, in: GS-HFN.

51 Schreiben des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' vom 8.12.1992, in: GS-HFN; Zahlen ebd.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 377

Eröffnung einer Debatte und eines Frauenhauses rechtfertigen?

Entsprechend der Zuständigkeit des Sozialamtes hatte der Sozial- und Gesundheitsausschuß und nicht der ohnehin recht bedeutungslose Gleichstellungsausschuß über die Beschlußvorlage der Behörde zu befinden. Anfang Dezember 1992 stimmte der Sozialausschuß mit vier zu drei Stimmen der Verwaltungsvorlage zu, empfahl also, das Haus nicht zu erwerben. War das Ergebnis der Abstimmung eindeutig, so gestaltete sich der Verlauf der Sitzung zu einem kleinen Skandal, welcher durch die Pressearbeit des Vereins auch das Interesse der Lokalzeitungen fand und damit zum Gegenstand alltäglicher Gespräche geworden sein dürfte.[52] Worum ging es? Die öffentliche Diskussion des TOP 'Frauenhaus' war für 17 Uhr angekündigt, zuvor sollte unter Ausschluß der Öffentlichkeit über Widersprüche in Sozialhilfeangelegenheiten entschieden werden. Die Vorstandsfrauen, die zur Sache Stellung nehmen wollten, warteten im Büro der Gleichstellungsbeauftragten darauf, daß nach Abschluß des nichtöffentlichen Teils das Schild 'Sitzung bitte nicht stören' von der Tür abgenommen würde. Zwei christdemokratische Abgeordnete verließen aufgrund anderweitiger Verpflichtungen die Sitzung während der zweiten Hälfte. In genau der zweiten Hälfte sollte jedoch über die Kaufempfehlung entschieden werden. Da die CDU in ihrer Fraktion beschlossen hatte, den Ankauf abzulehnen, fürchtete sie nun eine Abstimmungsniederlage: „Und daß wir mit unserer Meinung", so ein christdemokratischer Abgeordneter später dazu, „am Ende nicht unterliegen wollten, das kann sich ja wohl jeder vorstellen".[53] Die CDU beantragte daher, den TOP 'Frauenhaus' vorzuziehen, und setzte dies – entgegen dem Kommunalrecht – mit einfacher Mehrheit durch. Ein grüner Abgeordneter benachrichtigte die Wartenden von der Vorverlegung, als sie eintrafen, stand das Frauenhaus jedoch bereits zur Abstimmung. Sie waren de facto von der eigentlich öffentlichen Sitzung ebenso ausgeschlossen wie die interessierte Öffentlichkeit und die Presse. Als der Verein sich deswegen beim Landrat beschwerte und mit einer Klage drohte, beschränkte sich seine Intervention auf die Zusage, die Vorlage des Sozialamtes an alle Kreistagsabgeordneten verteilen zu lassen.[54]

In einer Resolution prangerten der Verein und andere Frauen den Sitzungsverlauf unter der Überschrift „Keine demokratischen Rechte für Frauen" an. Dieser Titel deutete die feministische Definition der Verfassungswirklichkeit als Androkratie und damit die grundsätzlichste Kritik an den Strukturen lauenburgischer Kommunalpolitik an, die von 'Hilfe für Frauen in Not' bis zur Eröffnung des Frauenhauses öffentlich geäußert wurde. Der Sozialausschuß habe, so hieß es weiter, „ohne jede Sachkenntnis" gegen das Frauenhaus entschieden, da die unbestrittene Kompetenz des Vereins zum Bereich Gewalt gegen Frauen bewußt mit einem „schmutzigen Trick" ausgeschlossen worden sei:

„Mißhandelte Frauen und ihre Kinder und vergewaltigte Mädchen und Frauen werden in diesem Kreis auf verächtliche Weise im Stich gelassen."[55]

Die Sitzungsleiterin, zugleich langjährige Vorsitzende der Frauenunion des Kreises und prononcierte Antagonistin des Vereins seit Gründung (Vgl. B.III.1.), verwahrte sich in der Presse gegen die Vorwürfe „verbrämte[r] Ideologen": Die CDU und die anderen Parteien

52 Vgl. zum Sitzungsverlauf das kurze, wenig aussagekräftige Protokoll der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 8.12.1992, in: BK-SGA/90-94, als auch die Resolution 'Keine demokratischen Rechte für Frauen', in: GS-FH, die Ausführungen des Kreispräsidenten und die Diskussion der Abgeordneten in der Sitzung des Kreistages vom 17.12.1992, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, in: BK-KT sowie die Presseberichtserstattung: Schwarzenbeker Tageblatt vom 10.12.1992, Lübecker Nachrichten vom 11. und 17.12. 1992.

53 Protokoll der Kreistagssitzung am 17.12.1992, Anlage 2, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, S. 8, in: BK-KT.

54 Interview mit Kristine Höpcke.

55 Die Resolution 'Keine demokratischen Rechte für Frauen' ist enthalten in: GS-FH. Teile daraus wurden am 17.12.1992 von den Lübecker Nachrichten abgedruckt.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 378

wären in der Sache gar nicht so weit auseinander, für ihre Partei stehe die Notwendigkeit einer Art von Frauenhaus gar nicht in Frage. Die 'Hauslösung' sei jedoch zu teuer, die CDU werde im nächsten Jahr Vorschläge für eine Interimslösung machen,[56] gemeint war eine dezentrale Unterbringung.

56 Lübecker Nachrichten vom 11.12.1992, Zitat ebd.

Obwohl die Empfehlungen eines Ausschusses keine bindende Wirkung haben, traten die Christdemokraten und Christdemokratinnen – das ist das Ergebnis des Sitzungsverlaufes – der Einrichtung eines Frauenhauses frühzeitig und auf allen Ebenen entgegen. Was in nichtöffentlichen Sitzungen verhandelt wird, vollzieht sich im Verborgenen: „Erst, wenn es in der Zeitung gestanden hat, bekommt ein lokales Thema die Chance, bei vielen Menschen zum Gespräch zu werden".[57] Der Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint auch als ein, wenn auch gescheiterter, Versuch, das durch den Antrag durchbrochene Schweigen über Männergewalt soweit als möglich wieder herzustellen, das in das Rampenlicht der Öffentlichkeit geratene Thema wieder in die 'Hinterzimmer' der politischen Tradition zu verbannen.

57 Wolfgang Gisevius, Leitfaden, S. 85.

3. Das zweifache Nein des Kreistages. In Reaktion auf die „Aushebelung der Öffentlichkeit"[58] und das Scheitern des Antrags im Sozialausschuß brachten ihn Sozialdemokraten und Grüne, wenn auch getrennt, in die Volksvertretung ein. Auf die Weise wurde dem hinter verschlossenen Türen tagenden Kreisausschuß die Entscheidung entzogen und das Frauenhaus endgültig zu einem Politikum gemacht. Durch die Behandlung des Themas im Kreistag wurden die Kommunikation und die Standpunkte zum Frauenhaus für die Öffentlichkeit (und die Verfasserin) transparent. Zugleich konnte die Opposition für ihre „politische Schwerpunktsetzung in den Finanzen"[59], mithin um Wählerinnen werben. Ein Frauenhaus durchzusetzen und die „soziale Kälte"[60] von Christdemokraten und Liberalen dem Publikum vorzuführen, ging Hand in Hand.

58 So ein SPD-Kreispolitiker, zitiert nach Lübecker Nachrichten vom 11.12.1992.

59 So eine SPD-Kreispolitikerin, zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 16.12.1992.

60 Aus einem Pressegespräch der SPD-Fraktion nach der Ablehnung des Frauenhauses im Kreistag, zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 29.12.1992; vgl. auch den Artikel der Lübecker Nachrichten vom 3.1.1993 zu diesem Pressegespräch.

Am 17. Dezember 1992, der letzten Sitzung vor Weihnachten, debattierten die Abgeordneten des Kreistages gegen Ende der langwierigen Haushaltsberatungen den Ankauf des Frauenhauses und lehnten ihn mehrheitlich ab. Die Lektüre des Wortprotokolls zum Thema Frauenhaus hinterläßt den Eindruck eines weitgehenden aneinander Vorbeiredens. Die Positionen der Parteien standen, wie in den meisten anderen Haushaltsfragen, von vornherein fest. Sozialdemokraten und Grüne argumentierten aus der Minderheitenposition offensiv für das Projekt, CDU und FDP reagierten defensiv, eine tiefergehende Auseinandersetzung meidend. Der Bruch des öffentlichen Schweigens zu familiärer Männergewalt auf der einen, ein Zurückweichen davor auf der anderen Seite bot eine zu schmale Diskussionsgrundlage, um auch die hinter Pro und Contra stehenden widerstreitenden Werthaltungen zu verhandeln. Aus einer diskurstheoretischen Perspektive beschreibt Max Miller die letztendliche Absurdität einer derartigen Auseinandersetzung: Wenn es in Konflikten nicht gelingt, sich zu verständigen, worüber gestritten wird, sei die Sprache ohnmächtig, die Beteiligten könnten Kommunikation genausogut bleiben lassen. Denn offenbar könnten sie „endlos miteinander streiten und würden dennoch nicht einmal eine Verständigung über das Strittige hinsichtlich ihres Streites erzielen".[61]

61 Max Miller, Rationaler Dissens, S. 37.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 379

Entsprechend der kommunikativen Situation bildete die heftige und verbissen geführte Kontroverse über die Sitzung des Sozialausschusses eine Art kleinsten Nenner der Debattierenden, so daß selbst die Frage, „ob der Kreis ein Frauenhaus will, ja oder nein",[62] streckenweise unterging. Die beiden längeren der drei Beiträge männlicher Befürworter des Frauenhauses vermittelten, daß sich auch und gerade Männer, die sich für frauenspezifische Anliegen einsetzen, in eine ungewohnte Situation versetzt sehen und sich auf einem unsicheren Terrain bewegen. Ein grüner Abgeordneter näherte sich vorsichtig dem Thema Männergewalt an:

„Ich meine, wir sprechen hier über Frauen, die in Not geraten sind, die zu Hause aus bestimmten Gründen ausziehen wollen oder sich in andere Wohnverhältnisse begeben wollen mit ihren Kindern, weil sie ganz einfach die Situation zu Hause nicht vertragen können."[63]

Ein Abgeordneter der SPD rechtfertigte sich dafür, überhaupt zu sprechen, mit den Worten: „man soll sich als Mann bei Frauenthemen ja zurückhalten".[64] Er fuhr fort, daß ihm auffalle, „daß zumindest hier im Kreistag die Frauen, ganz besonders die Frauen, nein, ausschließlich die Frauen einer Fraktion, sehr unsolidarisch untereinander sind. Das ist ein Phänomen, über das ich immer wieder erstaunt bin […], da funktioniert die Fraktionsdisziplin, aber das Herz bleibt außen vor."[65]

Hinter der Kritik an den Christdemokratinnen steht ein Frauenbild, welches Frauen, da sie mehr 'Herz' als Männer haben sollten, darauf verpflichtet, den Parteienhader zu überwinden. Weite Teile der Frauenbewegung teilen dieses Ideal von Frauensolidarität, welches Frauen allerdings in dem Anspruch, die 'besseren Menschen' zu sein, fast sein zu müssen, festhält.

Die Befürworter und Befürworterinnen, die im Kreistag sprachen, verfolgten drei Argumentationslinien, die zusammengenommen eine eigentümliche Architektur aus pragmatisch-praktischen Erörterungen, feministischen Begründungen und Berufung auf ländlich-traditionelle Werte bildeten. Erstens könne der Bedarf für ein Frauenhaus nicht übersehen werden, es sei „schon merkwürdig" diesen überhaupt begründen zu müssen, wenn Polizei und verschiedene Behörden sich deutlich für die Einrichtung aussprechen.[66] Der Kreis, welcher sich gerade ein neues Verwaltungsgebäude baue, „leistet es sich als eine sogenannte regionale Lücke, kein Frauenhaus in den Haushalt einzustellen, […] weil […] wir ja sparen müssen".[67] Und das trotz der besonders günstigen Konditionen durch das Entgegenkommen der Finanzministerin. Dabei bleibe das Gebäude „ja Eigentum des Kreises", und die Mietzahlungen des Vereins würden dazu beitragen, den Kredit zu tilgen, welchen der Kreis für die Investition aufnehmen müßte[68]. Zweitens seien diese Kosten nun einmal durch die Gesellschaft verursacht und müssten also auch von ihr getragen werden; wie es ein Skandal sei, daß es kein Frauenhaus gibt, so sei es ein Skandal, überhaupt eines zu brauchen:

„Es könnte jetzt das Argument kommen, ja wenn wir so ein Haus einrichten, das bringt ja Folgekosten. Ich kann diesen Begriff nicht mehr hören. Daß es Frauenhäuser geben muß, sind Folgen unserer strukturellen Gewalt in der Gesellschaft."[69]

Drittens wurden für den Verein die öffentlichen Tugenden der Kompetenz, der Hilfsbereitschaft und der Ehrenamtlichkeit in Anspruch ge-

62 So der Einwand einer Kreistagsabgeordneten, Protokoll der Kreistagssitzung am 17.12.1992, Anlage 2, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, S. 13, in: BK-KT.

63 Ebd., S. 14.

64 Ebd., S. 15.

65 Ebd., S. 15.

66 Ebd., S. 1.

67 Ebd., S. 2. Für den Neubau der Kreisverwaltung wurden 26 Millionen DM eingeplant, die Kosten für das Frauenhaus beliefen sich also in etwa auf 1 vH dieser Summe.

68 Ebd., S. 5 und S. 13.

69 Ebd., S. 5.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 380

nommen und diese den Gegnern und Gegnerinnen implizit abgesprochen. Das Sozialamt sahen die Fürsprecher/innen als nicht fähig oder willens an, die Situation von betroffenen Frauen sachgerecht zu beurteilen, vielmehr liege die Fachkompetenz dafür bei 'Hilfe für Frauen in Not'. Ein Frauenhaus sei eine lange geforderte, sinnvolle und notwendige „Ergänzung" der über Jahre geleisteten ehrenamtlichen Arbeit des Vereins,[70] welcher „dieses doch nicht so schöne, ja, Feld der Sozialpolitik […] beackert"[71]. Diese Arbeit sollte von der das Ehrenamt hochhaltenden Selbstverwaltung honoriert werden, damit die Frauen nicht „alleine im Regen" stehen[72].

Die CDU – die FDP enthielt sich ausnahmslos der Rede – äußerte sich, auf der konservativ-liberalen Ablehnungsmehrheit ruhend, deutlich seltener und wesentlich kürzer als die 'Opposition'. Elf Wortmeldungen für stehen fünf gegen das Projekt gegenüber. Insgesamt sprachen die Befürworter/innen etwa doppelt so lang wie die Gegner/innen, wobei der längste ablehnende Beitrag etwa eineinhalb Seiten des Wortprotokolls ausmacht, der längste befürwortende etwa vier Seiten. Gewalt gegen Frauen verschwand in den Redebeiträgen der CDU-Fraktion hinter Tabuworten und Formulierungen wie „Frauen in schwierigen Situationen, schwierigen Lebenslagen"[73], sofern eine Nennung nicht zu vermeiden war. Das 'Nein' zum Ankauf wurde von ihren Abgeordneten kaum diskursiv verteidigt, der jahrzehntelang im Stil von Honoratioren 'regierenden' CDU war eine argumentative Auseinandersetzung, eine Legitimation ihrer Politik eher ungewohnt.[74] Nach den detaillierten Plädoyers für ein Frauenhaus von Kirsten Fritze und der Gleichstellungsbeauftragten meldete sich ein christdemokratischer Abgeordneter zu Wort. Er bedankte sich bei Kirsten Fritze „für die klare Ausführung und Klarstellung der Problematik"; ihre Aussagen teile die CDU „voll und ganz".[75] Daraufhin sprach der Abgeordnete ausführlich über die umstrittene Sozialausschußsitzung, in deren Verlauf insbesondere eine Sozialdemokratin und eine Christdemokratin involviert waren. Der Redner wollte nun den beiden Frauen „ein wenig Hilfestellung geben"; deshalb wäre er froh, „daß ich als Mann hier mal zu diesen Frauen sprechen darf".[76] Er erklärte ihnen mit einem geduldigen Gestus der Überlegenheit den Sitzungsverlauf, der habe eben so organisiert werden müssen, um die konservativ-liberale Mehrheit zu sichern. Seine Argumentation zum eigentlichen Thema beschränkte sich auf das auszugsweise Verlesen der Vorlage des Sozialamtes. Eine kurze Bemerkung folgte, daß die Kosten tatsächlich nicht tragbar seien, zumal sie „garantiert" noch steigen würden.[77] Zum Abschluß betonte der Redner, daß er aber zustimme, „daß wir da was machen müssen, und die CDU-Fraktion wird was machen. Anfang des Jahres 1993 wird sie einen entsprechenden Vorschlag einreichen, der dann entsprechend diskutiert werden muß. Wir auf jeden Fall bleiben bei unserer Haltung, so wie es in der Fraktion diskutiert worden ist, und Anfang des Jahres müssen wir dann weitersehen."[78]

Eine Fraktionskollegin stellte einleitend im Namen ihrer Partei fest, daß Frauenhäuser notwendig sind, um fortzufahren, der Bedarf an Frauenhausplätzen in Schleswig-Holstein sei allerdings gedeckt. Da der Kreis somit kein Frauenhaus brauche, wolle die Union anderweitige Vorschläge erarbeiten, „die unter Umständen kurzfristig eine dezentrale

70 Ebd., S. 7.
71 Ebd., S. 3.
72 Ebd., S. 12.
73 Ebd., S. 14.
74 Zu dieser Einschätzung: Interview mit William Boehart.
75 Protokoll der Kreistagssitzung am 17.12.1992, Anlage 2, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, S. 7, in: BK-KT.
76 Ebd., S. 7.
77 Ebd., S. 9.
78 Ebd., S. 9.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 381

Unterbringung ermöglichen hier im Kreis Herzogtum Lauenburg".[79] Von der Lokalpresse angekündigt – „Der Landrat will heute zum Thema im Kreistag eingreifen" – ergriff der Verwaltungsleiter zum Ende der Debatte das Wort.[80] Als er zu Beginn seiner Rede zu einer Verteidigung des Sozialamtes und der umstrittenen Beschlußvorlage ansetzte, wurde er von einem sozialdemokratischen Abgeordneten unterbrochen. Der Einwurf monierte, daß dem Sozialamt der Verein „sicherlich bekannt" sei, und daß es, um zu präziseren Zahlen der von Gewalt betroffenen Frauen zu kommen, „das Telefon benutzen kann". Die Reaktion des Landrats beschränkte sich auf die Frage, „ob Ihnen bekannt ist, welche Telefonnummern es gibt". Der Landrat nahm anschließend den von den Befürworter/innen begonnenen Diskurs über die öffentlichen Tugenden kurz auf und konzedierte, daß er sich in einem Gespräch mit der Vorsitzenden davon überzeugt habe, daß 'Hilfe für Frauen in Not' „sehr wertvolle ehrenamtliche Arbeit" leiste. Er zog jedoch keineswegs die eingeforderte Konsequenz, der Wertschätzung eine Unterstützung der Forderung folgen zu lassen. Vielmehr fürchtete er, daß der Kreis dann für „Hamburger Klientel" die Sozialhilfe zu zahlen habe und vertrat den Standpunkt:

„Es ist ein Haus des Landes Schleswig-Holstein. Und wenn, meine Herren und Damen von der SPD-Fraktion, es der Wille der SPD war, ein Frauenministerium einzurichten und hier einen besonderen Akzent zu setzen (Zwischenrufe), […] dann mag diese Liegenschaft für diesen Zweck einem solchen Verein zur Verfügung gestellt werden. […] Das ist also keinesfalls die alleinige Aufgabe des Kreises, sondern es ist eine allgemein öffentliche Aufgabe, sich mit diesem Problem Frauen in Not zu befassen."[81]

In der auf die Rede des Landrats folgenden Abstimmung wurde der Ankauf mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Vom christdemokratischen Sitzungsleiter als an der Grenze zur Beleidigung beanstandet, gab daraufhin ein sozialdemokratischer Abgeordneter ein Statement ab. Er sehe den Verlauf der Sitzung als unterlassene Hilfeleistung und damit als eine subtile Form der Gewalt gegen Frauen an.[82]

Nach der Niederlage im Kreistag versuchten die Vereinsfrauen, das Kostenargument gegen des Frauenhaus in eine Waffe umzuschmieden. Um möglichst viele Institutionen dazu zu bewegen, Druck auf die Gremien des Kreises auszuüben, verschickten sie Unterlagen zur Entscheidungsfindung, u.a. an schleswig-holsteinische Sozialämter, die Hamburger Sozialbehörde, schleswig-holsteinische und Hamburger Frauenhäuser.

„Wir möchten Ihnen mit den beigefügten Anlagen zur Kenntnis geben, wie der Kreis Herzogtum Lauenburg 'problemlos', d.h. auf Kosten der umliegenden Kreise und Städte, in denen es Frauenhäuser gibt, das Problem der Gewalt in Familien löst."[83]

Im März 1993, wenige Tage bevor die Schwarzenbeker Stadtverordneten sich zum Kauf entschlossen, befaßte sich der Lauenburger Kreistag noch einmal mit dem Hauskauf.[84] Ein kompliziertes Gefüge von Anträgen stand zur Abstimmung. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, daß sich der Kreis „zu seiner sozialen Verantwortung, mißhandelten Frauen und Kindern zu helfen" bekennt, die jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit des Vereins anerkennt und unterstützt, die dringende

79 Sie führte diese mittelfristige Lösung nicht näher aus. Ebd., S. 13.

80 Bergedorfer Zeitung vom 17.12.1992.

81 Rede des Landrates und der Wortwechsel: Protokoll der Kreistagssitzung am 17.12.1992, Anlage 2, Wortprotokoll der Beiträge zum Thema Frauenhaus, S. 17 und S. 18, in: BK-KT.

82 Ebd., S. 21.

83 Rundschreiben des Vereins 'Hilfe für Frauen in Not' vom 9.1.1993, in: V-FHA.

84 Vgl. zu der Sitzung das Protokoll der Kreistagssitzung vom 18.3.1993, in: BK-KT und den Bericht der Lübecker Nachrichten vom 20.3.1993.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 382

Notwendigkeit eines Frauenhauses feststellt und das Haus erwirbt.[85] Die kommunalen Ableger der Oppositionsparteien im Landtag, CDU, FDP und Grüne, initiierten gemeinsam, die Landesregierung aufzufordern, das Gebäude kostenlos zur Verfügung zu stellen. Über das bloße Delegieren der Verantwortung hinausgehend, reichten die Grünen einen Zusatzantrag ein: Ignoriert das Land die Aufforderung, kauft der Kreis die Immobilie. Die SPD, zu einer gewissen Rücksichtnahme auf 'ihre' Landesregierung verpflichtet, versuchte in der – nur von der Presse überlieferten – Debatte deren Politik zu rechtfertigen: Der Landesrechnungshof stehe nun einmal einem 'Verschenken' im Wege.[86] Die Abgeordneten kamen in ihrer Abstimmung zu einer paradoxen Standpunktbestimmung des Kreises, die in eine alltägliche Situation übersetzt in etwa lauten würde: Ich werde Dir helfen, aber wende Dich bitte an jemand anderen. Einstimmig bekannte sich der Kreistag zu all dem, was unverbindlich ländlichen Idealen entspricht, d.h. zur sozialen Verantwortung des Kreises, zur Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit und zur Unterstützung des Vereins. Die Dringlichkeit eines Frauenhauses, mithin der Kauf des Gebäudes, wurde hingegen verneint, stattdessen das Land aufgefordert, die Liegenschaft 'Hilfe für Frauen in Not' zu überlassen. Der von CDU, FDP und Grünen initiierte Appell wurde nun auch von der SPD mitgetragen und bei nur einer Enthaltung angenommen. Da allein die CDU-Fraktion gegen das Frauenhaus votierte, wurde der Kauf nicht durch Mehrheit, sondern durch Patt abgelehnt. Der Entschluß kam allein deshalb zustande, weil Kirsten Fritze als Vorstandsmitglied des Vereins wegen Befangenheit ausgeschlossen wurde[87] und ein Abgeordneter der CDU gerade nicht ausgeschlossen wurde. Sowohl in der vorhergehenden Kreistagssitzung als auch später als Schwarzenbeker Volksvertreter war er ebenfalls befangen, da seine Firma Interesse am Kauf des Gebäudes bekundet hatte. In dieser Sitzung erklärte er jedoch, daß seine Firma vom Erwerb Abstand genommen habe und stimmte mit ab.[88]

III. Der Weg zum Ankauf durch die Stadt Schwarzenbek.

1. Verzögerungen. Nach der Entscheidung des Kreistages gegen das Frauenhaus im Dezember 1992 brachte die SPD Schwarzenbeks das Projekt in die dortige Volksvertretung ein. Die etwas gesichtslose, gewerblich-industriell orientierte Kleinstadt (12 000 Einwohner) im Hamburger Umland ist „im Kern ein konservativer Ort";[89] der durch den Zuzug von Hamburg jedoch weniger traditionell geprägt ist als Kleinstädte und Gemeinden im Nordkreis. William Boehart sieht die Kommune, welche erst zwischen 1870 und 1950 den Weg vom Dorf zur Stadt durchlief, durch eine Identitätssuche gekennzeichnet, die bis heute andauert.[90]

Mit der Verlagerung der Auseinandersetzung nach Schwarzenbek änderten sich die Namen der Gremien, welche über das Projekt zu befinden hatten, die Entscheidungsstrukturen hingegen glichen denen auf der Ebene des Kreises. Die Stadtverordnetenversammlung fungiert als Volksvertretung, der Magistrat leitet die Stadtverwaltung, der Bürgermeister führt im Magistrat den Vorsitz. Verwaltung, Fraktionen der Parteien und Ausschüsse der Volksvertretung besitzen hier wie in der Kreispolitik die Funktion von Vorentscheidern für die von den Stadtverordneten per Abstimmung zu treffenden Entscheidungen. Der Bürgermeister stand der CDU nahe, wurde im Kommunalwahlkampf 1998 aber auch

85 Protokoll der Kreistagssitzung vom 18.3.1993, S. 17, in: BK-KT.

86 Vgl. Lübecker Nachrichten vom 20.3.1993.

87 Auf der nächsten Jahreshauptversammlung von 'Hilfe für Frauen in Not' trat sie endgültig aus dem Vorstand aus.

88 Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus denkbar, daß private geschäftliche Interessen in die Ablehnung des Hauskaufes hineinspielten. Die von mir Interviewten verneinten eine solche Motivation allerdings.

89 Interview mit William Boehart.

90 William Boehart, Schwarzenbek, S. 178.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 383

von der SPD unterstützt, als er sich zum ersten Mal der Direktwahl stellen mußte. In der Stadtverordnetenversammlung verfügten CDU und FDP, die auch hier meistens zusammenarbeiteten, über eine knappe Mehrheit von einer Stimme, die Grünen waren nicht vertreten. Wenn auch die Fraktionsdisziplin in der Frauenhausfrage in Schwarzenbek weniger festgefügt war wie in den Gremien des Kreises, so läßt sich doch auch für die Kommunalpolitik dieser städtischen Gemeinde von einer deutlichen Parteipolitisierung und Parlamentarisierung sprechen.

Die Stadtverordneten befaßten sich Ende Januar in einer harten und ausführlichen Debatte[91] erstmals mit der Frage, ob die Stadt das Haus erwirbt. Die Sozialdemokratische Fraktion drängte, daß „jetzt und hier" das Ja zum Frauenhaus fallen müsse, da Eile geboten sei, das günstige Angebot der Finanzministerin anzunehmen.[92] Angesichts „traktierter und mißhandelter Frauen und Kinder", so eine sozialdemokratische Rednerin, sei es nicht mehr hinzunehmen, daß es im Landkreis kein Frauenhaus gibt.[93] Die christdemokratische Argumentationslinie gegen das Frauenhaus hatte sich im Vergleich zur Kreisebene leicht verschoben. Der Bedarf wurde im Unterschied zur Ebene des Kreises nicht bezweifelt,[94] doch seien Entscheidungen und Pläne von Land und Kreis abzuwarten, bevor sich die Stadt für eine Sache in Unkosten stürzt, für die sie ohnehin nicht zuständig sei. „Wir sollten hier nichts über's Knie brechen"[95], so der Vorsitzende des Bauausschusses. Ein anderer Stadtverordneter ergänzte, „das Frauenhaus ist notwendig, das Problem bekannt – aber es ist Kreisaufgabe."[96] Derselbe Kommunalpolitiker war Abgeordneter des Kreistages, als dort – der Parteienarithmetik zufolge auch mit seiner Stimme – die Übernahme der Aufgabe verworfen und an das Land delegiert wurde. Mit etwas anderem Akzent plädierte auch der Vorsitzende der liberalen Zwei-Mann-Fraktion dafür, die Entscheidung zu vertagen. Es sei für seine Partei zwar durchaus vorstellbar, dem Kreis mit dem Ankauf des Gebäudes zu helfen, gleichwohl dürften die laufenden Folgekosten keinesfalls von der Kommune getragen werden. Deshalb riet er, erst die angekündigten neuen Förderrichtlinien des Landes abzuwarten.[97] Union und Liberale setzten mit ihrer Mehrheit durch, daß sich die Versammlung in „Wartestellung"[98] begab, d.h. den Antrag zunächst in die Ausschüsse verwies.

Der Finanz- und Verfassungsausschuß gab, nachdem Kristine Höpcke den Verein vorgestellt und in die Situation zufluchtsuchender Frauen eingeführt hatte, einstimmig eine positive Empfehlung an den Magistrat der Stadt ab. Voraussetzung für den Kauf sollte jedoch sein, daß die laufenden Kosten von Land und Kreis getragen werden und das Land die Renovierungskosten übernimmt.[99] Aus welcher Motivation hier auch die christdemokratischen Ausschußmitglieder die Einrichtung des Frauenhauses empfahlen, ist nicht überliefert, dem späteren Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung entsprach es nicht.

Nachdem die Freidemokraten ein womögliches Pro signalisiert hatten und eine einstimmige Kaufempfehlung vorlag, schienen die Weichen für die Verwirklichung gestellt. Nun kam es jedoch von Seiten der Verwaltung zu einigen Mißgeschicken,[100] die faktisch eine mögliche Kaufentscheidung der Stadtverordneten hinauszögerten bzw. ohne Re-

91 So das Ergebnisprotokoll der nur von der Presse etwas genauer wiedergegebenen Sitzung. Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.1.1993, in: SVS-SV.

92 Referiert und zitiert nach der Bergedorfer Zeitung vom 25.1.1993.

93 Zitiert nach ebd.

94 Zustimmend ein kurzes Protokoll einer Vereinsfrau zur Sitzung, in: V-FHA.

95 Zitiert nach dem Schwarzenbeker Anzeiger vom 27.1.1993.

96 Zitiert nach der Bergedorfer Zeitung vom 21.1.1993.

97 Vgl. Bergedorfer Zeitung vom 21.1.1993 und Lübecker Nachrichten vom 24.1.1993.

98 So die Einschätzung in der Schlagzeile der Bergedorfer Zeitung vom 25.1.1993.

99 Vgl. das Protokoll der Sitzung des Finanz- und Verfassungsausschusses am 11.2.1993, in: SVS-FVA.

100 Im folgenden werden nur die beiden wichtigsten behandelt, eine genauere, weitgehend durch Akten der Stadtverwaltung Schwarzenbek bestätigte Aufstellung wurde von der SPD Schwarzenbek unter dem Titel 'Pleiten, Pech und (gewollte?) Pannen' in ihrer Ortsvereinszeitung veröffentlicht, in: Schwarzenbeker Kurier II/1993.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 384

aktion des Vereins aufgeschoben hätten. Der Bürgermeister als Leiter der Verwaltung sprach sich später gegenüber einer Lokalzeitung deutlich gegen den Ankauf durch die Stadt aus:

„Ich bin nicht gegen das Frauenhaus, es wäre sogar günstig für die Arbeit des Sozialamtes. Ich bin allerdings gegen den Kauf durch die Stadt, weil es sich um eine landeseigene Liegenschaft handelt und das Land aufgerufen ist, das Haus an den Verein Hilfe für Frauen in Not zu vermieten."[101]

Insofern liegt es nahe, die wiederholten Versehen als eine Art Widerstreben der Verwaltung auszulegen, auch wenn ein manipulativer Impetus nicht in einem strengen Sinn nachgewiesen werden kann. Solche Versuche, die politischen Gremien „auszutricksen"[102], gehören durchaus und allerorts zum kommunalpolitischen Alltag, wenn Verwaltungen getroffenen oder sich anbahnenden Entscheidungen ablehnend gegenüberstehen:

„Bürger und Bürgervertreter geraten den Bürokratien gegenüber vielfach in die Situation des Hasen gegenüber den Igeln: ihre Initiativen laufen sich tot."[103]

Zunächst fehlte auf dem Entwurf der Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung am 5.3.1993 der TOP 'Frauenhaus', wie die SPD im Magistrat kritisierte. Die CDU beantragte daraufhin, die Sitzung zu verlegen, die Stadtverordneten sollten nun am 22.3. tagen, um über das Frauenhaus abzustimmen. Dadurch wurde die Entscheidung über die von der Oberfinanzdirektion gesetzte Frist hinaus verschoben, bis zu der die günstige Kaufoption aufrechterhalten werden sollte; sie wurde dann jedoch vom 5.3. auf den 22.3. verlängert.[104] Um sich der Übernahme der Um- und Ausbaukosten durch das Land zu vergewissern, fragte die Schwarzenbeker Verwaltung beim Frauenministerium an, ob es das Gebäude überhaupt für geeignet halte, um es als Frauenhaus auszubauen. Obwohl der Verwaltung Nutzungspläne von 'Hilfe für Frauen in Not' ausgehändigt worden waren, schickte sie nicht die an das Ministerium, sondern lediglich Baupläne des Gebäudes aus dem Jahre 1929. Auf den Plänen waren sorgsam die Schweine- und Hühnerställe früherer Zeiten verzeichnet, auch eine offene Dunggrube fehlte nicht – eine Immobilie, deren Verwendung für ein Frauenhaus als abwegig anzusehen war und folgerichtig Irritationen im Frauenministerium auslöste. Es rief sofort 'Hilfe für Frauen in Not' an, und teilte mit, daß noch am selben Tag die richtigen Zeichnungen in Kiel vorzuliegen haben, damit die dortigen Gremien über einen Zuschuß entscheiden könnten. Den Vereinsfrauen gelang es gerade noch und mit viel Glück, der Frist nachzukommen. Von ihnen wurde die in dem Vorgang liegende „Verachtung für Frauen überhaupt" und insbesondere gegenüber 'Hilfe für Frauen in Not' scharf wahrgenommen.[105] Der Bürgermeister rechtfertigte die Verwaltung gegenüber den vom Verein unterrichteten Lokalzeitungen damit, daß er sich dieses Kuriosum nicht erklären könne: in der Tat sei einiges unglücklich gelaufen, „es stand aber keine böse Absicht dahinter".[106]

Das Ministerium bewilligte die Renovierungskosten,[107] und der kommunalpolitische Konflikt setzte sich im Sozialausschuß der Stadt fort. Für dessen Sitzung wurde auf Weisung des Bürgermeisters keine Beschlußvorlage vom städtischen Sozialamt, welches dem Vorhaben

101 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 23.4.1993.

102 Elke Begander/Sybille Schwertberger, Kommunalpolitik, S. 115.

103 Dietrich Thränhardt, Korporatismus, S. 18.

104 Vgl. Schwarzenbeker Anzeiger vom 10.3.1993.

105 Schreiben von 'Hilfe für Frauen in Not' an das Frauenministerium vom 6.3.1993, in: V-FHA.

106 Zitiert nach dem Schwarzenbeker Anzeiger vom 10.3.1993.

107 Vgl. Schreiben des Frauenministeriums an den Bürgermeister vom 4.3.1993, in: SVS-FH/1.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 385

eher aufgeschlossen war, angefertigt, stattdessen die bloße Vertagung vorgeschlagen.[108]

Es folgte die bauliche Begutachtung des Hauses im Bauausschuß,[109] welche bei der Öffentlichkeit auf ein ungewöhnlich großes Interesse stieß, „wohl selten war eine Ausschußsitzung derart gut besucht", so daß die etwa 15 Gäste beinahe eine Verlegung in einen größeren Konferenzsaal erforderlich machten.[110] Von 'Hilfe für Frauen in Not' „rebellisch gemacht"[111], verfolgten die regionalen Zeitungen den Sitzungsverlauf und berichteten anschließend sehr kritisch. Der christdemokratische Vorsitzende des Bauausschusses, ein Schwarzenbeker Bauunternehmer, hatte sich schon im Vorfeld öffentlich gegen das Projekt ausgesprochen. Er begrüßte, eine Geste der Verachtung, die Vereinsvorsitzende Kristine Höpcke demonstrativ nicht.[112]

Da sich auch ein Sozialdemokrat gegen den Ankauf wandte, wurde mit Stimmenpatt eine Empfehlung an den Magistrat, das Haus zu erwerben, abgelehnt. Das zentrale Argument lautete, es sei unzumutbar für die Frauen, zu zwölft auf so engem Raum untergebracht zu werden. Die Vorsitzende des Vereins warf ein, daß die Frauen nicht „aus Spaß oder um Urlaub zu machen"[113] kommen würden, alle Frauenhäuser permanent überbelegt seien und der Platz in dem Haus auch nicht knapper bemessen wäre als anderswo. Darauf wurde erwidert, wenn woanders Frauen menschenunwürdig untergebracht würden, wäre das Sache der dortigen Entscheidungsträger, hier in der Stadt Schwarzenbek könne das keinesfalls verantwortet werden. Es gehe ohnehin nicht um soziale Aspekte, sondern um rein baurechtliche Vorschriften, welche ein so beengtes Wohnen verböten; daß dem nicht so war, mußte allerdings der Bürgermeister selbst in der Sitzung konstatieren. Denn für Frauenhäuser gab es in Schleswig-Holstein keine vorgeschriebenen baulichen Standards, was viel Flexibilität für den jeweiligen Trägerverein bedeutet.[114] Der sozialdemokratische Gegner des Projekts wollte den Kauf nicht befürworten, da die Vereinsfrauen planten, die Renovierung z.T. selbst durchzuführen. Er verantworte es nicht, wenn ein ohnehin dem Vater entrissenes Kind sich bei einer laienhaft installierten Steckdose tödlich verletze.[115] Auch gegenüber den wegen möglichen Lärms randalierender Ehemänner ohnehin etwas skeptischen Nachbarn argumentierte der Abgeordnete gegen das Frauenhaus, versuchte sie von einer drohenden Wohnwertminderung zu überzeugen und sammelte Unterschriften.[116]

Die Sitzung verlief nach Ansicht der Vereinsvorsitzenden „außerordentlich deprimierend". Nur ein Mitglied des Gremiums habe wirklich sachbezogen argumentiert, bei den anderen hingegen sei „so deutlich, daß sie es einfach überhaupt nicht wollen und sie uns einfach für überspannt und doof halten, daß wirklich jedes Wort verschwendet ist".[117] Lokalzeitungen bestätigten ihren Eindruck. In einem Kommentar unter dem Titel „Die Augen verschließen" hieß es, daß die Ausschußmitglieder von vornherein die Absicht gehabt zu haben schienen, das Frauenhaus abzulehnen, es sei für sie einfacher, „sich hinter Vorschriften zu verstecken", statt sich offen zu einer „unpopulären Meinung" zu bekennen.[118]

2. Entscheidungen der Stadtverordneten. Ende März traten die Schwarzenbeker Stadtverordneten zusammen, um endgültig über das Frauenhaus ab-

108 Vgl. Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses am 2.3.1993, in: SVS-SA.

109 Vgl. Protokoll der Sitzung des Bauausschusses vom 4.3.1993, in: SVS-BA/90-94, das Gedächtnisprotokoll der Vereinsvorsitzenden, in: V-FHA sowie die Berichterstattung der Presse: Schwarzenbeker Anzeiger vom 10.3.1993, Lübecker Nachrichten vom 6.3.1993, Bergedorfer Zeitung vom 6.3.1993.

110 Vgl. Lübecker Nachrichten vom 6.3.1993, Zitat ebd.

111 Interview mit Kristine Höpcke.

112 Ebd.

113 Zitiert nach der Bergedorfer Zeitung vom 6.3.1993.

114 Interview mit Regine Selker.

115 Interview mit Kristine Höpcke.

116 Vgl. Schreiben von 'Hilfe für Frauen in Not' an das Frauenministerium vom 6.3.1993, in: V-FHA und Interview mit Kristine Höpcke.

117 Schreiben von 'Hilfe für Frauen in Not' an das Frauenministerium vom 6.3.1993, in: V-FHA.

118 So der Kommentar von Silke Geercken in den Lübecker Nachrichten vom 6.3.1993.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 386

zustimmen.[119] Die SPD und ein liberaler Abgeordneter stimmten für den Ankauf, die christdemokratischen Stadtverordneten – zwei fehlten – und der Fraktionsvorsitzende der FDP votierten für eine neuerliche Vertagung der Entscheidung. Der Ankauf war mit zwölf Ja-Stimmen zu neun Nein-Stimmen beschlossen. Die Stadt war allerdings gehalten, von ihrem Kaufantrag sofort zurückzutreten, falls das Land oder der Kreis doch noch für das Haus aufkommen sollten. Das Gebäude sollte über den Kreis an 'Hilfe für Frauen in Not' vermietet werden und nicht direkt durch die Gemeinde, da der „Kreis hinter der Sache stehen muß".[120]

In der Debatte unterstrich die sozialdemokratische Fraktion ein weiteres Mal, daß die Stadt zum Überlegen keine Zeit mehr habe, da dem Land bereits 20 anderweitige Kaufanträge vorlägen und stimmte geschlossen für den Ankauf. Die Fraktionsdisziplin holte auch jenen Abgeordneten in die eigenen Reihen zurück, der das Vorhaben im Bauausschuß verworfen hatte. Die Gegenseite verwies noch einmal auf die prioritäre Zuständigkeit von Land und Kreis und insbesondere auf den wenige Tage zuvor getroffenen Kreistagsbeschluß, in welchem die Landesregierung zur Überlassung des Hauses aufgefordert wurde. Daher wäre es unklug, den Hauskauf schon jetzt zu beschließen. Der liberale Fraktionsvorsitzende zog seine ursprünglich angekündigte Zustimmung wieder zurück: „Wir sollten unseren Kollegen im Kreis mit unserem Beschluß nicht in den Rücken fallen".[121] Der andere Stadtverordnete der FDP votierte hingegen für das Projekt, welches er als Hamburger Kriminalpolizist aus seiner beruflichen Sicht heraus begrüßte.[122]

Während sich die CDU sehr verärgert darüber zeigte, daß der FDP-Fraktionsvorsitzende das 'Pro' seines Fraktionskollegen zugelassen hatte,[123] schwenkte der Kritisierte ein weiteres Mal um: Er könne die Haltung der Christdemokraten, die dem Frauenhaus aus Kostengründen kritisch gegenüberstünden, nicht zustimmen und erinnerte in dem Zusammenhang an die großen Summen, die seinerzeit für den Ratskeller ausgegeben worden seien.[124] Die Union reagierte auf ihre Abstimmungsniederlage mit einer Anzeige – „SPD verschleudert Steuergelder" – in der Lokalpresse. Sie warf der SPD vor, sie habe eine Zufallsmehrheit ausgenutzt, obwohl doch der Kreistag beschlossen habe, das Land zur kostenlosen Überlassung aufzufordern. „Die somit unnötige Ausgabe von DM 201.300.-" bedeute, daß künftig bei Schulen und Kindergärten gespart oder daß die Grund- und Gewerbesteuer erhöht werden müsse. Daraus folgt: „Keine neue Gewerbeansiedlung bzw. Abwanderung und Verlust von Arbeitsplätzen".[125]

Vor dem endgültigen Hauskauf durch die Stadt mußte noch geklärt werden, ob erstens das Land das Gebäude kostenlos zur Verfügung stellt oder der Kreis es doch ankauft, ob zweitens Land und Kreis die laufenden Sach- und Personalkosten übernehmen und drittens, ob das Frauenhaus über den Kreis oder direkt von der Stadt an den künftigen Trägerverein 'Hilfe für Frauen in Not' vermietet wird. Land und Kreis lehnten Überlassung bzw. Kauf endgültig ab. Die Entscheidung des Kreises über seine finanzielle Beteiligung zog sich hin, als Vermieter aufzutreten, war er nicht willens. Das bedeutete, daß die Frauenhausfrage Anfang September 1993 erneut in der Stadtverordnetenversammlung zur Debatte und Abstimmung gestellt werden mußte, da im ursprünglichen

119 Vgl. Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.3.1993, in: SVS-SV.

120 So drückte es der FDP-Fraktionsvorsitzender später in der Stadtverordnetenversammlung aus. Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3.9.1993, Anlage 1 Wortprotokoll des TOP zum Frauenhaus, S. 1, in: SVS-SV.

121 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 24.3.1993.

122 Interview mit Kristine Höpcke und Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3.9.1993, Anlage 1: Wortprotokoll des TOP zum Frauenhaus, S. 10, in: SVS-SV.

123 Vgl. Schwarzenbeker Anzeiger, o.D., in: V-FHA.

124 Schwarzenbeker Anzeiger vom 5.5.1993.

125 Als Zeitungsausriß in: GS-FH.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:48 Uhr Seite 387

Beschluß eben die Vermietung über den Kreis vorgesehen war.

Anders als im Kreistag sprachen die Gegner des Projekts in dem Wortgefecht ausführlicher und häufiger als die Fürsprecher.[126] Die FDP und insbesondere die Sozialdemokraten plädierten – auf ihrer gemeinsamen Mehrheit in dieser Frage ruhend – eher knapp für die Direktvermietung durch die Stadt. Die Christdemokraten, nun in der Minderheit, redeten gleichsam gegen den bereits gefallenen Beschluß zum Kauf an und warnten insbesondere vor einer Direktvermietung durch die Stadt. Fragen danach, welche Ebene des politischen Systems für eine solche Einrichtung zu zahlen habe, wie das Konzept eines Frauenhauses zu bewerten sei, und ob die Stadt das Risiko einer Direktvermietung eingehen solle, wurden von der CDU aufgeworfen und im Plenum verhandelt. Von den anwesenden vier Frauen nahm keine an der Debatte teil. Ihre Kollegen sprachen auch hier weitestgehend um die Gewalt gegen Frauen herum.

126 Zu dieser Sitzung ist ein Wortprotokoll vorhanden: Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3.9.1993, Anlage 2 Wortprotokoll des TOP zum Frauenhaus, in: SVS-SV.

Aus „Verantwortung für die gesamte Stadt" wollte der Fraktionsvorsitzende der Union „nochmal einige Pflöcke einklopfen, bevor Sie zur Abstimmung Ihre Hände heben". Zunächst versicherte er, „bevor also ein Mißverständnis entsteht", daß seine Partei die Notwendigkeit der Unterbringung betroffener Frauen durchaus sehe: „Die CDU will das", da auch sie die Sorgen und Nöte der Betroffenen anerkenne.[127] Deren Unterbringung sah die Schwarzenbeker Union allerdings nach wie vor nicht als Aufgabe ihrer Stadt an. Wenn die SPD und die Landesregierung ein Frauenhaus für so notwendig erachteten, „und wenn sie so hinter dem Konzept stehen, dann können sie doch nicht die Verantwortung auf eine solche kleine Stadt schieben".[128] Das von 'Hilfe für Frauen in Not' vorgelegte Projekt eines zentralen Frauenhauses hielt der Redner in Übereinstimmung mit der CDU des Kreises ohnehin für ungeeignet und zog eine dezentrale Unterbringung vor:

127 Ebd., S. 1f.

128 Ebd., S. 3.

„Das Konzept ist sinnvoller […] und wenn Sie ein großes deutsches Boulevardblatt in der letzten Zeit mal mitgelesen haben, ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie das kaufen, Sie lesen natürlich hier unsere Lokalpresse, ich auch, aber ab und zu liest man ja mal mit, […] denn konnte man erkennen, daß es doch bei dieser Gesamtunterbringung zu sehr problematischen Situationen kommen kann."[129]

129 Ebd., S. 2.

Der Fraktionsvorsitzende stellte fest, daß er sich zwar über viele ehrenamtliche Kräfte freue, „damit wir in diesem schönen Staat nicht mit Hauptamtlichen pleite gehen"; manchmal sei es aber so, daß soziale ehrenamtliche Aufgaben „ideologisch mißbraucht" würden,[130] gemeint waren wohl die feministischen Momente im Selbstverständnis der Vereinsfrauen. Vor diesem argumentativen Hintergrund – Unzuständigkeit für ein Frauenhaus, welches als Konzept ungeeignet, dem ideologischen Mißbrauch des sozialen Ehrenamtes dient – negierten die christdemokratischen Stadtverordneten scharf eine Direktvermietung, da ansonsten „große Kostengefahren"[131] auf die Stadt Schwarzenbek zukämen. Da die Förderrichtlinien des Landes einen Zuschuß von der Haushaltslage abhängig machten – „wie die Haushaltslage in Kiel aussieht, weiß jeder und was in 5 Jahren ist, weiß auch keiner" – und da der Kreis sich noch immer nicht entschieden hatte, ob er sich überhaupt an den laufenden Kosten beteiligt, sah die CDU mögliche Engpässe in der Finanzierung

130 Ebd., S. 13.

131 Ebd.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 388

Hilfe für Frauen in Not e. V.

Wir sind Frauen, die sich zusammengefunden haben, um seelisch und körperlich mißhandelten Frauen zu helfen. Wir bieten Gespräche und Beratung an; wir gehen auf Wunsch zu Behörden mit und informieren Sie über weitere Hilfen, die Frauen zustehen.

Möchten Sie bei uns mitarbeiten oder unsere Hilfe in Anspruch nehmen?

Rufen Sie uns an: 04151/81306

Montags: 15^{30} - 17^{30} Uhr

Donnerstags: 20^{00} - 22^{00} Uhr

In der übrigen Zeit nimmt unser Telefonanrufbeantworter Gesprächswünsche an, wir rufen zurück!
Aus Sicherheitsgründen veröffentlichen wir unsere Adresse nicht.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 389

HILFE FÜR FRAUEN IN NOT e.V.

Frauenhaus
Schwarzenbek

Telefon: 04151/ 7578
Fax: 04151/3320

Beratungsstelle

Telefon + Fax:
04151/ 81306

Der Verein "Hilfe für Frauen in Not" e.V. wurde 1982 von Frauen aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg gegründet.

Die Ziele der Vereinsarbeit sind seitdem:

Unterstützung von Frauen, die von körperlicher, psychischer und/oder sexualisierter Gewalt be - droht oder betroffen sind.

gesellschaftliche Ursachen der Gewalt benennen und langfristig abzuschaffen.

Zur Erreichung dieser Ziele hat der Verein das Frauenhaus und die einzige parteiliche Frauenberatungsstelle im Kreis gegründet.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 390

für das Projekt.[132] Der nicht abwegigen, wenn auch nicht real werdenden Einschätzung folgte der Hunger der Frauen:

„Sie werden da einfach untergebracht, und dann müssen sie sehen, wo sie was zu essen kriegen. Ich glaube, das ist erstmal unmenschlich, und zweitens wissen Sie selber als Kommunalpolitiker, daß eine Stadt sowas nicht zulassen kann und auch nicht zulassen wird."[133]

Sollte die Stadt als Vermieter auftreten, werde der Verein mit weiteren Forderungen bei den Schwarzenbeker Kommunalpolitikern „anklopfen".[134] „Fast erpresst" würden dann die Kommunalpolitiker, jetzt Dinge fortlaufen zu lassen oder weiterhin zu unterstützen, „das sind die schlechten Erfahrungen, die ich gemacht habe, wo ich man-

132 Ebd., S. 7.

133 Ebd., S. 13.

134 Ebd., S. 6.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 391

chem Ehrenamtlichen geglaubt habe".[135]

„Mit dem Beschluß der Vermietung wecken Sie bei diesem Verein Begehrlichkeiten, meine Damen und Herren, und mit Ihrem Beschluß zu vermieten […], wecken Sie nicht nur diese Begehrlichkeiten, sondern Sie können diese Begehrlichkeiten nachher auch nicht mehr abwenden."[136]

Der Rechtsakt einer Direktvermietung trage insofern unkalkulierbare finanzielle Risiken für die Kommune in sich, welche nach Ansicht der christdemokratischen Abgeordneten unbedingt abzuwenden seien; das dürfe sich die Stadt auf keinen Fall „hier unter den Nagel reissen" und „wie Robin Hood" vorpreschen.[137]

Der Fraktionsvorsitzende der SPD beanstandete, es gehe an dem Tag nicht um eine erneute Grundsatzdebatte, stellte fest, daß Frauenhausbewohnerinnen ihr Essen „selbst bezahlen" und warf der CDU vor, wieder einmal auf Zeit zu spielen.[138] Die beiden Freidemokraten vertraten die Direktvermietung und damit – nunmehr geschlossen – die baldmöglichste Eröffnung des Frauenhauses. Es sei, so der Fraktionsvorsitzende, „verdammt eilig", wenn es noch 1994 losgehen solle; das Frauenhaus werde gebraucht, „weil die Gesellschaft einfach so ist, wir können sie ja nicht besserreden".[139] Der Kriminalpolizist kritisierte das dezentrale Konzept und unterstrich demgegenüber die Effizienz eines Frauenhauses:

„Ich sage, mit diesem qualifizierten Personal, hier ist auch die Gerichtsbarkeit vor Ort, kann man natürlich in 1, 2 oder 3 Monate[n] oder vielleicht auch in 3 Tagen, das Problem, dies Familienproblem dieser Leute sorgen und vielleicht auch lösen."[140]

Gegen die Stimmen der CDU verfügten die Stadtverordneten die Direktvermietung durch die Stadt.

3. Der Kreis und die Folgekosten. Die Stadtverordneten hatten ihren Kaufbeschluß von einer Finanzierung der laufenden Sach- und Personalkosten jenseits der Stadtkämmerei abhängig gemacht. Die Anfang Juli 1993 in Kraft tretenden neuen Förderrichtlinien sahen vor, daß das Land 39 vH der Folgekosten aufbringt, wenn der Kreis die übrigen 61 vH übernimmt. Das Frauenhaus stand damit erneut auf der Tagesordnung der Kreisgremien, der Prozeß ihrer Willensbildung gestaltete sich zu einem zähen sechsmonatigen Tauziehen um die Modalitäten der Bezuschussung.[141]

Die frauenhauspolitische Konstellation im Kreis hatte sich durch das Faktum des Ankaufs verändert. Der Verein, durch den Erfolg in Schwarzenbek gestärkt, vertrat seine Forderung nach Übernahme der Kosten selbstbewußter und offensiver. Die Vorsitzende betonte gegenüber der Presse, daß auch wenn die 61 vH nicht bewilligt würden – „das gibt Sodom und Gomorrha" – das Frauenhaus seine Pforten öffnen werde, die Finanzierung würde dann über das Bundessozialhilfegesetz laufen.[142] Die CDU, welche nun am entschiedensten eine Politik möglichst geringer Kosten und möglichst großen Einflusses des Kreises auf die Arbeit des Frauenhauses vertrat, war isolierter als bisher. Ihr Versuch, keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen, sondern Honorarkräfte einzustellen, scheiterte an der pragmatischen Haltung des Kreissozialamtes und der FDP, welche die Realität des kommenden Frauenhauses mehr

135 Ebd., S. 12.

136 Ebd., S. 4.

137 Ebd., S. 14.

138 Ebd., S. 4ff., Zitat S. 7.

139 Ebd., S. 8.

140 Ebd., S. 10.

141 Im Folgenden wird die Entscheidungsfindung, die sich zu einer verwickelten Zickzacklinie gestaltete, nur in ihren groben Zügen wiedergegeben.

142 Schwarzenbeker Anzeiger vom 15.9.1993.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 392

oder weniger 'zähneknirschend' anerkannten.

Kreissozialamt, Landrat und Union waren sich allerdings darin einig, sich nicht die Sozialhilfekosten für Nicht-Schleswig-Holsteinerinnen „auf den Hals holen"[143] zu wollen und setzten eine entsprechende Einzugsbeschränkung durch. Die Landesregierung akzeptierte diese den Förderrichtlinien zuwiderlaufende Auflage. Anders als bei der Frage des Bedarfs für ein Frauenhaus zu Beginn der Kontroverse beschränkte sich die Sozialbehörde diesmal nicht auf das den Akten Entnehmbare. Erkundigungen im Hamburger Umland, so ihre Vorlage, hätten ergeben, daß in den dortigen Frauenhäusern ein Großteil der Bewohnerinnen aus der Metropole stamme.

„Daher soll mit der Einzugsbeschränkung vermieden werden, daß aus Kreis- bzw. Landesmitteln sozialpolitische Probleme in anderen Bundesländern gelöst werden."[144]

Mögliche Lösungen für das 'Problem' auswärtiger Frauen wurden später vom christdemokratischen Fraktionsvorsitzenden mit dem Hinweis auf die letztendliche Irrelevanz der ganzen Angelegenheit verworfen: Sicher könne das so geregelt werden, daß der Landrat mit den anderen Bundesländern verhandelt, um die Sozialhilfekosten ersetzt zu bekommen, „aber ich würde einmal sagen, in erster Linie, Herr Landrat, sollten Sie ihre Arbeitszeit für andere Dinge verwenden".[145] Die Aufgabe übernahmen dann die Vereinsfrauen, sie verhandelten mit der Hamburger Sozialbehörde und erreichten eine Kostenerstattung für Frauen aus der Hansestadt, welche häufig aus Sicherheitsgründen weitab vom Ehemann im Schwarzenbeker Frauenhaus Zuflucht suchen.[146] Ein parteiloser, vormals sozialdemokratischer Kreistagsabgeordneter kritisierte die Regelung scharf:

„Und nun aufzurechnen, eine Frau ist dort und eine Frau ist hier, und wir bezahlen nur für die, die hier geprügelt und mißhandelt werden und die hier auch untergebracht werden und rechnen nicht gegen, was dort ist, ich halte so eine Diskussion für fast menschenverachtend."[147]

Eine letzte Frage blieb zu klären: 'Hilfe für Frauen in Not' beantragte, daß bereits für die Zeit des Umbaus des Gebäudes eine Mitarbeiterin eingestellt wird, um die Bauarbeiten zu überwachen und erste Kontakte zu den Institutionen im Kreis zu knüpfen. Während die CDU diese Maßnahme als ein „Verschleudern von Steuergeldern" verwarf[148], wurde sie vom Kreissozialamt ebenso befürwortet wie von SPD und Grünen. Die FDP schloß sich der rot-grünen Minderheit an – wenn es „sicher einigen in der Fraktion auch Bauchschmerzen bereitet hat"[149]. Es werde alles nur viel teurer, wenn niemand die Bauarbeiten überwacht, eine Aufgabe, die selbst die „ehrenamtliche Power" des Vereins überfordere.[150] Mit der Zustimmung wollten die Liberalen ausdrücklich auch die jahrelange ehrenamtliche Arbeit anerkennen.[151] Somit wurde die Planstelle mit einer Stimme Mehrheit in den Nachtragshaushalt eingestellt. „Der kommunale Kleinkrieg ist beendet", resümierte die Vereinsvorsitzende, „wir können jetzt unsere ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Frauen fortsetzen."[152]

IV. Ausblick. Das Schwarzenbeker Frauenhaus wurde im März 1994 eröffnet. Die drei Zimmer und die Wohnküche, welche Platz für zwölf, im Notfall 20 Frauen und Kinder boten, waren sofort ausgelastet. Ein hal-

143 Protokoll der Kreistagssitzung vom 7.10.1993, Anlage 2: Wortprotokoll, S. 36, in: BK-KT.

144 Vorlage des Kreissozialamtes für den Sozial- und Gesundheitsausschuß vom 17.8.1993, S. 5, in: GS-FH.

145 Protokoll der Kreistagssitzung vom 7.10.1993, Anlage 2: Wortprotokoll, S. 16, in: BK-KT.

146 Interview mit Kristine Höpcke.

147 Protokoll der Kreistagssitzung vom 7.10.1993, Anlage 2: Wortprotokoll, S. 46, in: BK-KT.

148 Zitiert nach den Lübecker Nachrichten vom 5.10.1993.

149 Protokoll der Kreistagssitzung vom 7.10.1993, Anlage 2: Wortprotokoll, S. 25, in: BK-KT.

150 Ebd., S. 26.

151 Ebd.

152 So die Vereinsvorsitzende in den Lübecker Nachrichten, o.D., in: GS-FH.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 393

bes Jahr später konnten Frauen nur noch in äußersten Notfällen aufgenommen werden.[153] Zu „Randale“ verlassener Ehemänner kam es nicht und damit auch nicht zu dem ruhestörenden Lärm, den die Nachbarn zunächst befürchtet hatten.[154] Die Nachbarn stehen heute dem Frauenhaus keineswegs feindlich gegenüber, die Zusammenarbeit mit dem Schwarzenbeker Sozialamt oder den Schulen der Umgebung gestaltet sich ausgesprochen gut. Auch die zahlreichen Spenden für die Inneneinrichtung, u.a. von so ehrwürdigen Institutionen wie der Sparkasse des Kreises, sprechen dafür, daß die neue Institution in hohem Maße gesellschaftlich verankert ist.

153 Vgl. Bergedorfer Zeitung vom 25.7.1994 und vom 21.10.1994.
154 Lübecker Nachrichten vom 5.8.1994

Das erkämpfte Frauenhaus bildete für ‘Hilfe für Frauen in Not’ eine Art Markstein auf dem schon vorher beschrittenen Weg hin zu einer feministischen Orientierung, zu einer Institutionalisierung und Professionalisierung. Die Erfahrungen der „Feindseligkeit und Verachtung“[155] in den zwei Jahren der Kontroverse führten zu einer gewissen, wenn auch nicht radikalen Distanzierung von der etablierten Politik und Verwaltung, die nun mit kritischeren Augen gesehen wurden. Mit der in den Förderrichtlinien festgelegten Einstellung von zwei hauptamtlichen Mitarbeiterinnen verzichtete ‘Hilfe für Frauen in Not’ auf das bisherige Prinzip der reinen Ehrenamtlichkeit. Die Vereinsfrauen entfernten sich damit auch ein Stück weit vom eigenen wie dem allgemeinen Ideal uneigennütziger und gemeinnütziger Arbeit von Frauen.

155 Einladung zur Jahreshauptversammlung von ‘Hilfe für Frauen in Not’ 1993, in: GS-HFN.

Das Projekt verlor zusehends den Charakter des Improvisierten, ein Prozeß, welcher durch einen Generationswechsel an der Basis wie an der Spitze beschleunigt wurde. Während sich ältere Mitglieder aus der aktiven Arbeit zurückzogen, waren im Laufe der Jahre jüngere, in politischer Arbeit routinierte Frauen hinzugestoßen, die oft eine feministische Sozialisation in Großstädten erfahren hatten und den Grünen näherstanden als der Sozialdemokratie.[156] Profil und Arbeit nahmen urbane, professionellere und selbstverständlicher frauenbewegte Züge an. Etwa ein Jahr nach erfolgreicher Durchsetzung des Frauenhauses beschloß die Vorsitzende nicht erst „dreivierteltot“, wie im ländlichen Vereinswesen üblich, den Vorsitz weiterzugeben.[157] Kristine Höpcke und eine weitere Gründerin traten 1995 aus dem Vorstand aus. Den Vorsitz übernahm eine ‘typische’ Vertreterin der nachrückenden Generation. Marianne Grahl war, bevor sie 1992 in den Kreis zog, in Berlin als Anwältin in einer Frauensozietät und im Vorstand eines großen Frauenprojekts tätig gewesen. Die Unterschiede zwischen den beiden Generationen lassen sich daran verdeutlichen, wie die neue Vorsitzende die frühere Vereinsarbeit wahrnahm: Als sie 1993 eintrat, war sie „zutiefst schockiert“ über die gewollte Mitgliedschaft von Männern, über die fortwährende Betonung, „daß wir ja nicht gegen die Männer arbeiten“ und über die insgesamt defensive Grundhaltung gegenüber der Verwaltung. Der neue Vorstand legte besonderes Gewicht darauf, „das Feministische zu betonen“, da es nicht zuletzt Sinn und Zweck des Vereins sei, „ein feministisches Bewußtsein und Leben in die Öffentlichkeit und in die Diskussion zu bringen“.[158]

156 Interview mit Kristine Höpcke.

157 Ebd.

158 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

Nach der Eröffnung des Frauenhauses entwickelte sich innerhalb des Projektes ein doppelter Konflikt um Hierarchien. Die erste Konfliktlinie verlief zwischen Vorstand und Mitarbeiterinnen des Frauenhauses

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 394

um die Frage, wie und von wem Entscheidungen zu treffen seien. Existierte vor Eröffnung des Frauenhauses gleichsam nur eine Definition der Beziehungen unter den aktiven Vereinsfrauen, nämlich gemeinsam ehrenamtlich für betroffene Frauen und das Projekt zu arbeiten, trat nun eine zweite dazu, die eines Verhältnisses von Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeberinnen. Mitarbeiterinnen des Frauenhauses kritisierten, daß der Vorstand unhinterfragt seine neue Arbeitgeberrolle ausfülle. Sie forderten mehr Mitbestimmung und ein möglichst hierarchiefreies Zusammenarbeiten in einem autonomen Frauenprojekt. Eine der Mitarbeiterinnen sieht hierin einen 'klassischen' Konflikt, der durch das Nebeneinander eines ehrenamtlichen Vorstandes und hauptamtlicher Angestellter entsteht, gerade auch bei Frauenhäusern in eher ländlichen Regionen.[159] Daneben existierte, insbesondere nach dem Vorstandswechsel eine zweite Konfliktlinie zwischen Vorstands- und Frauenhausfrauen. Das Frauenhaus habe sich, so die neue Vorsitzende, den Ruf erworben, ein „Heim" zu sein, die Mitarbeiterinnen seien überall nur „Heimleiterinnen" genannt worden, was auch ihrem Selbstverständnis entsprochen habe. Sie sieht die bevormundende Atmosphäre bereits in der karitativen Konzeption des Vereins angelegt, welche gerade nicht Autonomie und Frauenbewegung betonte. Sie denke, daß nämlich die Mitarbeiterinnen „auch so ausgesucht waren und das Frauenhaus auch so'n bißchen als Heim konzipiert war vom Ansatz her, schon so dieses 'n bißchen Gutes tun und die Frauen müssen ja irgendwas haben."[160] Kristine Höpcke wandte hierzu ein, daß damals gar keine Auswahlmöglichkeit bestand und daß die gekündigte Mitarbeiterin durchaus feministisch orientiert gewesen, also keineswegs als besonders karitativ ausgewählt worden sei.[161] Die Spannungen eskalierten, als der neue Vorstand hörte, daß zwei Frauen abgewiesen worden seien. Es hätte eine Prüfung stattgefunden, ob wirklich Gewalt, eine Notsituation vorliege. Dieses Verhalten wurde als Ausübung einer Definitionsmacht angesehen, wer in die Einrichtung paßt und wer nicht. Eine Mitarbeiterin widerspricht vehement, es sei niemals kontrolliert worden, ob wirklich Gewalt vorliege, lediglich gefragt, aus welcher Situation die Frau komme. Ein Problem sei es damals gewesen, daß Polizei und Gemeinden versuchten, obdachlose Frauen im Frauenhaus langfristig unterzubringen, „anstatt sich selber darum zu kümmern, daß die Frauen vernünftig betreut werden". Obdachlosigkeit könne durchaus als strukturelle Gewalt begriffen werden, jedoch sei das Frauenhaus durch diese Aufgabe überfordert, da obdachlose Frauen sehr spezifische Hilfen brauchen.[162]

Beide Konfliktlinien, so lassen sich die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten verknüpfen, führten letztendlich zur Kündigung einer Mitarbeiterin, „was uns ganz schwer gefallen ist"[163]. Zugleich wollte der Vorstand künftig mehr Kontrolle über die Vorgänge im Frauenhaus ausüben und an Hausgesprächen mit Bewohnerinnen teilnehmen.[164] Eine weitere Folge war, daß Hierarchien im Verein allmählich abgebaut wurden. Der Vorstand versuchte sich zunächst kollektiver als bisher auszurichten. Seit neuestem wird er von den Mitarbeiterinnen von Frauenhaus und Beratungsstelle gebildet.

Als Kontinuität über interne Veränderungen hinweg blieben Barrieren gegen die Arbeit des Vereins. Administrativ, „unter Ausschluß der

159 Telefonat mit Dagmar Unland-Ponge am 14.11.1999

160 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

161 Gespräch mit Kristine Höpcke am 21.10.1999

162 Telefonat mit Dagmar Unland-Ponge am 14.11.1999.

163 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

164 Protokoll der Vorstandssitzung von 'Hilfe für Frauen in Not' am 4.12.1995, in: V-Prot.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 395

Öffentlichkeit", weitgehend unbemerkt von der inzwischen rot-grün dominierten Kommunalpolitik wurde, wiederum erfolglos, versucht, die Professionalisierung der Beratungsstelle zu verhindern.[165] Sie arbeitet heute mit zwei ABM-Kräften.

Schlussbetrachtung. Die Geschichte der Hilfe für weibliche Opfer von Beziehungsgewalt war und ist im Kreis Herzogtum Lauenburg – darin kein Sonderfall – eine Geschichte der zähflüssigen Transformation von Traditionen und damit auch eine des öffentlichen Schweigens, seines Durchbrechens und der Reaktionen der Schweigenden auf die Sprechenden. Der sich auf der Makroebene der einzelnen Staaten und auf dem Parkett internationaler Menschenrechtspolitik vollziehende, von der Neuen Frauenbewegung angestoßene Prozeß der Delegitimierung von familiärer Männergewalt manifestierte sich im 'Mikrokosmos' der Region Herzogtum Lauenburg nicht nur zeitversetzt, sondern auch unter den spezifischen Bedingungen einer ländlich-konservativen Lebenswelt.

Der sich auf dem 'platten Land' zwischen Hamburg, Lübeck und DDR seit Ende des Zweiten Weltkrieges sukzessive vollziehende sozioökonomische Strukturwandel und die eher plötzliche Etablierung einer modernen Demokratie ließen das ländliche Modell des Zusammenlebens und eine fast vordemokratisch zu nennende politische Kultur im Kern unangetastet. Kein Akteur in der Region war von diesen Traditionen unbeeinflußt, alle teilten die normativen Ideale von Harmonie und konventionellem Verhalten und verwirklichten sie im Alltag. Für eine diskursive Streitkultur, für die Austragung offener Konflikte bot (und bietet) die ländliche Mentalität einen kargen Resonanzboden. Politik wird weitgehend in Hinterzimmern und von Männern gemacht, kritische Deutungsmuster fehlen ebenso weitgehend wie subkulturelle Milieus, welche sie in Lebensstile und politische Aktion umsetzen.

Vor der Existenz von 'Hilfe für Frauen in Not' geboten das Harmoniemodell und die patriarchalen Familienideale öffentliches Schweigen zur alltäglichen Gewalt mitten in der Gesellschaft. Die allgemeine Nichtreaktion auf die fast naturwüchsige Selbstverständlichkeit, daß Frauen von ihren Partnern geschlagen oder vergewaltigt werden, verlieh den elementaren Menschenrechtsverletzungen eine gerade auf dem Land durch nichts erschütterte Quasi-Legalität. Was sich in der 'Privatsphäre', hinter den verschlossenen Türen der Ein- und Mehrfamilienhäuser der Dörfer und Kleinstädte ereignete, war kein Thema, kein Gegenstand der Empörung in der öffentlichen Sphäre, kein Anlaß zum Handeln, weder in den Gremien der Selbstverwaltungen noch in den Gerichtssälen Lübecks, auf den Seiten der Lokalblätter oder in den Gesprächen über den Gartenzaun. In der für den Kreis spezifischen Gemengelage aus Tradition und Modernisierung gab es weder im Alten noch im Neuen Platz für dieses Thema und keine Heimat für die von ihm betroffenen Frauen. Wenn sie sich oder ihre Kinder schützen wollten, mußten (und müssen) sie ihr Zuhause verlassen, da der Täter in der Wohnung verbleibt, das Opfer Zuflucht suchen muß. Der Preis hierfür ist das Stigma, den Mann 'im Stich' gelassen zu haben oder die eigentlich Schuldige zu sein. Wenn sie überhaupt erfuhren, daß es Frauenhäuser gibt, hatten sie das Herzogtum zu verlassen, um in Hamburg, Lübeck

165 Redemanuskript der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises zur Eröffnung der Beratungsstelle am 19.3.1997, in: GS-FH.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 396

oder Itzehoe unterzukommen. Diese Situation war der Ausgangspunkt des Vereins.

Kontinuität und Bruch der Gründerinnen mit ihrer ländlichen Lebenswelt waren aufs Engste miteinander verschränkt. Sie trugen, gleichsam als Gepäck Segmente der Traditionen, der Mentalität ihrer Umwelt mit in den neuen Verein, seine Arbeit und in die Strategien zum Durchsetzen seiner Forderungen. Jenseits des gesellschaftskritischen Impetus des 'mainstreams' metropolitaner Frauenprojekte legte das lauenburgische Projekt sein Hauptaugenmerk auf praktische Hilfestellungen, in zweiter Linie darauf, im öffentlichen Raum Gehör und Anerkennung zu finden, um die konkrete Hilfe besser leisten zu können. 'Hilfe für Frauen in Not' verstand sich durchaus als Teil der hiesigen Vereinskultur und teilte das Ideal des ehrenamtlichen Dienstes am Nächsten. Den karitativen Ansatz der subsidiären Form sozialer Hilfe auf dem Land übertrugen die Vereinsfrauen allerdings auf das tabuisierte Feld der familiären Gewalt gegen Frauen. Damit machten sie Frauen und Mädchen Alternativen zum Erdulden von Gewalttätigkeit zugänglich und bewußt.[1] Zugleich durchbrachen sie an einem besonders heiklen Punkt die Konvention keinen, die ohnehin fragiler gewordene 'Harmonie' gefährdenden Diskurs zu beginnen.

1 So faßt Margrit Brückner, Wege, S. 12, im allgemeinsten das Ziel der Initiativen und Projekte der Neuen Frauenbewegung zum Thema Männergewalt zusammen.

In der Konfrontation mit den Gewalterfahrungen ratsuchender Frauen entfernten sich die Vereinsfrauen zusehends mehr vom Boden der Tradition und entdeckten nach und nach die Strukturen, von deren Kritik das urbane Frauenbewegungsmilieu seinen Ausgang genommen hatte. Der neugewonnene Blick auf die strukturelle Gewalt gegen Frauen vermittelte nicht allein neue Perspektiven auf die Arbeit, er erweiterte auch das Themenspektrum. 'Hilfe für Frauen in Not' ging somit den 'klassischen' Weg autonomer Frauenprojekte von feministischer Radikalität zu pragmatischer Sozialarbeit eher in die umgekehrte Richtung.

In den radikaleren urbanen Frauenprojekten schlug der Idealismus des Aufbruchs leicht in Enttäuschung um, da die 'anderen' Kommunikations- und Umgangsformen nicht in dem erhofften Maße wuchsen. Zudem ergab sich eine Konfrontation mit rat- und zufluchtssuchenden Frauen, die keineswegs feministischen Frauenidealen, sondern vielmehr patriarchalen Rollenmustern entsprachen. Die damit einhergehende Entidealisierung des Weiblichen sieht Margrit Brückner als eine Ursache für die Entpolitisierung und Institutionalisierung der Projektebewegung.[2] Bei den Aktivistinnen von 'Hilfe für Frauen in Not', die ihre 'feministische Sozialisation' erst in der Beratungsarbeit und im Kampf um ihre Finanzierung erfuhren, führte die konkrete Arbeit gerade zum Anderen, zu einer feministischeren Orientierung. Sie teilten das feministische Frauenideal kaum, ihre Desillusionierung bezog sich damit nicht so sehr auf die Frauen, sondern eher auf das Patriarchat.

2 Margrit Brückner, Frauen- und Mädchenprojekte, S. 271ff. und S. 282ff.

Da die im Landkreis „gegen feministische Töne errichtete Schallmauer"[3] schwer zu überwinden ist, drang der Bewußtseinswandel kaum in den öffentlichen Raum vor, dennoch wirkte der Verein revolutionär"[4] und polarisierend. Je mehr kommunikative Macht er zu entfalten vermochte, in desto größerem Maß wurde die lauenburgische Gesellschaft gezwungen, darauf zu reagieren.

3 Regine Roemheld, Stadtfrauen-Landfrauen, S. 132.
4 Interview mit Kristine Höpcke.

Die tief in gesellschaftliche, politische und juristische Strukturen

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 397

eingeschriebene und in persönlichen Identitätskonzepten verwurzelte Norm, familiäre Männergewalt hinzunehmen, konnte durch einen letztlich abstrakt bleibenden generellen Trend zur Delegitimierung kaum irritiert werden. Erst Existenz und Aktivität von 'Hilfe für Frauen in Not' markierten deutlich, daß es sich bei der Gewalt (auch) im Kreis um ein schwerwiegendes Problem handelt, das für wichtig genug befunden wurde, um einen Verein zu gründen, Beratung anzubieten und in der Presse darüber zu schreiben. Permanent durchbrochen, verlor das Tabu an Kraft und Verbindlichkeit. Das Projekt konterkarikierte die Selbstverständlichkeit von häuslicher Männergewalt, wodurch die entsprechenden durch Tradition sanktionierten alltäglichen Routinen begannen zu korrodieren.[5] Da das öffentliche Reden über das Tabuisierte eng verknüpft mit den Ereignissen vor Ort sowie in „konkrete Interaktionen und Betroffenheit" eingebunden war,[6] wurde der Verein ein beschleunigender Faktor des soziokulturellen Prozesses der Universalisierung von Strukturen, Werten und Wahrnehmungsmustern. Gründung, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit waren allerdings nicht nur Momente, sondern selbst schon Indikatoren sozioökonomischen und kulturellen Wandels. Die ländlichen Normen waren Anfang der 80er Jahre etwas weniger festgefügt, ebenso die Männer- und Frauenbilder, die Tradition war gleichsam dabei, langsam und zunächst kaum merklich von sozioökonomischen Transformationen ausgehöhlt zu werden. Die dabei entstehenden feinen Risse im Gefüge des Herkömmlichen waren wichtige Vorbedingungen für die Skandalisierung familiärer Männergewalt. Bei aller Entschärfung, welche die feministische Gewaltdebatte im politischen Alltagsdenken und -handeln der Vereinsfrauen und erst recht im veröffentlichten Diskurs erfuhr, war diese doch Voraussetzung für den Beginn eines Delegitimierungsprozesses im Lauenburgischen. Der Diskurs über Gewalt schuf einen universal angelegten, wenn auch nicht universal anerkannten, neuen Wert – den der Illegitimität häuslicher Gewalt gegen Frauen – in dessen Licht die konkrete Lebenswelt auf ihre Legitimität hin überprüft werden konnte. Für die – im Herzogtum Lauenburg weithin implizit bleibende – Kritik am Bestehenden, für den Hinweis, daß es einen Bereich gibt, in welchem Gewalt alltägliche Akzeptanz findet, lieferte die Frauenhausbewegung Begriffe, Wahrnehmungsmuster, Denkmodelle und den psychischen Rückhalt, nicht jenseits aller Werthaltungen zu agieren.

Neben diesem Wechselspiel von Makro- und Mikroebene war für den Prozeß der Delegitimierung eine zweite Voraussetzung von Bedeutung. Eine Selbstverständlichkeit ins Unrecht zu setzen, ihr mit einem gewissen schwer meßbaren Erfolg ihre moralische Berechtigung abzusprechen setzt voraus, daß denjenigen, die diesen durchaus konflikt- und schmerzhaften Prozeß einleiten und mit ihm identifiziert werden, eine moralische Berechtigung eingeräumt wird. Sie müssen im Sinne Pierre Bourdieus über Ressourcen an sozialem Kapital verfügen, d.h. über einen Grundstock an Ehre und Prestige.[7] Im ländlichen Kommunikations- und Interaktionsgefüge erwuchs dieses aus der Erfüllung der Tugenden weiblicher Hilfsbereitschaft, uneigennütziger Ehrenamtlichkeit und jahrelanger Hartnäckigkeit. Die Presse und die Institutionen, die seit jeher mit mißhandelten Frauen konfrontiert waren, vereindeut-

5 Vgl. Anthony Giddens, Strukturation, insbesondere S. 176ff.

6 In dieser Einbindung in lebensweltliche Handlungskontexte sieht Dirk Gerdes, Verhalten, S. 649 das „Gravitationszentrum" sozialer Bewegungen, Zitat ebd.

7 Vgl. Pierre Bourdieu, Kapital, S. 190ff.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 398

lichten 'Hilfe für Frauen in Not' auf das von der Konvention Tolerierte und Geförderte: auf „die privaten, stillen und barmherzigen Samariter […], die in dieser Welt uneigennützig, verbindlich Gutes bewirken und zugleich ein Gefühl der dankbaren Entlastung bei Dritten hinterlassen"[8]. Konservativ orientierte Menschen, die vor dem Hintergrund ihres Welt-, Frauen- und Familienbildes den Verein schon in statu nascendi als Bedrohung wahrnahmen, negierten ihrerseits das Traditionelle seines Profils und setzten die frauenbewegten, abzuweisenden Anteile pars pro toto.

8 Thomas Rauschenbach, Solidarität, S. 95.

Mit dem Antrag auf ein Frauenhaus betrat die Initiativgruppe ein landes- und kommunalpolitisches Labyrinth. Es befaßten sich insgesamt 18 Ministerien, Behörden und Gremien der politischen Ebenen Land Schleswig-Holstein, Kreis Herzogtum Lauenburg und Stadt Schwarzenbek mit der Frage, ob und wenn ja, wie die Region Lauenburg zu einem Frauenhaus kommt. Die sozialdemokratische Landesregierung versuchte mit möglichst geringem Kostenaufwand eine frauenpolitische Modernisierung des ländlich geprägten Schleswig-Holstein in die Wege zu leiten. Die Politik der geteilten finanziellen Verantwortung für Frauenprojekte im allgemeinen sowie für das Schwarzenbeker Frauenhaus im besonderen verbesserte einerseits die Chancen des Anliegens von 'Hilfe für Frauen in Not' in den kommunalen Gremien. Die von der Frauenpolitik der Landesregierung gesetzte moralische Norm übte ebenso wie die Kaufpreisminderung einen gewissen Druck 'von oben' aus. Andererseits hätte durch eine im Haushalt verbindlich verankerte Finanzierung aller Kosten für Frauenhäuser durch das Land deutlich schneller ein Zufluchtsort zur Verfügung gestanden.

Die 'geschlossene Gesellschaft' der regionalen und lokalen Eliten im Lauenburgischen war infolge mit einem Partizipationsbegehren 'von unten' konfrontiert, welches es in dieser Entschiedenheit in der politischen Kultur des Kreises kaum gab. Die durch einen konkreten Antrag untermauerte Forderung nach einem autonomen Frauenhaus stellte den bisherigen Umgang mit Männergewalt noch unausweichlicher in Frage und damit dessen Träger vor noch größere Probleme als die bisherigen Aktivitäten des Projekts. Die für die Aufrechterhaltung männlicher Macht als auch für die ungebrochene Beibehaltung eines Gefühls der Geborgenheit im Gewohnten essentielle 'hidden agenda' der Nichtreaktion schien durch ein Frauenhaus bedroht. Gerade Frauenhäuser mit ihrer hohen Symbolkraft werden fast als Synonym dafür aufgefasst, daß Familien nicht allein Liebe und Zuwendung bieten, sondern auch zentrale Orte der Gewalterfahrung von Frauen sind. Kann einem durch Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit initiierten Diskurs in einem gewissen Maße stillschweigend ausgewichen werden, so fordert ein Antrag als Antwort ein Ja oder Nein und damit eine Aussage, wie die Gewalt zu bewerten und zu gewichten ist. Das Nein schien die fast selbstverständliche Antwort konservativer Kommunalpolitik und einer von ihr dominierten Verwaltung zu sein. Es paßte allerdings kaum mehr in den 'Zeitgeist' der 90er Jahre, zur zumindest verbalen Ächtung von Gewalt gegen Frauen. Konkret zeichnete sich dies durch die breite öffentliche Zustimmung zur Arbeit des Vereins und seiner Forderung nach einem Frauenhaus ab. Die angesichts der vielfältigen Barrieren anzunehmen-

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 399

den prinzipiellen Vorbehalte drückten sich so eher in Handlungen aus, als daß sie verbalisiert worden wären. Diese Verschiebung kann mit Anthony Giddens als 'typisch' für Vertreter/innen traditionaler Werthaltungen angesehen werden, deren Einstellungen immer weniger ungeteilte Zustimmung finden, wie dies gerade in Fragen der Geschlechterordnung der Fall ist.

„Wenn jemand dazu aufgefordert wird, hat er sein Verhalten und seine Einstellung zu rechtfertigen, das heißt, er muß Gründe für sie liefern; und wenn Verhalten begründet werden muß, beginnen Machtunterschiede sich aufzulösen, oder Macht beginnt sich in Autorität zu verwandeln."[9]

9 Anthony Giddens, Leben, S. 191f., Zitat S. 192.

Gezwungen über etwas zu kommunizieren, was sie eigentlich nicht kommunizieren wollten, etwas zu entscheiden, was am Besten gar nicht erst zur Entscheidung anstünde, reagierten die Gegner/innen des Projekts mit einer Politik des Schweigens zum eigentlichen Zentrum des Konfliktes. Der kurzangebundene wie landläufige Hinweis auf leere Haushaltskassen und fehlende finanzielle Zuständigkeit bei ohnehin mangelndem Bedarf war weniger (an)greifbar als eine explizite Leugnung der Existenz von Männergewalt oder der Notwendigkeit, den von ihr Betroffenen zu helfen. Sich für das Nein so wenig wie möglich und gerade so viel wie nötig zu legitimieren war eine Konsequenz aus der Situation, etwas verhindern zu wollen und sich zugleich aus Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung nicht dagegen aussprechen zu können.

Nahezu folgerichtig wurde stillschweigendes Verzögern und Vertagen zu einer zentralen Taktik in der kommunalpolitischen Praxis, um das Projekt zu verhindern. Auf Kreis- und Stadtebene konnten die unklaren finanziellen Zuständigkeiten für Investitionen in ein Frauenhaus für dieses Vorgehen genutzt werden, im Kreis wurde die Verantwortung an das Land, in Schwarzenbek an Land und Kreis delegiert. Hätte die Landesregierung die Fristen für die bevorzugte Vergabe zum Sachwert nicht wiederholt verlängert, wäre das Argument der Befürwortenden, das Angebot nicht ungenutzt bleiben zu lassen, entfallen, das zu hoher Kosten um etwa 200 000 DM gewichtiger geworden.

Es bildeten sich vier Varianten der abwehrenden Reaktion auf den Antrag von 'Hilfe für Frauen in Not' heraus, welche nicht zuletzt auf die je spezifische Ausgangslage und politische Konstellation der jeweiligen Akteure rückbezogen werden können.

Erstens: In der Verwaltung des Kreises zeichnete sich das von Gerhard Armanski ausgemachte „Relief des stark traditionellen und beharrenden Sozialmilieus öffentlicher Dienst"[10] deutlich ab. Sie verwarf das Projekt in der bürokratischen Sprache einer vermeintlich 'unpolitischen' Sachentscheidung über Haushaltsprioritäten. Ihr Nein war so knapp wie deutlich und entschieden. Ihre Vertreter konnten sich einer ablehnenden Mehrheit in den Gremien des Kreises relativ sicher sein und sie waren, anders als die Politiker und Politikerinnen, nicht auf eine Wiederwahl angewiesen.

10 Gerhard Armanski, Macht, S. 172.

Zweitens: Die Verwaltungsspitze der Stadt Schwarzenbek, die sich einer Nichtrealisierung weniger sicher sein konnte, ergänzte das knappe Nein durch ein allgemeines Bekenntnis zur Hilfe und durch ein von der

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 400

Regelhaftigkeit und Formalität von Verwaltungshandeln abweichendes Verhalten, um das unliebsame Projekt durch 'Mißgeschicke' zu verhindern.

Drittens: Die Christdemokraten und -demokratinnen des Kreises versuchten die Entscheidung gegen das Frauenhaus möglichst reibungslos im 'Schulterschluß' mit der Verwaltung, jenseits öffentlicher Aufmerksamkeit und Debatte sowie mit einem möglichst geringen Gesichtsverlust durchzusetzen. Einerseits besaßen sie, solange die FDP-Fraktion sie in der Ablehnung unterstützte, die entsprechende Mehrheit in den Gremien der Selbstverwaltung. Über Jahrzehnte daran gewohnt, die Grundlinien lauenburgischer Politik zu bestimmen, sich gleichsam sicher in den formellen und informellen Strukturen der Kommunalpolitik zu bewegen, schien der Union eine tiefergehende Argumentation von Für und Wider weder notwendig noch wünschenswert. Bei allem Beharren auf Tradition und Herkommen, konnte und wollte die Partei andererseits nicht als allzu 'rückständig' und 'unsozial' ins politische Abseits geraten, zumal die Gefahr bestand, Wählerinnen in einer Zeit schwindender Mehrheiten abzuschrecken. Infolge standen ein kaum näher begründetes Nein zum Antrag und unverbindlich gehaltene Erklärungen, der 'sozialen Verantwortung' für betroffene Frauen gerecht werden zu wollen, fast schroff nebeneinander. In der 'Zwickmühle' widerstreitender politischer Interessen gestaltete sich die christdemokratische Frauenhauspolitik, analog zum allgemein doppelbödigen frauenpolitischen Klima zu einem Lavieren zwischen einer verbal bleibenden Anpassung und einem Hartbleiben im Kern, d.h. im Verwerfen des Ankaufes.

Viertens: Die Vorgehens- und Redeweise der Ablehnenden wirkte streckenweise, bei allem Kalkül des Verzögerns, nicht so, als seien sie fest entschlossen, ein Vorhaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern, da sie es nun einmal nicht wollen. Vielmehr erscheint ihr Agieren und Reden vielfach so, als fühlten sie sich in der Defensive gegenüber einer plötzlichen, nicht recht einschätzbaren, letztlich unabwendbaren Gefahr. Besonders für die Schwarzenbeker Gegner des Projekts aus CDU und SPD (es traten nur Männer auf), die sich mit ihrem Nein zusehends in einer Minderheitenposition sahen, gilt: Ihr Beitrag zur Debatte war von grotesken Argumentationen durchzogen, die m.E. nicht lediglich als skurrile Arabesken am Rande des Geschehens anzusehen sind. Die vorgebrachten Szenarien eines drohenden Unterganges der 'heilen Welt' im Lauenburgischen verweisen vielmehr auf die so diffusen wie tiefgreifenden Ängste vor der Frauenbewegung, vor der Berührung mit dem Thema Männergewalt, vor einem Frauenhaus und vor der damit verbundenen Demonstration der Möglichkeit des Verlassenwerdens durch die Frau[11]. Das hierdurch provozierte Gefühl der Bedrohung lebensweltlicher Gewißheiten und persönlicher Identität im hierarchischen Geschlechterarrangement kristallisierte sich in den Bildern einer niedergehenden Schwarzenbeker Ökonomie, sterbender Kinder und hungernder Frauen. Das Menschenrechtsargument der Neuen Frauenbewegung für umfassende Anti-Gewalt-Konzepte und für Gesellschaftsveränderung wurde dabei gegen sie gekehrt: das Frauenhaus wurde zur verkörperten Inhumanität, aber nicht die Gewalt, welche ein solches erst nötig macht. Gerade Frauenhäuser mit ihrer schützenden

11 Die beiden von mir interviewten Vorstandsfrauen von 'Hilfe für Frauen in Not' können sich als einen Grund der Ablehnung die Möglichkeit vorstellen, daß von Entscheidern befürchtet wurde, die eigene Frau könnte im Frauenhaus Zuflucht suchen; Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 401

Abgeschlossenheit gegen Außenstehende bieten als 'mysteriöse Orte'[12] eine geeignete Projektionsfläche für die Angst vieler Männer vor einem Verlust ihrer machtvollen Rolle als Beschützer und Ernährer 'ihrer' Partnerinnen.

Der Kooption der Anliegen von 'Hilfe für Frauen in Not', insbesondere auch der Forderung nach einem Frauenhaus in die Sozialpolitik von Institutionen, SPD und Grünen entsprach eine unterschwellige, nicht explizierte Haltung, daß das zur Debatte stehende Problem mit der Eröffnung des Frauenhauses so gut wie und endgültig gelöst ist, da nun ein 'Auffangbecken' für die Betroffenen bereit steht. Davon, daß ein Frauenhaus nur einen ersten, wenn auch gewichtigen Schritt auf dem Weg zur Durchsetzung des Menschenrechts auf ein Leben ohne Übergriffe, auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung darstellt, war in der Kontroverse und ist in den Jahren nach der Eröffnung nur wenig zu spüren. Deutlich wird dies exemplarisch an der Haltung der lauenburgischen Polizei. Die Streifenbeamten, so Marianne Grahl, seien zwar durchaus „auch für diese armen, geprügelten Frauen" und wie alle „heilfroh", daß es ein Frauenhaus gibt, weil sie sonst nicht wüßten, wohin mit ihnen. Jedoch nehmen sie in der Regel nach wie vor keine Anzeigen auf.[13]

Um Info-Stände des Vereins schleichen Frauen auch heute noch „wie die Katzen um den heißen Brei", anders als noch vor einigen Jahren gehen die Leute immerhin nicht mehr „im großen Bogen" um den Stand herum, sondern nunmehr in gerader Linie vorbei.[14] Diese kleine Veränderung alltäglichen Verhaltens symbolisiert sowohl den Erfolg von 'Hilfe für Frauen in Not' als auch den weiten Weg, den die inzwischen weltweite verbale Ächtung von Gewalt gegen Frauen zurückzulegen hat, bis sie im konkreten Leben von Frauen substantielle Veränderungen bewirkt.

12 Vgl. die Auswertung von Interviews von Mitarbeiter/innen der Jugend- und Sozialämter im Landkreis Rendsburg-Eckernförde, Karin Bergdoll/Christel Namgalies-Treichler, Frauenhaus, S. 241ff.

13 Interview mit Bärbel Wendt und Marianne Grahl.

14 Ebd.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 402

Der Impuls dazu, einen genaueren Blick auf die lauenburgische Frauenpolitik und -bewegung zu werfen, ging von der dortigen Gleichstellungsbeauftragten, Christiane Grupe, aus. Ihr beharrliches Interesse am Fortgang der Arbeit, ihre Begeisterungsfähigkeit und ihre vielfältige wie engagierte organisatorische Unterstützung halfen mir die Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Broterwerb zu bewältigen. Für finanziellen Beistand habe ich dem Kreis Herzogtum Lauenburg und den dortigen Grünen zu danken. Die Selbstverwaltung des Kreises und der Stadt Schwarzenbek gewährten mir in ungewöhnlichem Umfange Einblick in ihre Akten, ebenso der Verein 'Hilfe für Frauen in Not'. Gerade an die archivalischen 'Entdeckungsreisen' in der Beratungsstelle mit der Beraterin Gabi Drewes-Krüger denke ich gern zurück! Meinen Interviewpartner/innen danke ich für die Zeit, die sie mir widmeten und für die Inspirationen, die von den anregenden Gesprächen ausgingen. Verbunden bin ich Knolli für die verwickelten Diskussionen über männliche Identitäten und selbstgebackene Pizzen. Last but not least gratuliere ich der langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Kristine Höpcke, zur Bundesverdienstmedaille.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 403

1. Bestände (Siglenvergabe erfolgte durch die Verfasserin) **Quellen**

Vom Verein 'Hilfe für Frauen in Not e.V.' zur Verfügung gestellt:

V-B	Aktenordner 'Belege 1982-1987'.
V-F	Aktenordner 'Finanzierung, Anträge, Bewilligungen, BGW'.
V-FHA	Aktenordner 'Frauenhaus alt'.
V-FHF	Aktenordner 'Frauenhaus – Finanzierung'.
V-H	Mappe 'Historie' und ungeordnete Materialien.
V-HL	Heftlasche ohne Bezeichnung.
V-JHV	Aktenordner 'JHVen' (Jahreshauptversammlungen).
V-Prot	Aktenordner 'Protokolle'.
V-SS	Unbenannter Stehsammler.

Von der Gleichstellungsstelle des Kreises zur Verfügung gestellt:

GS-FH	Aktenordner und Ablagen zum Frauenhaus.
GS-GA	Protokolle des Gleichstellungsausschusses 1993.
GS-HFN	Aktenordner 'Hilfe für Frauen in Not e.V.'
GS-PM	Zwei Aktenordner 'Parteimaterialien'.

Von der Stadtverwaltung Schwarzenbek zur Verfügung gestellt:

SVS-BA	Protokolle des Bauausschusses 1990-94.
SVS-FH/1	Unterlagen zum Frauenhaus, Bd.1.
SVS-FVA	Protokolle des Finanz- und Verfassungsausschusses 1991-94.
SVS-SA	Protokolle des Sozialausschusses 1986-93.
SVS-SV	Protokolle der Stadtverordnetenversammlung 1993.

Vom Büro Kreisorgane zur Verfügung gestellt:

BK-KT	Protokolle des Kreistages 1988, 1992, 1993.
BK-SGA/1987	Protokolle und Materialien zum Sozial- und Gesundheitsausschuß 1987.
BK-SGA/90-94	Protokolle und Materialien zum Sozial- und Gesundheitsausschuß 1990-94.

Vom Kreissozialamt zur Verfügung gestellt:

KSA-FH/1	Unterlagen zum Frauenhaus, Bd. 1.
KSA-FH/2	Unterlagen zum Frauenhaus, Bd. 2.
KSA-FH/3	Unterlagen zum Frauenhaus, Bd. 3.

2. Interviews

Interview mit Kristine Höpcke, von 1985 bis 1995 erste Vorsitzende von 'Hilfe für Frauen in Not', geführt am 19.6.1997.

Interview mit Gabi Drewes-Krüger, Mitarbeiterin des Beratungsstelle von 'Hilfe für Frauen in Not', geführt am 19.6.1997.

Interview mit Bärbel Wendt, bis 1998 im Vorstand von 'Hilfe für Frauen in Not' und Marianne Grahl, von 1995 bis 1998 erste Vorsitzende von 'Hilfe für Frauen in Not', geführt am 24.9.1997.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 404

Interview mit William Boehart, Stadtarchivar der Archivgemeinschaft Schwarzenbek, telefonisch geführt am 30.10.1998.
Interview mit Regine Selker, Referentin im schleswig-holsteinischen Frauenministerium, telefonisch geführt am 6.11.1998.

3. Periodika

Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Nr. 28 (1990) und Nr. 29 (1993).
Bergedorfer Zeitung (Regionalausgabe für den Kreis Herzogtum Lauenburg), 1982-1994.
Frankfurter Rundschau, 15.9.1998.
Geierwally. Die Zeitung des Autonomen Frauenzentrums Rendsburg e.V., 1.3.1992.
Lübecker Nachrichten (Regionalausgabe für den Kreis Herzogtum Lauenburg), 1981 bis 1994.
Nachrichten Parität, 1/1997.
Schwarzenbeker Anzeiger, 1992-1993.
Schwarzenbeker Kurier. Zeitung des SPD-Ortsvereins Schwarzenbek, II/1993.
Sozialdemokratischer Informationsbrief, 1.3.1982.
Stadtrevue. Kölns Stadtrevue, April/Mai 1998.
taz (tageszeitung), 30.11.1991.

Literatur

Gerhard Armanski, Das gewöhnliche Auge der Macht. Sozialgeschichte der Beamten, Berlin (West) 1983.
Uwe Barschel, Lauenburgische Streiflichter. Geschriebenes und Gesprochenes über den Kreis Herzogtum Lauenburg. Ausgewählt und vorgestellt von Volkram Gebel, Schwarzenbek 1982.
Berthold Becher, Hilfe- und Initiativgruppen als ‘Organe öffentlichen Lebens’ zur sozialpolitischen Aufwertung der Kommune, in: Regine Roemheld/Heinz Zielinski (Hgg.), Aufbruch, S. 133-148.
Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hgg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1994.
Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim, Individualisierung in modernen Gesellschaften. Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie, in: Dies. (Hgg.), Riskante Freiheiten, S. 10-39.
Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash, Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996.
Elke Begander/Sybille Schwertberger, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berufsbezogene Weiterbildung: Gleichstellungsarbeit für Frauen, Bd. 1: Eine Einführung, Tübingen 1997.
Halina Bendkowski/Irene Rotalsky (Hgg.), Die alltägliche Wut. Gewalt, Pornografie, Feminismus, Berlin (West) 1987.
Karin Bergdoll/Christel Namgalies-Treichler, Frauenhaus im ländlichen Raum, Stuttgart u.a. 1987. (Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Bd.198).

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 405

Rainer Berger, SPD und Grüne. Eine vergleichende Studie ihrer kommunalen Politik: sozial-strukturelle Basis – programmatische Ziele – Verhältnis zueinander, Opladen 1995.

Peter Bettelheim/Robert Streibel (Hgg.), Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Wien 1994.

William Boehart, Schwarzenbek 1870-1950. Ein Beitrag zur Geschichte einer lauenburgischen Landgemeinde zwischen Dorf und Stadt, Schwarzenbek 1990.

Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Soziale Welt, Sonderband 2 (1983), S. 183-198.

Franz Braschos/Rüdiger Voigt (Hgg.), Kommunalpolitik in Stadt und Land. Grundlagen, Entwicklungsperspektiven, Praxis. Eine Einführung unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer, Erfurt – Bonn 1991.

Margrit Brückner, Frauenhäuser. Die Entwicklung der Frauenhausbewegung im Spiegel ihrer Veröffentlichungen (seit 1980), in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 15/1987, S. 7-18.

Margrit Brückner, Gewalt gegen Frauen: Verstrickungsprobleme und Aufbruchschancen, in: Christine Eifler (Hg.), Männerhaß, S. 108-129.

Margrit Brückner, Frauen- und Mädchenprojekte. Von feministischen Gewißheiten zu neuen Suchbewegungen, Opladen 1996.

Margrit Brückner, Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Eine Einführung, Frankfurt/M. 1998.

Beate Brüggemann/Rainer Riehle, Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle, Frankfurt/M. – New York 1986.

Barbara Brüggmann/Edith Halves, Gründung und Weiterentwicklung des ersten Hamburger Frauenhauses, in: Rita Heck/Annette Keinhorst (Hgg.), Alltag, S. 190-202.

Elisabeth Bütfering, Frauenheimat Männerwelt. Die Heimatlosigkeit ist weiblich, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Heimat, S. 416-437.

Charlotte Bunch, Der unerträgliche Status quo. Gewalt gegen Frauen und Mädchen, in: Anita Heiliger/Steffi Hoffmann (Hgg.), Aktiv, S. 9-21.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven, Bonn 1990. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd.294/I).

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Menschenrechte. Dokumente und Materialien, Bonn 1995. (2., aktualisierte und erweiterte Aufl.).

Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan, Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite und Perspektiven, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 444-456.

Traude Chrysanthou u.a., Der Widerspenstigen Lähmung? Frauenprojektegeschichte gegen den Strich gebürstet, in: Renate Rieger (Hg.), Lähmung , S. 7-22.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 406

Christoph Conrad/Martina Kessel (Hgg.), Kultur. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998.

Christoph Conrad/Martina Kessel, Blickwechsel: Moderne, Kultur, Geschichte, in: Dies. (Hgg.), Kultur, S. 9-42.

Klaus-Dieter Dehn, Grundlagen des Kommunalverfassungsrechts in Schleswig-Holstein. Grundriss für die Ausbildung und Fortbildung, Kiel 1994. (5., überarbeitete Aufl.).

Diakonisches Werk Westfalen (Hg.), Wie geht es weiter mit den Frauenhäusern. Fragen zur Finanzierung, zum Träger, zur praktischen Arbeit. Arbeitshilfe und Dokumentation für Interessierte und Mitarbeiterinnen aus Frauenhäusern und Initiativen, Münster o.J. [1992/93].

Diakonisches Werk Westfalen (Hg.), Dokumentation des Fachforums des Arbeitskreises verbandliche Frauenhausarbeit: Vielfalt ist Stärke! Erste Schritte gemeinsamer Frauenhausarbeit, Münster o.J. [1994].

Edwin Dillmann (Hg.), Regionales Prisma der Vergangenheit. Perspektiven der modernen Regionalgeschichte (19./20. Jahrhundert), St. Ingbert 1996. (Saarland Bibliothek, Bd.11).

Edwin Dillmann, Einführung, in: Ders. (Hg.), Regionales Prisma, S. 7-24.

Kerstin Dörhöfer (Hg.), Stadt – Land – Frau. Soziologische Analysen – feministische Planungsansätze, Freiburg 1990. (Forum Frauenforschung, Bd.4).

Angelika Ebbinghaus u.a., Wendepunkte. Frauen erzählen aus ihrem Leben. Alltag in einem Frauenhaus. Die politische Gratwanderung von Frauenhäusern, Hamburg o.J. [1982].

Christine Eifler (Hg.), Ein bißchen Männerhaß steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin 1991.

Paul Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 202-238.

Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hgg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13.Oktober 1983 in Mannheim, Opladen 1984.

Norbert Fischer, Kreis Herzogtum Lauenburg, Hamburg 1995.

Norbert Fischer/Franklin Kopitzsch/Johannes Spallek (Hgg.), Regionalgeschichte am Beispiel Stormarn. Von ländlichen Lebenswelten zur Metropolregion, Neumünster 1998.

Alfred Flögel, 50 Jahre CDU Kreis Herzogtum Lauenburg. Verantwortung für Deutschland und Europa, Ratzeburg 1996.

Gisela Florstedt-Borowski, Kommunale Entscheidungsverläufe im Spannungsfeld zwischen Vertretungskörperschaft und Verwaltung. Eine empirische Untersuchung anhand ausgewählter Politikfelder in den Flächengemeinden Friedland (Niedersachsen) und Ahnatal (Hessen), Frankfurt/M. u.a. 1995. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Politikwissenschaften, Bd.276).

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 407

Andreas Franzen, Das Dorf im Wandel, in: Hans-Hermann Wiebe (Hg.), Zukunft, S. 273-275.

Klaus Fritzsche, Konservatismus: Entwürfe zur Sicherung sozialer Herrschaft, in: Franz Neumann (Hg.), Handbuch, S. 267-318.

Thomas Fuchs, Macht Euch die Stadt zum Bilde! Über die Modernisierung des ländlichen Raums, Pfaffenweiler 1996.

Oscar W. Gabriel (Hg.), Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München 1989. (Beiträge zur Kommunalwissenschaft, Bd.29).

Birgit Geissler/Mechtild Oechsle, Lebensplanung als Konstruktion. Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hgg.), Riskante Freiheiten, S. 139-176.

Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996. (2., neubearbeitete und erweiterte Aufl.).

Thomas Gensicke, Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B42/96, S. 3-17.

Dirk Gerdes, 'Verhalten' oder 'Handeln'? Thesen zur sozialwissenschaftlichen Analyse sozialer Bewegungen, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hgg.), Willensbildung, S. 645-654.

Dirk Gerdes, Was bewegt die 'Provinz'? Ländliche Räume zwischen Resignation und Regionalismus, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/1991, S. 9-19.

Swante Gertner/Ingrid Rieken, Zum Selbsthilfeansatz in Frauenprojekten, in: Martina Racki (Hg.), Frauen(t)raum, S. 191-204.

Anthony Giddens, Strukturation und sozialer Wandel, in: Hans-Peter Müller/Michael Schmid (Hgg.), Modellbildung, S. 151-191.

Anthony Giddens, Leben in einer posttraditionellen Gesellschaft, in: Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash, Reflexive Modernisierung, S. 113-194.

Hans-Joachim Giegel (Hg.), Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1992.

Wolfgang Gisevius, Leitfaden durch die Kommunalpolitik, Bonn 1991. (Politik im Taschenbuch, Bd.4).

Lisa Glahn, Frauen im Aufbruch. 20 Jahre Geschichte und Gegenwart Autonomer Frauenhäuser, Münster 1998.

Gisela Gräning (Hg.), Sexuelle Gewalt gegen Frauen – kein Thema?, Münster – New York 1993.

Eduard W. P. Grimme, Zwischen Routine und Recherche. Eine Studie über Lokaljournalisten und ihre Informanten, Opladen 1990. (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd.89) (zugleich Diss., Universität München).

Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hgg.), Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel – Boston – Stuttgart 1983. (Stadtforschung aktuell, Bd.1).

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 408

Bernd Guggenberger/Udo Kempf (Hgg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1984. (2., neubearbeitete und erweiterte Aufl.).

Bernd Guggenberger, Krise der repräsentativen Demokratie. Die Legitimität der Bürgerinitiativen und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung, in: Ders./Udo Kempf (Hgg.), Bürgerinitiativen, S. 24-56.

Sarah Haffner (Hgg.), Frauenhäuser. Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun, Berlin (West) 1976.

Sarah Haffner, Vorwort, in: Dies. (Hgg.), Frauenhäuser, S. 6-8.

Carol Hagemann-White, Die Frauenhausbewegung, in: Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hgg.), Großstadt, S. 167-174.

Carol Hagemann-White, Stand und Perspektiven der Frauenhausbewegung, in: Diakonisches Werk Westfalen (Hg.), Dokumentation, S. 9-15.

Hamburger Arbeitskreis Gewaltprävention für Frauen und Mädchen, Fachinformation: Gewalt gegen Frauen und Mädchen – Selbstverteidigung/Selbstbehauptung, Hamburg 1997 (2., überarbeitete Aufl.).

Christa Elisabeth Hanetseder, Frauenhaus: Sprungbrett zur Freiheit? Eine Analyse der Erwartungen und Erfahrungen von Benützerinnen. Beitrag zur Evaluation eines feministischen Projekts, Bern – Stuttgart – Wien 1992. (zugleich Diss, Universität Zürich).

Herrmann Harms, Das Kreis-Herzogtum-Lauenburg-Buch. Eine Landeskunde in Text und Bild, Neumünster 1987. (Schriftenreihe der Stiftung Herzogtum Lauenburg, Bd.12).

Rita Heck/Annette Keinhorst (Hgg.), Frauen – Alltag – Politik. Eine Zwischenbilanz, München 1986. (Kommunale Sozialpolitik, Bd.4).

Anita Heiliger/Steffi Hoffmann (Hgg.), Aktiv gegen Männergewalt. Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international, München 1998.

Jan Herchenröder/Hans-Jürgen Wohlfahrt, Kreis Herzogtum Lauenburg, Frankfurt/M. 1979 (2., veränderte Aufl.).

Albert Herrenknecht/Jürgen Wohlfahrt, Vom Kampf gegen die Provinz zum Kampf mit der Provinz. 20 Jahre politische Emanzipationsbewegungen in der Provinz, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/1991, S. 21-31.

Marianne Horstkötter, Frauen in der Kommunalpolitik. Einflußfaktoren auf die politische Partizipation von Frauen in kommunalen Räten. Eine Regionalstudie, Frankfurt/M. u.a. 1990. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd.161). (zugleich Diss., Technische Universität Braunschweig).

Mechtild Jansen, Feminismus, Frauen und Politik, in: Christine Eifler (Hg.), Männerhaß, S. 38-60.

Mechtild Jansen, Das Claudia Nolte-Phänomen, Bonn 1997.

Dieter Jaschke (Hg.), Regionalatlas Kreis Herzogtum Lauenburg, o.O., o.J.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 409

Jutta Joachim, Internationaler Wandel durch Nicht-Regierungsorganisationen? Wie das Thema Gewalt gegen Frauen auf die Agenda der UNO kam, Kiel 1996. (Schiff-Texte, Bd.40).

Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hgg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd.347).

Jürgen Kocka, Sozialgeschichte der neunziger Jahre, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12 (1993), S. 1125-1129.

Nina Köllhofer, Öffentliche und kulturelle Aktivitäten feministisch orientierter Frauenprojekte. Feldstudien am südlichen Oberrhein, Hamburg 1997. (zugleich Diss., Universität Freiburg/Br.).

Franklin Kopitzsch, Die Metropolregion Hamburg in der Regionalgeschichte, in: Norbert Fischer/Franklin Kopitzsch/Johannes Spallek (Hgg.), Regionalgeschichte, S. 29-44.

Dieter Korczak, Lebensqualität-Atlas. Umwelt, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit in Deutschland, Opladen 1995.

Mathilde Kreil, Freiheiten trotz Normierungen. Lebensentwürfe von jungen Frauen auf dem Land, in: Diskurs. Studien zu Kindheit, Jugend und Gesellschaft, 1/1993, S. 23-28.

Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg (Hg.), Materialien zum 100jährigen Bestehen des Kreises Herzogtum Lauenburg 1876 bis 1976, Ratzeburg 1978.

Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg (Hg.), Festschrift anläßlich des 50. Jahrestages des ersten gewählten Lauenburgischen Kreistages nach dem Zweiten Weltkrieg, Ratzeburg 1996.

Günter Kröpelin/Werner Thieme (Hgg.), Der Kreis Herzogtum Lauenburg. Referate eines verwaltungswissenschaftlichen Seminars, Ratzeburg – Hamburg 1986. (vervielf.).

Joachim Lempert/Burkhard Oelemann, „…dann habe ich zugeschlagen„. Gewalt gegen Frauen. Auswege aus einem fatalen Kreislauf, München 1998.

Helmut Lukas/Veronika Lukas/Ute Krieter, Kommunale Sozialberichterstattung (Sozialraumanalyse) für den Kreis Herzogtum Lauenburg unter besonderer Berücksichtigung der Jugendhilfeperspektive. (Entwurf), Frankfurt/M. 1997.

Max Miller, Rationaler Dissens. Zur gesellschaftlichen Funktion sozialer Konflikte, in: Hans-Joachim Giegel (Hg.), Kommunikation, S. 31-58.

Die Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Frauen helfen Frauen. Beratungsstellen in Schleswig-Holstein, Kiel 1993.

Elgin Mohnen-Behlau/Hanns-Eberhard Meixner (Hgg.), Frauenförderung in Verwaltung und Wirtschaft. Gleichstellung der Frau in Beruf, Gleichstellungsbeauftragte, Regensburg 1991.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 410

Hans-Peter Müller/Michael Schmid (Hgg.), Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze, Frankfurt/M. 1995.

Barbara Nägele, Wenn mißhandelte Frauen in Notwehr töten. Zur Situation in den USA, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 37 (1991), S. 93-106.

Hiltrud Naßmacher, Die Aufgaben, die Organisation und die Arbeitsweise der kommunalen Vertretungskörperschaft, in: Oscar W. Gabriel (Hg.), Kommunale Demokratie, S. 179-196.

Rosemarie Nave-Herz, Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Hannover 1997. (5., überarbeitete und ergänzte Aufl.).

Franz Neumann (Hg.), Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd.1, Opladen 1998 (2., überarbeitete und erweiterte Aufl.).

Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Männergewalt in der Familie. Neue Wege staatlicher Intervention. Dokumentation der Veranstaltung vom 31.Oktober 1996, Hannover o.J. [1996]

Gisela Notz, Hilf Dir selbst – dann hilft Dir Göttin. Zur Problematik der unbezahlten Arbeit von Frauen in sozialen Projekten, in: Martina Racki (Hg.), Frauen(t)raum , S. 175-190.

Cornelia Nowack, Interessen, Kommunikation und politischer Protest. Die Rolle lokaler Interessen- und Kommunikationsstrukturen bei der Entstehung von Bürgerprotest, Frankfurt/M. 1988. (zugleich Diss., Universität Frankfurt/M.).

Gudrun Ortmann, Beratungspraxis für vergewaltigte Frauen. Vorstellung des Notrufs für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V., in: Gisela Gräning (Hg.), Sexuelle Gewalt, S. 29-38.

Anton Pelinka, Tabus in der Politik. Zur politischen Funktion von Tabuisierung und Enttabuisierung, in: Peter Bettelheim/Robert Streibel (Hgg.), Tabu und Geschichte, S. 21-29.

Christian Pfeiffer/Peter Wetzels, Im Blickpunkt: Gewalt. Neue Forschungsergebnisse zur Gewalt im sozialen Nahbereich, in: Niedersächsisches Frauenministerium (Hg.), Männergewalt, S. 7-15.

Claudia Pinl/Marianne Weg, Institutionelle Folgen der Frauenbewegung. Autonomie oder Institution, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 3,4/1989, S. 35-47.

Christiane Plewnia, Kreisentwicklung, in: Günter Kröpelin/Werner Thieme (Hgg.), Referate, S. 182-204.

Martina Racki (Hg.), Frauen(t)raum im Männerraum. Selbstverwaltung aus Frauensicht, München 1988. (Materialien der AG SPAK, M 83).

Thomas Rauschenbach, Inszenierte Solidarität: Soziale Arbeit in der Risikogesellschaft, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hgg.), Risikante Freiheiten, S. 89-114.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 411

Renate Rieger (Hg.), Der Widerspenstigen Lähmung? Frauenprojekte zwischen Autonomie und Anpassung, Frankfurt – New York 1993.

Renate Rieger, Frauenprojekte in Ostberlin, in: Dies. (Hg.), Lähmung, S. 54-68.

Regine Roemheld, Einmischung – Über die Politisierung von Frauen, in: Franz Braschos/Rüdiger Voigt (Hgg.), Kommunalpolitik in Stadt und Land, S. 197-216.

Regine Roemheld (Hg.), Fraueninteressen – Frauenpolitik. Definitionen und Initiativen, Weinheim 1994.

Regine Roemheld, Frauenpolitik im Männerstaat. Wege aus dem Dilemma, in: Dies. (Hg.), Fraueninteressen, S. 63-88.

Regine Roemheld, Stadtfrauen-Landfrauen. Über Durchbrüche und Barrieren in der Frauenpolitik, in: Dies. (Hg.), Fraueninteressen, S. 127-145.

Regine Roemheld/Heinz Zielinski (Hgg.), Kommune im Aufbruch. Analysen zum Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Identität und Verwaltung, Frankfurt/M. – Bern – New York 1983. (Demokratie, Ökologie, Föderalismus. Schriftenreihe der Internationalen Gesellschaft für Politik, Friedens- und Umweltforschung e.V., Bd.2).

Karl Rohe, Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart – Berlin – Köln 1994. (2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage).

Roland Roth, Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution, Köln 1994.

Roland Roth, Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hgg.), Beteiligung, S. 404-474.

Roland Roth/Dieter Rucht (Hgg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1991. (2., überarbeitete und erweiterte Aufl.). (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 252).

Roland Roth/Dieter Rucht, Die Veralltäglichung des Protests. Einleitende Bemerkungen zur Wahrnehmung der neuen sozialen Bewegungen in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft, in: Dies., Neue soziale Bewegungen, S. 11-30.

Stephan Rudas, Stichworte zur Sozialpsychologie der Tabus, in: Peter Bettelheim/Robert Streibel (Hgg.), Tabu und Geschichte, S. 17-21.

Petra Schallhöfer, Frauen helfen Frauen – Selbsthilfe und feministische Sozialarbeit in autonomen Frauenhäusern, in: Martina Racki (Hg.), Frauen(t)raum, S. 204-218.

Herbert Schneider, Kreispolitik im ländlichen Raum. Eine vergleichende Untersuchung über Landkreispolitik, München 1985. (Beiträge zur Kommunalwissenschaft, Bd.20.).

Marion Schulz, Die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Herzogtum Lauenburg 1986-1996. Balance zwischen Anspruch und Realität, unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Hamburg 1998.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 412

Rolf Schwendter, Theorie der Subkultur. Neuausgabe mit einem Nachwort, sieben Jahre später, Frankfurt/M. 1978.

Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Überarbeitete Neuauflage, München – Zürich 1986. (3.Aufl.).

Ingrid Spiegel, Ländliche Erbinnen. Ergebnisse empirischer Untersuchungen zu Lebensweise und Gesundheit von Frauen im ländlichen Raum, in: Kerstin Dörhöfer (Hg.), Stadt, S. 105-137.

Barbara Stiegler, Die verborgene Armut der Frauen, Bonn 1998. (Expertisen der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Frauenforschung).

Ute Straub, Interaktionsort Frauenhaus. Institutionalisierung und Professionalisierung des Frauenprojekts, unveröffentlichte Diss., Universität Heidelberg 1987.

Murray A. Straus, Sexuelle Ungleichheit, kulturelle Normen und Frauenmißhandlung, in: Sarah Haffner (Hgg.), Frauenhäuser, S. 170-185.

Hans Süssmuth, Kleine Geschichte der CDU-Frauenunion, Baden-Baden 1990.

John Tosh, Was soll die Geschichtswissenschaft mit Männlichkeit anfangen? Betrachtungen zum 19.Jahrhundert in Großbritannien, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hgg.), Kultur, S. 160-206.

Dietrich Thränhardt/Herbert Uppendahl (Hgg.), Alternativen lokaler Demokratie. Kommunalverfassung als politisches Problem, Königstein/Ts. 1981. (Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik, Bd.17).

Dietrich Thränhardt, Kommunaler Korporatismus. Deutsche Traditionen und moderne Tendenzen, in: Ders./Herbert Uppendahl (Hgg.), Alternativen, S. 5-33.

Christine Vollmer, Die Gleichstellungsbeauftragte, in: Elgin Mohnen-Behlau/Hanns-Eberhard Meixner (Hgg.), Frauenförderung, S. 202-235.

Doris Weide, AWO-Frauenhaus in Schaumburg, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 49 (1998), S. 152-155.

Hans-Hermann Wiebe (Hg.), Die Zukunft Schleswig-Holsteins, Bad Segeberg 1990. (Zeitkritische Beiträge der Evangelischen Akademie Nordelbien, Bd.3).

Carola Wildt, Feministische Gewaltdebatte im Rückblick, in: Halina Bendkowski/Irene Rotalsky (Hgg.), Wut, S. 74-87.

Bogislav von Zitzewitz, Die Verfassung der Kreise in Schleswig-Holstein und die untere staatliche Verwaltungsbehörde, in: Günter Kröpelin/Werner Thieme (Hgg.), Referate, S. 23-50.

12 Frauenhaus 02.06.2008 18:49 Uhr Seite 415

Autorinnen und Autoren in Demokratische Geschichte 12

Björn Albert, Matthias Büttner, Franziska Just, Lars Kunz, Myriam Sander, Christoph Schöttner, Wedel

Rafaela Borgwardt, Hamburg

Jürgen Brammer, Rastorfer Passau

Prof. Dr. Uwe Danker, Kronshagen

Jan Henrik Fahlbusch, Sarah Haake, Felix Hurlin, Paul Kononow, Lars Krobitsch, Lübeck

Dr. Jens Godber Hansen, Kopenhagen

Gerhard Hoch, Alveslohe

Dr. Holger Martens, Hamburg

Dr. Klaus Petersen, Kopenhagen

Michael Plata, Horst in Holstein

Klaus Weigle, Quickborn

Prof. Dr. Reimer Witt, Schleswig